Klassenkampf

Kommunistisches Organ

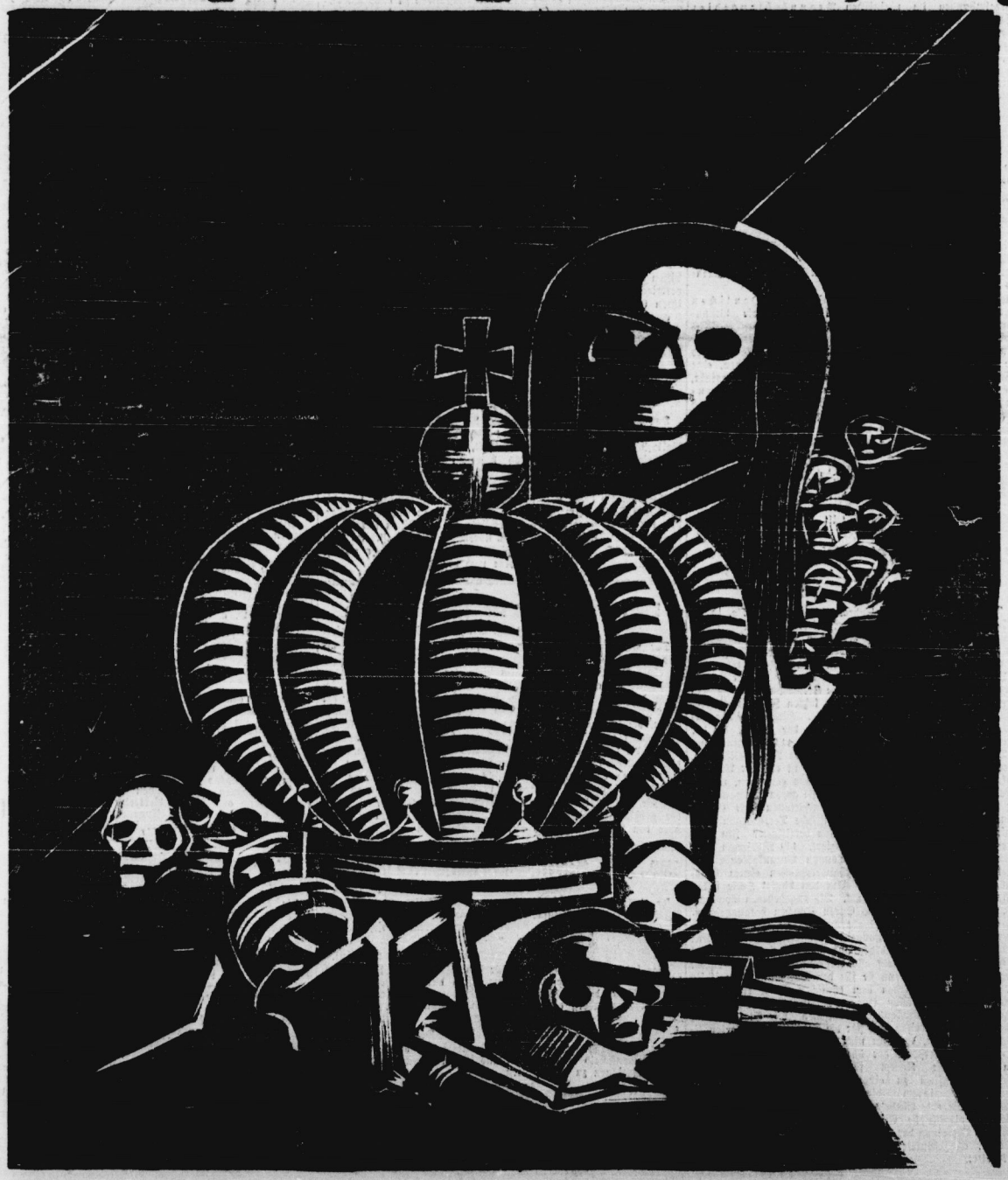
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 63 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Freitag, 18. Juni 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 141

Der 20. Juni: Tag der Abrechnung!



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260618-19/fragment/page=0001

Auf die Straße!

Heute, Freitag: Propaganda-Umzug durch Halle!

Treffpunkt: 5½ Uhr nachmittags auf dem Weingärtenplatz

Sonnabend ½7 Uhr: Massenkundgebung auf dem Roßplatz

Der Kampf um den Volksentscheid ein Kampf gegen die „Nationalisierung"

Ein Wort an die mitteldeutschen Braunkohlengrubenarbeiter

Halle, 18. Juni.

In unserer Nummer vom 15. Juni berichteten wir ausführlich über die Entlarvung des Stahlhelmführers und Unternehmer-Syndikus **Donnewehr in Bitterfeld**, der unter dem Revers seines Rockes ein RFB.-Abzeichen trug. Schon diese Tatsache zeigt mit voller Klarheit die Rolle, die die exponierten Vertreter der Ausbeuterklasse als Führer der Stahlhelmbanden im Kampfe gegen den Volksentscheid einnehmen. Donnewehr war ein agent provocateur, der nicht allein steht. Es handelt sich vielmehr um eine organisierte und systematische, weitverzweigte Aktion der Schwerindustrie, an deren Spitze das **Grubenkapital** steht. **Am** selben Tage, wo unsere Genossen und die Reichsbannerleute den Unternehmer-Faschisten in Bitterfeld entlarvten, unternahmen die Stahlhelmbanden im rheinischen Braunkohlengebiet einen infamen Angriff auf die roten Frontkämpfer. Die bürgerliche „Frankfurter Zeitung" vom 15. Juni meldet darüber:

„Schon seit Wochen haben die **Industriellen des Braunkohlengebietes lebhafte Propaganda** für die Stahlhelmorganisation betrieben und Arbeitern, die sich bereit erklärt haben, dieser Organisation **beizutreten**, allerlei **wirtschaftliche Vergünstigungen** gewährt. **Als bekannt geworden war, daß die roten Frontkämpfer eine Abteilung nach Kielberg entsenden**, traf der Stahlhelm **umfassende Vorbereitungen zu einem Ueberfall**. Ein Arbeiter und ein **zwölfjähriger Junge** wurden von den Stahlhelmleuten so **schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus** geschafft werden mußten."

Diese **Meldung bestätigt vollauf unsere** Feststellung, daß die sogenannten „**Ausschüsse gegen Fürstenenteignung**" in Wirklichkeit nur die maskierten **Terrororganisationen des Unternehmertums** sind, mittels **welcher sie den Widerstand der Arbeiterschaft gegen** die furchtbaren **Folgen der kapitalistischen Rationalisierung** im Keime ersticken wollen.

Die mitteldeutschen **Arbeiter haben ein um so größeres Interesse** daran, die Folgen der **Rationalisierung im Bergbau nicht nur in** ihrer täglichen **Arbeit, jeder für sich, sondern im Gesamtzusammenhang als Klasse** zu erfahren.

Dies ermöglicht **der soeben erschienene Bericht des** Deutschen **Braunkohlen-Industrie-Vereins** über die Braunkohlenwirtschaft **im Geschäftsjahr 1925/26**.

Demnach erreichte der Braunkohlenbergbau, während gleichzeitig eine **ganze Reihe von Gruben** zum Erliegen kamen und Tausende **von Arbeitern auf die Straße** geworfen wurden, eine Rekordhöhe, **nicht nur im Verhältnis zum letzten Vorkriegsjahr**, sondern **auch im Verhältnis zu den Jahren 1923/24**. Die **Braunkohlenförderung, die im letzten Vorkriegsjahre 1913** 87,2 Millionen Tonnen **betrug, stieg 1923 auf 118,8, 1924 auf 124,6** und **im verflossenen Jahre auf 139,8 Millionen Tonnen**.

Die deutsche **Braunkohlen-Brikettherstellung**, die sich 1924 auf 29,7 Millionen Tonnen **belief**, betrug 1925 33,6 Millionen Tonnen. **Diese Zahlen** gewinnen ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft, **wenn man die Leistung der Braunkohlenarbeiter** und die **Veränderung der Belegschaft** mit ihnen in Zusammenhang bringt.

Das Oberbergamt, **Bezirk Halle**, teilt darüber **folgende** aufsehenerregende **Zahlen** mit:

„Die Förderleistung je Kopf der Gesamtbelegschaft betrug

1923	**695 To.**
1924	**996 To.**
1925	**1220 To.**

Die Friedensförderung des Jahres 1913 von 1056 To. ist somit im Jahre 1925 zum erstenmal überschritten worden."

Prozentual berechnet, bedeutet dies, daß die **Leistungssteigerung im Verhältnis zum Vorjahre pro Kopf rund 25 Prozent beträgt, während die Belegschaft in den Braunkohlenwerken des Bezirks Halle um 14,1 Prozent verringert wurde.** Die Leistungssteigerung pro Kopf übersteigt demnach die Steigerung des gesamten Förderergebnisses, das in **Deutschland** im letzten Jahre 12,2 Prozent ausmachte, um mehr als das Doppelte. Hinsichtlich der Belegschaftsverminderung marschiert **Halle an der Spitze**, da der Rückgang der **Belegschaft** im **Reichsmaßstabe** 11,3 Prozent ausmacht. Das sind die **bisherigen** Ergebnisse der Rationalisierung. Alarmierende, aufreizende Zahlen! **Und das ist erst der Anfang!**

Braunkohlenkumpels! Ist es Euch nun klar geworden, warum die Grubenbarone an der **Spitze der Ausschüsse** gegen Volksentscheid stehen? **Warum sie die Stahlhelmorganisationen** mit Eurem Gelde **finanzieren**? **Warum sie monarchistische** Terrororganisationen aufziehen und sich persönlich an ihnen beteiligen? Ihr habt im Jahre 1925 **ungeheuere Werte produziert**. 140 Millionen Tonnen Braunkohle und 34 Millionen Tonnen Braunkohlenbriketts entsprechen nach **den heutigen Großhandelspreisen** einem Geldwert von **ca. 870 Millionen Mark.** Auf den Bezirk **Halle** fallen davon mindestens **360 Millionen Mark**. Die ungeheueren Gewinne, die das „**notleidende Kapital**" aus Euren Knochen herausgeschunden hat, **genügen aber** den **Kohlenbaronen nicht**. **Ihr sollt Euch** mit noch niedrigeren Löhnen begnügen! **Ihr sollt länger arbeiten!**

Zieht die Lehre, zieht die Folgen aus diesen Zusammenhängen! Rüttelt heute und morgen noch alle Grubenarbeiter auf! **Macht** ihnen begreiflich, daß sie, wenn sie für den **Volksentscheid mit Ja** stimmen, nicht nur Milliarden dem deutschen **Volke** retten, sondern einen mächtigen Schlag ihren Todfeinden, den fürstlichen und fürstenfreundlichen Grubenherren versetzen. Die Statistik über die Abstimmung soll beweisen, daß Ihr die Statistik der „Rationalisierung" begriffen habt, daß Ihr nicht **hinter den Ruhrbergarbeitern** und **der Arbeiterschaft** der **übrigen Industriezweige zurückgeblieben** seid! Der Kampf **für den Volksentscheid** soll den **mächtigen Auftakt** zu einer **neuen Phase des Klassenkampfes bilden**, indem die **Einheitsfront der werktätigen Massen, die rote Einheitsfront im Kampfe gegen die monarchistisch-großkapitalistische Einheitsfront sich befestigt und den** Boden **für die Befreiung der Arbeiterklasse, für die Befreiung aller** unterdrückten, ausgebeuteten, **verarmten und betrogenen Werktätigen bereitet.**

Organisiert den Schutz der Abstimmung gegen Faschistenterror

Führt Listen über die Terroristen! — Rote Einheitsfront gegen Monarchistenfront

Die gestrige „Hallesche Zeitung" enthüllt unter der Ueberschrift: „Ein allgemeiner Abstimmungsschwindel geplant" einen unverschämten Plan, die geheime Wahl am 20. Juni öffentlich werden zu lassen. Es heißt dort wörtlich:

„Damit aber jedem Stimmberechtigten die Möglichkeit gegeben ist, nachzuprüfen, ob mit seinem Namen Unfug getrieben worden ist, erwarten wir, daß die örtlichen Wahlbehörden nach der Abstimmung die Wählerlisten einige Tage lang öffentlich auslegen. Der Name jedes Wählers, der am Volksentscheid teilgenommen hat, muß in der Wählerliste gekennzeichnet werden. Es ist dabei jedem Wähler möglich, festzustellen, ob etwa ein anderer unter Mißbrauch seines Namens an der Abstimmung teilgenommen hat. Die Feststellung derartiger Betrügereien würde hinreichenden Anstoß zu Abstimmungsprotesten geben und unter Umständen zu einer Wiederholung der Abstimmung führen. Wir sind überzeugt, daß der Hinweis auf die Möglichkeit solchen Abstimmungsschwindels die städtischen Behörden veranlassen wird, die Abstimmungslisten nach dem Volksentscheid öffentlich auszulegen."

Eine ähnliche Notiz wie die der „Halleschen Zeitung" bringen auch die „Leipziger Neueste Nachrichten". Unter dem fadenscheinigen Vorwand eines Wahlschwindels von der anderen Seite propagieren die Fürstenlakaien eine Aenderung der Wahlrechtsbestimmungen, nach denen der Volksentscheid, der geheim ist, zur öffentlichen Wahl gemacht werden soll.

Was bedeuten diese Meldungen in der Fürstenpresse? **Sie bedeuten, daß die Deutschnationalen und ihre Nachläufer besonders in kleinen Orten die geheime Wahl öffentlich machen wollen.** Allen Wählern muß eingehämmert werden, daß solche Versuche mit den schärfsten Mitteln zurückgewiesen werden müssen.

Die Deutschnationalen und die übrigen monarchistischen Volksentscheidpfänder sollen sich's merken:

Die Arbeiterschaft wird den Terror gegen den Volksentscheid nicht dulden! Wer glaubt, durch Boykott, Drohungen und Erpressungen die Wählerschaft von der Abstimmung fernzuhalten, wer schwarze Listen anfertigt, muß angezeigt werden. Feige, wie die Leute sind, verkriechen sie sich sofort, wenn sie sehen, daß die Bevölkerung auf ihren Schwindel nicht hereinfällt.

Organisiert den Schutz der Abstimmung in Stadt und Land!

„Die toten Seelen"

Die Zahl der Wähler höchstens 39 Millionen!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 18. Juni.

Das statistische Reichsamt hat eine Nachprüfung der Wahlberechtigten vorgenommen. Dabei hat sich bei Zugrundelegung der Volkszählung von 1900 herausgestellt, daß die Zahl der Wahlberechtigten höchstens 39 000 000 betragen kann, während beim Volksbegehren noch 39 500 000 angegeben wurden. Allein nach dieser amtlichen Berechnung wären also in den Listen 500 000 fiktive Wähler bereits heute noch als wahlberechtigt aufgeführt. Wie die „Vossische Zeitung" meldet, haben Stichproben in Bremen ergeben, daß 1½ Prozent mehr Wahlberechtigte in den Listen stehen, als nach der Statistik der Altersklassen überhaupt möglich ist. Es kann kein Zweifel bestehen, daß in Wirklichkeit die Zahl der zu unrecht als stimmberechtigt Geführten eine noch viel höhere ist.

Marx wiederholt die Staatsstreichdrohungen

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 18. Juni.

Der Reichskanzler **Marx** hat es für notwendig gehalten, die Staatsstreichdrohungen Stresemanns und des Hindenburg-Briefes in einer Unterredung mit einem Vertreter des WTB. zu unterstreichen. Er erklärte wörtlich: „Eine entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens bestimmter Staatsbürger in der im Entwurf vorgesehenen Art und Weise widerspricht den Grundsätzen, die in einem Rechtsstaate die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben. Nach der Verfassung der Republik müssen die Grundlagen des Rechtsstaates unversehrt bleiben. Mit diesem obersten Gebot eines gerechten Staates ist das jetzt zur Abstimmung gelangende Gesetz nicht zu vereinigen." **Marx**, der den Hindenburg-Brief an Loebell in seiner eigenen Fraktion aufs schärfste verteidigt hat, wird auch ganz sicher die Staatsstreichpläne der großkapitalistisch-monarchistischen Reaktionäre auf dem Wege über den Ausnahmezustand durch den Artikel 48 mitmachen.

SPD., KPD., Gewerkschaften marschieren zusammen

(Eig. Drahtm.) **Dresden**, 18. Juni.

In einer gemeinsamen Sitzung von KPD., SPD., Reichsbanner, RFB. wurde die gemeinsame Schlepperarbeit und am Sonnabend in allen Stadtteilen gemeinsame Demonstrationen beschlossen.

*

(Eig. Drahtm.) **Solingen**, 18. Juni.

Hier beschlossen KPD., SPD. für das Plakatkleben, den Plakatschutz und den Schlepperdienst gemeinsam durchzuführen. Ebenso ist zum Schutz der Wahl und zur Verhinderung reaktionären Terrors in Langenberg ein Einheitskomitee gebildet.

*

(Eig. Drahtm.) **Delbrück**, 18. Juni.

Der Ortsausschuß Delbrück beschloß gemeinsam die Arbeiten für den Volksentscheid durchzuführen und für den Sonnabend gemeine Demonstrationen zu veranstalten.

*

(Eig. Drahtm.) **Jena**, 18. Juni.

In Schmiedefeld ist von den Gewerkschaften, dem Reichsbanner, KPD. und RFB. eine gemeinsame Kundgebung angesetzt. In Friedrichsroda wurde ein Einheitskomitee gebildet um für Sonnabend eine gemeinsame Kundgebung durchzuführen, ebenfalls den Schlepperdienst gemeinsam zu machen.

(Eig. Drahtm.) **Stuttgart**, 18. Juni.

An der gestrigen Massendemonstration beteiligten sich 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. An der Kundgebung des Kuczynski-Ausschuß war eine geschlossene Abteilung Reichsbanner anwesend. Entgegen der Sabotage der Reichsbannerleitung haben verschiedene Reichsbannerabteilungen ein gemeinsames Vorgehen getroffen.

*

(Eig. Drahtm.) **Schneidemühl**, 18. Juni.

Hier fand eine gemeinsame Demonstration von KPD., SPD., Gewerkschaften und allen proletarischen Organisationen statt, an der sich 8000 Personen beteiligten.

Eine bemerkenswerte Kundgebung zum Volksentscheid

Halle, 18. Juni.

Für gestern abend war vom Einheitskomitee für entschädigungslose Enteignung der Fürsten eine Versammlung einberufen worden, die zahlreich von der Arbeiterschaft und dem Mittelstand besucht war. Rechtsanwalt **Preuß** vom Kuczynski-Ausschuß hielt das Referat. In der Diskussion sprachen u. a. Rechtsanwalt Wüst von der Aufwertungspartei, der **Vorsitzende der hallischen Jungdemokraten** und ein sozialdemokratischer Redakteur. Einheitlich von allen Rednern wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Kampf um die Fürstenenteignung erst nach dem 20. Juni beginne, und daß, wie auch immer der Volksentscheid ausfalle, der kleine Mittelstand und die Arbeiterschaft fest zusammenstehen müssen, um einen festen Kampfblock gegen die Reaktion zu bilden. Besonders von dem zuletzt angeführten Redner wurde lebhaft bedauert, daß die sozialdemokratische Führerschaft in jeder Weise eine tatsächliche Kampffront gegen die Reaktion sabotiere. Während die sozialdemokratischen Arbeiter instinktiv zu dieser Einheitsfront drängen, lasse die Führer der Sozialdemokratie kein Mittel einer wenig schönen Demagogie unversucht, um ihre Massen von den Massen der KPD.-Arbeiter künstlich zu trennen. Aber auch diese Widerstände werden überwunden werden, wenn der sozialdemokratische Arbeiter stärker noch als bisher seinem Willen zur Einheitsfront Ausdruck verleiht. Genosse **Höcker** schloß, daß das **Einheitskomitee nach dem 20. Juni nicht aufgelöst werde**, sondern, daß man im Gegenteil alles versuchen werde, um nach dem 20. Juni die Einheitskomitees zu festigen und den Kampf mit aller Schärfe auf möglichst breiter Grundlage fortzuführen. Die Ausführungen der Redner fanden bei der ganzen Versammlung ungeteilten Anklang.

Der Kampf der Bischöfe gegen die christliche Jugend

(Eig. Meldung.) **Berlin**, 18. Juni.

Am vorigen Sonntag hatten Anhänger des Reichsausschusses der katholischen Jugend zum Schutze des 7. Gebots gegen die Fürsten vor den katholischen Kirchen Flugblätter verteilt, die zum Volksentscheid auffordern, um der Anweisung der Kirche, am 13. Juni in allen Kirchen gegen den Volksentscheid zu sprechen, entgegenzuarbeiten. Der fürstbischöfliche Delegat von Berlin, Weihbischof Deitmar, erläßt dazu eine Kundgebung in der „Germania", in der es heißt:

„Die Bischöfe verbieten, einem Fürstenhaus jene Rechte abzusprechen, die jedem Menschen, jedem Staatsbürger und jeder Familie zustehen. Weiter sagen die deutschen Bischöfe: „Unzulässig ist eine Enteignung, die und soweit sie ohne Not, ohne gerechte zwingende Gründe erfolgt; ungerecht würde sie sein, wenn sie ohne Entschädigung erfolgen würde. An den Grundsätzen des natürlichen und christlichen Sittengesetzes findet die Zuständigkeit aller irdischen Autorität, und alles Volkswillens eine unverletzliche Schranke." D. h. auch die Majorität des Volkswillens kann sich über Gottes- und Sittengebot nicht hinwegsetzen.

Jungzentrum: „Ja!"

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 18. Juni.

Entgegen den Ausschlußandrohungen der Berliner Zentrumspartei hat eine große Versammlung des Frankfurter Jungzentrums beschlossen, zur Stimmenabgabe mit „Ja" zu stimmen. In der Begründung heißt es: „daß die Reichsleitung bei der Herausgabe ihrer Parole die vielen Kriegsverletzten, die Kriegerhinterbliebenen, kleinen Beamten und Sparer und die Massen der Erwerbslosen vollständig vergessen hat. Deshalb ruft das Jungzentrum die gesamte Jugend auf, am 20. Juni ihre Pflicht zu tun und mit „Ja" zu stimmen. Im gleichen Sinne spricht sich eine Berliner Versammlung aus, in der Vertreter der Christlichsozialen Reichspartei, der Großdeutschen Jugendbewegung, Christlich-republikanischen Jugend und die Windhorst-Bünde redeten.

Die Bürgerkriegsrüstungen der ostpreußischen Junker

Die kommunistischen Landtagsabgeordneten Genossen Kollwitz und Möricke teilen in einem offenen Schreiben an den Reichswehrminister Geßler und den Innenminister Severing mit, daß in der Gegend von Gumbinnen seit einigen Tagen zwei- bis dreitausend Faschisten unter Führung von Reichswehroffizieren exerzieren. Die Ausrüstung der Teilnehmer ist vollkommen feldmarschmäßig und sie sind mit Gewehren bewaffnet. In dem offenen Briefe wird — neben der genauen Beschreibung der Reichswehr- und Faschistenmanöver — auch davon berichtet, daß in einigen Wochen die Waffen der früheren Einwohnerwehren durch Autos der Reichswehr abgeholt werden. Vor allem wurden planmäßig diejenigen Lagerstätten von Waffen aufgehoben, deren Bewachungsleute republikanischer Gesinnung verdächtig sind oder als nicht zuverlässig angesehen werden.

Es ist ganz klar, daß diese faschistischen Bürgerkriegsrüstungen unter der Leitung von Reichswehroffizieren ebenso wie die Konzentrierung der Waffen kein Zufall sind. Ebensowenig sind die offenen Bürgerkriegsübungen der monarchistisch-faschistischen Kampfverbände im ganzen Reiche ein Zufall. Die ostpreußischen Junker rüsten in Verbindung mit den Monarchisten und Schwerkapitalisten zum Staatsstreich gegen den Volksentscheid, zur Einführung der Rechtsdiktatur gegen den Sieg der Volksabstimmung am 20. Juni.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101926061 8-19/fragment/page=0002
DFG

Morgen letzter Tag vor der Abstimmung über den Volksentscheid

Heute Generalmobilisierung!

Nur noch zwei Tage trennen uns von der Entscheidung, ob die 20 Millionen Stimmen aufgebracht werden, durch die die im Volksentscheid geforderte Enteignung der gewaltigen Fürstenvermögen und -ländereien zugunsten der Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten, Sozial- und Kleinrentner, zugunsten der betrogenen kleinen Sparer und der landarmen Bauern und Kleinpächter Gesetzeskraft erhält.

20 Millionen Stimmen sind keine Kleinigkeit. Die Gegner des Volksentscheids, an deren Spitze sich immer offener die Regierung Hindenburg-Stresemann-Marx gestellt hat, bauen darauf, daß sich die 20 Millionen, die zum Einzeichnen gehören, nicht finden. Sie machen eine Hetzkampagne und streuen Propagandamaterial auf die Straße, wie kaum jemals zuvor bei Wahlen und anderen Gelegenheiten. Am meisten haben sie es abgesehen auf die Mittelschichten in den Städten und auf die kleinen und mittleren Bauern. Sie wollen diese Schichten, die an den 12½ Millionen Stimmen zum Volksbegehren in hohem Prozentsatz beteiligt sind, durch Verdrehungen der Tatsachen, falsche Berichte über den Volksentscheid und durch Drohungen zurückhalten, daß sie sich überhaupt nicht an der Wahl beteiligen und so, selbst wenn „Nein“-Sager darunter wären, die 20 Millionen nicht zusammenkommen zu lassen. Sie spekulieren darauf, bei allen neuen Lohndrückungs-, Arbeitszeitverlängerungs-, Entlassungs- und Steuervorstößen, die sie auf alle Fälle durchzusetzen entschlossen sind, sagen zu können: **„Die Massen waren ja selbst gegen den Volksentscheid. Sie sehen ein, daß sie selbst Opfer bringen müssen!“**

Genossen! Das wollt Ihr alle nicht! Das will kein Arbeiter, kein Kleinbauer, keiner, der nicht selbst zu der Klasse der Fürsten und Großkapitalisten gehört. Deshalb gilt es, mit aller Kraft zu arbeiten, alle persönlichen Wünsche und Angelegenheiten in diesen Tagen wenigstens zurückzustellen und **unermüdlich mitzuhelfen bei der Aufklärung der Bevölkerung über die Bedeutung des 20. Juni!**

Morgen sind überall **große Demonstrationen unter freiem Himmel** angesagt, die heute noch gut vorbereitet werden müssen. Ordner, Redner, Transparentträger, Literatur- und Flugblattverbreiter sind genau einzuteilen. Allerorts muß es widerhallen von den Aufforderungen zur Beteiligung an der Demonstration, von Gesprächen über die Abstimmung am kommenden Sonntag. Zur Aufrüttelung der breitesten Schichten der Bevölkerung finden heute große

Straßenumzüge

statt, mit Transparenten, Sprechchor und Flugblattverbreitung. Bisher stehen die Straßen noch nicht überall unter dem Zeichen des Volksentscheids. So wie an „Ausnahmetagen“ die Geschäftshäuser von Plakaten und Schildern strotzen oder, wie noch besser, bei der Leipziger Messe die Straßen von Reklame überschüttet sind, wie alle Ecken und Zäune herhalten müssen für die kapitalistische Propaganda, so muß es jetzt in den Straßen aussehen zur Propaganda für den Volksentscheid.

Ueber den Straßenumzügen sind nicht zu vergessen die **Haussammlungen**, die auch in den letzten Tagen noch notwendig sind. Die Sammellisten müssen sofort an den zuständigen Stellen abgerechnet werden, damit die ausstehenden Beträge bezahlt und noch in letzter Stunde notwendigen Propagandaausgaben aufgebracht werden können. Wo noch Lücken bei der Besetzung der Lokale, Schlepperdienst usw. bestehen, muß diese Lücke heute noch ausgefüllt werden. Am Sonnabend und Sonntag gibt es so viel zu tun, daß dann alle Kräfte bereitstehen müssen.

Warst Du Gestern

bei der vom Einheitskomitee Halle einberufenen Kundgebung für den Volksentscheid? Willst Du nicht einmal über Deine Eindrücke und die Notwendigkeit, daß gerade die SPD.-Arbeiterschaft und die Gewerkschaften sich in die Einheitsfront einreihen müssen, im „Klassenkampf“ etwas schreiben?

Arbeiterkorrespondenten heraus! Beteiligt Euch mehr an Eurer eigenen Zeitung.

Der Schlepperdienst

Am Wahltage muß das Abstimmungslokal von möglichst zwei Genossen ständig besetzt sein. Die beiden Genossen müssen möglichst eine halbe Stunde vor Beginn der Wahlhandlung, also 7½ Uhr vormittags, im Abstimmungslokal anwesend sein und sich in nächster Nähe des Wahlvorstandes einen Tisch sichern. Sie werden sich deshalb auch mit dem Wahlvorsteher vor Beginn der Wahlhandlung verständigen. Jedesmal, wenn nun ein Wähler seine Stimme abgibt und von dem Listenführer laut der Name des Wählers und seine Wohnung angegeben werden, notieren unsere Genossen den Namen.

Von Zeit zu Zeit werden diese Zettel durch einen dritten Genossen (Kurier) vom Abstimmungslokal nach dem Schlepplokal geholt.

Im Schlepplokal (also nicht etwa im Abstimmungslokal) wird dann an Hand der Notizen, die der Kurier aus dem Abstimmungslokal bringt, von den Genossen geprüft, wer von den Wahlberechtigten der einzelnen Straßenzüge noch nicht dabei ist, also geholt werden muß.

Der Schlepperdienst wird so organisiert, daß alle Genossen, die für das Heranholen der Wähler bestimmt sind, nach dem Appell der Roten Frontkämpfer morgens **zunächst einen allgemeinen Rundgang durch die Wohnungen machen, um die Wähler aufzufordern, möglichst sofort zur Wahl zu gehen** und sie aufzuklären, warum mit „Ja“ gestimmt wird. Die Schlepper werden ungefähr um 11.30 Uhr von dieser Agitationstour zurück sein. Die Häuser und Straßen sind vorher durch den Leiter des Schlepperdienstes genau auf die einzelnen Schlepper zu verteilen.

Inzwischen wird im Schlepplokal bereits festgestellt sein, wer von den Wählern bis dahin gewählt hat. Nunmehr setzt die eigentliche Arbeit der Schlepper ein. Damit die Schlepper in möglichst kurzen Zwischenräumen ins Schlepplokal zurückkommen können, ist notwendig, soviel wie möglich Genossen für dieses Heranholen der Wähler zur Verfügung zu haben. **Das kommt insbesondere für die letzten Stunden vor Schluß des Wahlaktes in Frage.** Besonders für die letzten Stunden müssen für die weitabgelegenen Straßen und Wohnungen Radfahrer zur Verfügung stehen. Vielfach müssen auch Wähler aus anderen Stimmbezirken herangeholt werden, weil sie inzwischen verzogen sind.

Die Schlepper gehen mit den Zetteln, die die Adressen der heranzuholenden Wähler enthalten, in deren Wohnungen und fordern sie auf, doch sofort zur Wahl zu gehen, wobei natürlich immer mit kurzen Worten die Wähler zur Entscheidung für die Fürstenenteignung aufgefordert werden müssen. Vielfach wird es gut sein, wenn die Schlepper solche Wähler, von denen sie annehmen, daß sie nur zur Wahl gehen werden, wenn sie gleich von dem Schlepper mitgenommen werden, die Wähler sofort zum Mitkommen auffordern.

Vor dem Abstimmungslokal müssen selbstverständlich auch Genossen mit großen Plakaten stehen, die die ankommenden Wähler noch einmal auf die richtige Ausfüllung des Stimmscheines aufmerksam machen.

Nach Schluß des Wahlaktes erfolgt im Abstimmungslokal die öffentliche Feststellung des Wahlresultates. Auch hier müssen einige Genossen bestimmt werden, die der Auszählung beiwohnen und sich genau notieren, wieviel Stimmen für Ja und für Nein abgegeben werden.

Die für den Dienst im Wahl- und Schlepplokal und für den Schlepperdienst in Betracht kommenden Genossen sind in den Zellengruppen sofort zusammenzuberufen, um die in dem vorstehenden Artikel niedergelegten Anweisungen genau durchzusprechen.

Wie sieht Dein Agitationslokal aus?

Wie stimmen Sie, was tun Sie für den Volksentscheid?

(Arbeiterkorrespondenz)

Im Eisenbahnzug hielt ich eine Rundfrage, um zu erfahren, wie die verschiedenen Bevölkerungsschichten zum Volksentscheid stehen. In jedem Wagen stellte ich an einen Passagier die Frage: „Wie stimmen Sie beim Volksentscheid, und was tun Sie dafür?“ Zuerst beantwortete meine Frage ein Schuhmachermeister, ein sogenannter Flickschuster. „Ich stimme mit Ja. Wer uns enteignete, den enteignen wir wieder.“ „Gewinnen Sie auch andere, damit sie für „Ja“ stimmen?“ „Ich habe einen Abstimmungszettel auf Pappe geklebt, den ich jedem Kunden zeige und posomentiere ihm auseinander, wie es gemacht wird.“ Im anderen Wagen habe ich eine „Dame“ erwischt, die einer religiösen Sekte angehört. Auf die Frage, wie sie stimmt, antwortet sie, jedes einzelne Wort betonend: „Der Heiland sagt: Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“ — „und des Herren Werke sind wunderbar.“ Dabei verdrehte sie die Augen wie ein erstochenes Kalb. Wütend mischt sich ein Mann ein: „Kennen Sie auch die Stelle im 3. Moses, wo geschrieben steht: „Sie versammelten sich, hier einen Haufen und dort einen Haufen und das Land stank davon. Ihre Führer solle man stürzen über einen spitzen Fels?“ Danach handeln wir und stimmen mit „Ja“. Ein anderer meinte: „Verschiedenen haben sie schon das Gehirn enteignet, so daß sie gar nicht mehr wissen, wie dreckig es ihnen geht.“ Im dritten Wagen sind nur zwei Mann in dem Abteil, in welches ich einsteige. Hier bekam ich die „Sachlichkeit“ der Gegner zuhören. Auf meine Frage bekam ich ungefähr dieselben Worte zu hören, die einst der ADGB.-Mann Nörpel gebrauchte: „Volksentscheid ist Kohl.“ Kohlköpfe haben selten eine andere Meinung, dachte ich und ging in den nächsten Wagen. Hier stürze ich mich auf einen Postbeamten. „Bei mir ist eine ulkige Familie. Ein Sohn ist im Reichsbanner, ein anderer im blauen Turnverein. Ich sympathisiere mit den Kommunisten und lese den „Klassenkampf“. Bei einer Wahl wählt jeder anders. Aber diesmal habe ich die Einheitsfront hergestellt. Alles stimmt mit „Ja“.

Dann eine Waschfrau: „Wenn man den ganzen Tag anderen ihren Dreck nachklaubt, geht einem oft genug der Gedanke durch den Kopf, wie man den Aasgeiern von Fürsten ihre Beute abnimmt. Da gibt es keine andere Antwort, als mit „Ja“ stimmen.“ Viele, viele treffende Antworten bekommt man zu hören. Auch sogenannte „bessere Leute“ geben ihrer Wut gegen die Fürsten Ausdruck. Die beste Antwort gab ein Junglehrer: „Wer für „Nein“ stimmt oder gar nicht abstimmt, ist ein glatter Selbstmörder!“

In Halle

heute 5½ Uhr Antreten aller Parteimitglieder und RFB.-kameraden sowie RFMB. und Sympathisierender auf dem Weingärtenplatz. Umzug durch die Stadt. Transparente und Werbematerial mitbringen.

Morgen 6½ Uhr Sammeln auf dem Roßplatz zur letzten, großen Straßendemonstration.

Gesetzliche Bestimmungen

über die Abstimmung in Kranken- und Pflegeanstalten

Reichsstimmordnung

Für Kranken- und Pflegeanstalten (öffentliche oder private Krankenhäuser oder Kliniken, Lazarette, Entbindungsanstalten, Wöchnerinnenanstalten, Pfründneranstalten, Erholungsheime usw.) mit einer größeren Anzahl von Stimmberechtigten, die keinen Abstimmungsraum außerhalb der Anstalt aufsuchen können, können ein oder mehrere eigene Stimmbezirke gebildet werden. Auch hier muß die Zahl der Stimmberechtigten nicht so gering sein, daß sich die Abstimmung der einzelnen Stimmberechtigten ermitteln ließe.

Sind für Kranken- und Pflegeanstalten **selbständige Stimmbezirke** gebildet, so wird die Abstimmung nach folgenden Bestimmungen vorbereitet und durchgeführt:

1. Die Gemeindebehörden fordern von der Anstaltsleitung ein Verzeichnis über die voraussichtlich vor der Abstimmung nicht aus der Anstalt entlassenden Stimmberechtigten, stellen Stimmscheine für sie aus und übersenden sie den Anstaltsleitungen.
2. Die Abstimmungsvorsteher tragen für den Zusammentritt eines Abstimmungsvorstandes rechtzeitig Sorge. Die Mitglieder des Abstimmungsvorstandes brauchen nicht in dem Stimmbezirk stimmberechtigt zu sein. Es ist zulässig, daß in den verschiedenen Anstalten eines solchen Stimmbezirks verschiedene Personen als Mitglieder des Abstimmungsvorstandes gestellt werden. Die Gemeinden stellen die für die Abstimmung erforderlichen Gegenstände zur Verfügung.
3. Die Anstaltsleitung bestimmt einen Abstimmungsraum, wohin die Anstaltsinsassen auf ihren Wunsch, wenn erforderlich in ihren Betten, unbedenklich gebracht werden können. Er muß so gelegt sein, daß ein Absonderungsraum geschaffen werden kann. Es ist zulässig, für die Abstimmung in verschiedenen Gebäuden einer Anstalt oder in den verschiedenen Stockwerken eines Gebäudes verschiedene Räume und verschiedene Zeiten zu bestimmen. Die Abstimmungszeit ist so zu bemessen, daß sämtliche für den einzelnen Abstimmungsraum in Betracht kommenden Anstaltsinsassen ihre Stimme abgeben können. Der Abstimmungsvorstand kann auf Wunsch des Kranken zur Entgegennahme des Stimmzettels auch an das Krankenbett gehen, wenn ärztliche Bedenken nicht entgegenstehen.
4. Die Bildung von Stimmbezirken, die Namen der Abstimmungsvorsteher und ihre Vertreter, ferner Ort und Zeit der Abstimmung sind den Stimmberechtigten spätestens am Tage vor der Abstimmung bekanntzugeben, ebenso dem Kreiswahlleiter (Abstimmungsleiter).
5. Das Ergebnis wird in dem Abstimmungsraum ermittelt, in dem die letzten Stimmen abgegeben worden sind.
6. Es ist dafür zu sorgen, daß die Oeffentlichkeit bei der Stimmabgabe und Ergebnisermittelung durch die Anwesenheit anderer Stimmberechtigter tunlichst gewährleistet wird.
7. Die Anstaltsleitungen sind für die Absonderung von Kranken verantwortlich, die mit ansteckenden Krankheiten behaftet sind.
8. Im übrigen gelten die allgemeinen Vorschriften auch für solche Abstimmungen (§ 111).

Die betrogenen Aufwertungsgläubiger an Hindenburg

Hindenburgs Antwort: der Loebell-Brief

Die **Arbeitsgemeinschaft der Aufwertungsgeschädigten- und Mieterorganisationen** haben in einem Offenen Brief Hindenburg noch einmal vor dem 20. Juni um seine Stellungnahme zur Aufwertung befragt:

„Herr Reichspräsident!

Ihr Brief an den Staatsminister a. D. v. Loebell hat in weiten Kreisen des deutschen Volkes den Eindruck erweckt, als ob die von Ihnen unternommene Verteidigung des privaten Eigentums der Fürsten vor der entschädigungslosen Enteignung der richtigen Erkenntnis entspringt, das Volk könnte auf diesem Wege der Enteignung des Privateigentums fortschreiten. Sie erkennen in einem solchen Vorgehen einen Vorstoß gegen das Gefüge des Rechtsstaates und die Grundlagen von Moral und Recht. Sie versuchen, das Volk unter Hinweis auf die Leistungen der Fürstenhäuser für Deutschland zu bewegen, Dankbarkeit zu üben.

Erinnern Sie sich, Herr Reichspräsident, wie gerade vor einem Jahre die Delegierten der Reichsarbeitsgemeinschaft an Ihr Gerechtigkeitsgefühl und Ihre Pflichten als Staatsoberhaupt und Mensch appellierten? Gaben wir Ihnen nicht genau dieselbe Begründung für die Ablehnung der Aufwertungsgesetze und für die Aufhebung der Erweiterten Abgeltungsverordnung, mit welcher Sie heute den gesunden Sinn der Mitbürger zum Schutze des Fürsteneigentums wachrufen möchten? Damals forderten wir von Ihnen die Geltendmachung Ihrer verfassungsmäßigen Rechte auf Anwendung des Volksentscheides über die fälschlich Aufwertungsgesetze genannten Enteignungsgesetze. Der pflichtbewußte und rechtlich denkende Teil des Reichstages hatte Ihnen durch einen entsprechenden Beschluß die Handhabe dieses Rechtes erleichtert. Dieser historische Augenblick zur Sicherung von Moral und Recht, der Grundlagen der Gesellschafts- und Staatsordnung sowie der Wohlfahrt unseres Volkes, ist verabsäumt worden. Die von uns eindringlich warnend vorausgesagten Folgen, die Ihr Brief an Herrn v. Loebell erst nach der Fürstenenteignung befürchtet, sind leider längst voll eingetreten. Die durch eben diese Folgen in grenzenlose Not gestürzten Mitbürger sind es, welche die Anwendung des Gleichheitsprinzips nicht nur gegenüber den Fürsten verlangen, sondern erst recht gegenüber dem kleinen Volksteile, welcher auf Grund der Aufwertungsgesetze sich widerrechtlich bereichern durfte.

Wollen Sie, Herr Reichspräsident, die Fürstenenteignung in Wahrheit verhindern, so müssen Sie logischerweise gleichzeitig verhindern, daß ein kleiner Teil des Volkes weiter gesetzlicher Hehler am Eigentum der großen Volksmasse bleibt, die fiskalischen Willkürakte an privatem Eigentum auf Grund der Erweiterten Abgeltungsverordnung und anderer, das Privateigentum verleugnender Ausnahmegesetze und -verordnungen fortgesetzt werden und **das Volk samt dem Staate darüber zugrunde geht.**

Es bedarf Ihrer Willensäußerung in dieser Richtung vor dem 20. Juni durch Ankündigung einer entsprechenden Regierungsvorlage. Sonst rollt der rote Schicksalsfaden Deutschlands weiter.“

Die Antwort Hindenburgs auf diese Fragen der Aufwertungsinvaliden, der Mieter, die jetzt mehr als die Friedensmiete für ihre abgenutzten und verkommenen Wohnungen zu zahlen haben, ist bereits da. Die Antwort ist der Loebell-Brief. Die Antwort ist die Unterzeichnung der Aufwertungsgesetze durch Hindenburg.

Hindenburg braucht nicht weiter zu antworten. Die Mieter, die Aufwertungsgeschädigten wissen, was Hindenburg gegen sie getan hat. Darum stimmen sie am 20. Juni alle mit Ja gegen die voll aufgewerteten Fürsten, gegen die Fürstenmilliarden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260618-19/fragment/page=0003
DFG

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

18] Ein englischer Arbeiterroman von Robert Tressal

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin NW 7

„Das ist ja recht heiter, das muß ich schon sagen", meinte Harlow, sich an alle wendend. „Wir sollen ihn auch noch anlernen, damit er uns später mit seinem billigen Lohn aus der Arbeit bringen kann."

„Ich kanns nicht ändern", knurrte Craß. „Du weißt doch, wie's ist. Jäger schickt ihn zum Streichen, und da muß ich ihm eben was zu streichen geben. Es ist ja auch gar nichts anderes für ihn zu tun da."

Die weitere Unterhaltung über diese Frage wurde abgeschnitten durch Sawkins Ankunft, der fast eine Viertelstunde zu spät kam.

„Na, bist Du doch noch gekommen?" spottete Craß. „Ich dachte schon, Du wolltest blau machen."

Sawkins murmelte etwas von Verschlafen, zog sich hastig um, und ging mit Harlow hinauf.

„Nun wollen wir mal weiter sehen", sagte Craß zu Philpot, „Du und Neumann, Ihr könntet auf dem zweiten Flur anfangen, aber geht nicht beide in dasselbe Zimmer, sonst wird Jäger wieder schimpfen. Du kannst eines von den Hinterzimmern nehmen. Nimm ein bißchen Kitt mit, es soll zwar zweimal gestrichen werden, aber es ist doch besser, wenn Du die Löcher gleich verschmierst."

„Nur zweimal streichen!" rief Philpot. „Die Zimmer werden nie im Leben nach was aussehen — bei der hellen Farbe."

„Sie werden aber nur zweimal gestrichen", erwiderte Craß eigensinnig, „Jäger hat's gesagt und Du mußt Dir eben Mühe geben und sie leidlich verschmieren."

Craß hielt es für überflüssig, zu erwähnen, daß nach der Arbeitsbeschreibung in seiner Tasche der fragliche Raum vier Anstriche kriegen sollte.

Nun wandte sich Craß an Owen. „Da ist der Salong", sagte er. „Ich weiß nicht, was mit dem werden soll. Sie haben wohl noch nicht darüber entschieden. Es wird eine Extraarbeit werden. Bis jetzt steht bloß im Kontrakt, daß die Wände verschmiert und einmal weiß gestrichen werden sollen. Du könntest mit Easton schon immer damit anfangen."

Schleim erweichte etwas Kitt, indem er ihn zwischen den Händen rieb und drückte. Als er an die Arbeit ging, sagte er zu Bert, dem Lehrling, der gerade Feuer anmachte, um das Wasser zum Frühstückstee zu kochen:

„Da ist ein Bückling, den ich gekocht haben will."

„Schön", erwiderte Bert, „legen Sie ihn da drüben auf die Anrichte, zu Philpots und meinem."

Schleim nahm den Bückling aus dem Frühstückskorb, aber als er ihn an die bezeichnete Stelle legte, fiel ihm auf, daß seiner größer war. Das war eine wichtige Tatsache. Wenn sie erst gekocht waren, würde es schwierig sein, festzustellen, welcher wem gehörte; er konnte statt seines eigenen vielleicht einen kleineren erhalten. Deshalb nahm er sein Taschenmesser heraus und schnitt dem großen Bückling den Schwanz ab. „Da ist er", sagte er zu Bert. „Ich habe meinem den Schwanz abgeschnitten, damit Du weißt, welcher es ist."

Es war jetzt zwanzig Minuten nach sieben, und nachdem er alle anderen an die Arbeit geschickt hatte, wusch sich Craß die Hände unter der Leitung. Dann ging er in die Küche und baute sich einen Sitz aus zwei Schubladen der Anrichte, die er in einiger Entfernung von einander aufstellte, worauf er ein Brett darüber legte. Als das besorgt war, setzte er sich vor das Feuer, das jetzt hell brannte und steckte die Pfeife an. Der Junge ging in die Spülküche und wusch die Tassen und Marmeladentöpfe für die Leute aus. Berts Anzug war äußerst farbenprächtig. Er klebte vor Farbe infolge der Ungeschicklichkeit, mit der er seine Arbeit noch verrichtete, denn er war erst ein Jahr im Beruf. Ein paar von den Arbeitern hatten ihn den „wandelnden Farbenladen" getauft, ein Spott, den er gutmütig hinnahm.

Der Junge war eine Waise, und als er sagte, er wolle Dekorateur werden, da beschloß seine verwitwete Mutter, ihn, wenn irgend möglich, zu Hurtig & Co. zu geben, weil das eine der führenden Firmen war. Zuerst verlangte Herr Hurtig 200 Schilling Lehrgeld und einen Kontrakt für fünf Jahre. Keinen Lohn im ersten Jahre, zwei Schilling die Woche im zweiten Jahre, und dann jedes Jahr einen Schilling die Woche mehr. Nachher aber, als besondere Gunst — eigentlich als Akt der Barmherzigkeit, weil sie wirklich eine sehr arme Frau war — begnügte er sich mit 100 Schilling. Diese Summe stellte die mühseligen Ersparnisse von Jahren dar, aber die arme Frau gab sie gern hin, damit ihr Sohn ein gelernter Arbeiter würde. So wurde Bert ein Lehrling, — für fünf Jahre gefesselt an Hurtig & Co.

Die ersten Monate seines Lebens dort brachte er in der Farbstube auf dem Hofe zu, einem Mittelding zwischen Keller und Stall. Dort arbeitete also der junge Künstler gewöhnlich allein, umgeben von den giftigen Pigmenten und Materialien des Gewerbes. Er säuberte die schmutzigen Farbtöpfe, die die Arbeiter von fertigen Arbeiten zurückbrachten, und gelegentlich mischte er auch einmal eine Farbe nach den Anweisungen Jägers oder des zweiten Vorarbeiters.

Manchmal wurde er weggeschickt um Material hinzufahren an die Plätze, wo die Leute arbeiteten, schwere Lasten Farbe und Bleiweiß und manchmal Kübel mit Tünche, die seine schwachen Arme nicht weiter als ein paar Meter auf einmal kriegten. Oft konnte man seine gebrechliche, kindliche Gestalt sehen, wie er sich tapfer vorwärtsarbeitete, tief gebeugt unter der Last einer Leiter oder eines schweren Brettes. Er konnte eine ganze Menge Bündel auf einmal schleppen; ein paar in jeder Hand, und ein paar mit einem Strick zusammengebunden und über die Schulter gelegt. Gelegentlich aber, wenn es mehr war, als er tragen konnte, wurde alles in einen Handwagen gepackt, den er zu den weiteren Plätzen schob oder zog.

Er sah in alledem keine besondere Härte. Mit der ganzen Unbekümmertheit der Jugend arbeitete er hart und freudig. Mit der Zeit erreichte er das Ziel seines kindlichen Ehrgeizes: er durfte mit den Männern zusammen arbeiten! Und er tat es in demselben Geiste: immer gab er sein Bestes, damit seine Mitarbeiter zufrieden mit ihm waren.

Bald wurde er der Liebling von Owen, für den er große Achtung und Zuneigung empfand. Immer, wenn etwas besonderes zu tun war, wurde Owen herangezogen. Bei solchen Gelegenheiten tat Bert in seiner kindlichen Art alles, um Owen beigegeben zu werden, oder Owen verlangte, wenn irgend möglich, daß der Junge mit ihm arbeitete.

Berts Achtung vor Owen wurde an Heftigkeit nur erreicht von seiner Abneigung gegen Craß, der sich über den Ehrgeiz des Jungen lustig zu machen pflegte: „Du wirst noch viel Zeit haben, an feine Arbeiten zu denken, wenn Du erst mal richtig anstreichen gelernt hast", pflegte er zu sagen.

An diesem Morgen kam Bert nach dem Abwaschen der Tassen und Töpfe wieder in die Küche. „Wollen mal sehen", sagte Craß nachdenklich, „der Tee ist doch schon im Eimer?"

„Ja."

„Und jetzt willst Du 'ne Arbeit, was?"

„Ja", erwiderte der Junge.

„Nimm Dir einen Kübel Wasser, die alte Bürste und einen Kehrwisch und wasche die alte Tünche und Farbe in der Speisekammer von Decke und Wänden."

„All right", sagte Bert. An der Tür der Speisekammer sah er sich noch einmal um.

„Ich soll die drei Bücklinge zum Frühstück fertigmachen."

„Das laß meine Sorge sein", sagte Craß. „Ich werde es machen."

Bert nahm den Eimer und die Bürsten und ließ sich Wasser aus der Leitung ein. Dann holte er eine Leiter und ein kurzes Brett. Mit dem einen Ende legte er das Brett auf die Leiter, mit dem anderen auf das oberste Brett der Speisekammer, und so begann er, Craß' Anweisungen auszuführen.

Es war sehr kalt, feucht und unangenehm in der Speisekammer, und die Kerze verstärkte den Eindruck noch. Bert zitterte und hätte gern sein Jackett angezogen, aber das kam bei dieser Arbeit nicht in Frage. Er hob den Kübel Wasser aus eins der Regale, stieg auf die Planke, nahm die Bürste und weichte erst ein viereckiges Stück der Decke ein; danach bearbeitete er es mit der Bürste.

Er war noch nicht sehr geschickt, und beim Bürsten lief ihm das Wasser über den Bürstenstiel, die Hand entlang, über den hochgestreckten Arm und durchtränkte den aufgekrempelten Hemdärmel.

(Fortsetzung folgt.)

Unsere Leser berücksichtigen bei ihren Einkäufen in erster Linie die Inserenten!

Klassenkampfleser kaufen nur bei ihren **Inserenten**

Gute Blauschimmel-Käse Ia. Qualität
Frische Molkerei-Butter, sowie täglich frische Eier liefert an Wiederverkäufer zu billigstem Tagespreis frei Haus
Paul Krüger Käserei
Stand Wochenmarkt Tel. 5237

Zigarren, Zigaretten und Tabake kauft man in guten Qualitäten preiswert bei
Herm. Schütze Pfännerhöhe 52 Telephon 8216

Strumpfwaren zum Teil aus eigener Fabrikation, kaufen Sie am vorteilhaftesten im Spezial-Haus
Strumpf-Geßner Halle a. d. S. Merseburger Straße 161 Eingang Königstr.

Flugplatz-Kasino Der beliebte Ausflugsort aller Genossen
Max Weber 7 Minuten von der Endstation der Linie 1

Empfehle für diese Woche: **Pa. Roßfleisch** sowie **sämtliche Wurstwaren** in bekannter Güte
Herm. Quandt, Roßschlächterei, Halle a. d. S., Langestraße 21 und Kl. Klausstr. 6

Schokoladen, Kakao sowie sämtliche Süßwaren kaufen Wiederverkäufer nach wie vor am billigsten bei der Schokoladen-Spezial-Großhandlung
Willy Voigt Halle a. d. S., Schmeerstr. 18 Telephon 4736

Schuhwaren von billigster bis bester Qualität in größter Auswahl kauft man bei
Max Naundorf Halle, Geiststraße 35
Vorzeiger dieser Annonce erhält 5% Rabatt

Die Niemberg-Molkerei empfiehlt ihre dauerpasteurisierte, tiefgekühlte Vollmilch, sowie Butter, Sahne und Quark
Hauptfilialen: Lindenstr. 52, Berliner Str. 1, Martinstr. 12, Annenstr. 21, Ludwig-Wucherer-Str. 59, Raffineriestraße 47, Schillerstr. 18

Ida Lotze Halle-Trotha
Kurz-, Weiß- u. Baumwollwaren, Kleiderstoffe, Damen- u. Herren-Konfektion
Anfertigung nach Maß

Otto Ulbricht Rind- und Schweineschlächterei Glauchaer Straße 28
Aufschnitt u. Fleisch- u. Wurstwaren

Vereine bestellen am besten ihre Drucksachen bei der Produktiv-Genossenschaft in Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14, die schnell und preiswert liefert. Fernruf 1045, 1047, 2281

Zahnpraxis Zimmermann Halle an der Saale Riebeckplatz (Eing. Landwehrstr. 25 I) Fernruf Nr. 4330
Schonende Behandlung

Friedrichsbad Zwintschöna Station Dieskau, 8 Min. Bahnfahrt
Gernbesuchtes Familienbad
Kristallklares, schlingpflanzenfreies, anerkannt bestes Wasser der Provinz mit Kiesunterlage
Herrliches Planschwasser für Kinder
Turngelegenheit, Sonnenbad
Staatlich geprüfter Schwimm-Meister
— Mäßige Preise —
Um freundl. Zuspruch bittet **Fr. Kaiser**

Billigste Bezugsquelle für **Herren- und Knaben-Kleidung** sowie sämtliche **Berufskleidung**
Gustav Reinsch Markt, im Roten Turm

Mitteldeutsche Werkstätten f. Lederverarbeitung (Schuh-Instandsetzungs-Fabrik)
Meckelstr. 4 Fernspr. 2902
Sämtliche Schuh-Reparaturen zu billigen Preisen
Herren-Sohlen .... 2,75 gen.
Absätze .... von 1,00 an
Damen-Sohlen .... 2,40 gen.
Absätze .... von 0,80 an
Prima Kernleder! Saubere Ausführung! Schnellste Bedienung!

Schuhwaren-Spezialgeschäft **Otto Block** Kl. Ulrichstr. 2, gegenüber Möbel-Hauptmann
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in erstklassigen Schuhwaren für Beruf, Sport und Straße zu mäßigen Preisen
Eigene Maß- und Reparaturwerkstatt

Kolonialwaren Spezialität: **Hausschlachten**
Fritz Reizig Glauchaer Straße 57

Hermann Böhlert Roßschlächterei
Glauchaer Str. 75, Bärgasse 4, Seebener Straße 184
empfiehlt seine pa. Fleisch- u. Wurstwaren

AGO-Schuhbesohlung ohne Naht und Nagel
dadurch weitaus größere Lebensdauer der Schuhe
Annahme in unseren Filialen: Merseburger Str. 29, Mansfelder Straße 4, Kleine Ulrichstraße 8
Hartmann & Hansen

Kunststopferei in Stoffen jeder Art
A. Schmidt Alter Markt 25

Korn & Zöllner Brüderstraße 13
Eisenwaren Werkzeuge für Tischler, Glaser und Zimmerleute

Alle Wasch-Artikel und Kernseifen zu bekannt billigsten Preisen
Wilhelm Reipsch Triftstraße 8
Jede Woche Schlachtefest

Gasthof Wörmlitz
Inhaber: Hermann Rauschenbach
hält seine Lokalitäten mit schattigen Garten und Saal bestens empfohlen

RADIO Einzelteile zum Selbstbau, Schaltbilder u. Anleitungen billigst im Spezial-Geschäft
William Fabel Fleischerstr. 1, Ecke Geiststr.
Akku- u. Ladestation u. Reparatur

Fahrräder Nähmaschinen auf Teilzahlung
Lohrengel Große Klausstraße 7

Franz Conrad Torstraße 28 Torstraße 28
Kolonialwaren
A. hausschlachtene Wurstwaren

Restaurant und Gartenlokal Lüderitzberg
Reilstraße 47 Inh.: E. Stark
empfiehlt seine Lokalitäten mit Vereinszimmer zu Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen und Ausflügen

Zigarren, Zigaretten und Tabake empfiehlt zu äußerst billigen Preisen
Ernst Geißler Kutschgasse 1, am Alten Markt

Otto Schwarzkopf Burgstraße 7
Empfehle der Arbeiterschaft meine Lokalitäten
Für gutgepflegte Biere u. musikalische Unterhaltung wird bestens Sorge getragen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260618-19/fragment/page=0004

Den Fürstenmätressen die Schlösser — den Proletarierfrauen das Gefängnis

Der Reichstag hat am 7. Mai in namentlicher Abstimmung mit 213 gegen 173 Stimmen beschlossen, daß an Stelle der bisherigen §§ 218 bis 220 ein § 218 folgenden Inhalts tritt:

§ 218

„Eine Frau, die ihre Frucht im Mutterleibe oder durch Abtreibung tötet oder die Tötung durch einen anderen zuläßt, wird mit Gefängnis bestraft.

Ebenso wird ein anderer bestraft, der eine Frucht im Mutterleib oder durch Abtreibung tötet.

Der Versuch ist strafbar.

Wer die im Abs. 2 bezeichnete Tat ohne Einwilligung der Schwangeren oder gewerbsmäßig begeht, wird mit Zuchthaus bestraft. Ebenso wird bestraft, wer einer Schwangeren ein Mittel oder ein Werkzeug zur Abtreibung der Frucht gewerbsmäßig verschafft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten ein.“

Der bisherige § 218 sah bei Abtreibungen für eine Schwangere selbst und für solche Personen, die Beihilfe geleistet haben, Zuchthausstrafen bis zu 5 Jahren, bei mildernden Umständen nicht unter 6 Monaten vor. Nach § 219 wurde mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft, wer einer Schwangeren gegen Entgelt Mittel zur Abtreibung beschafft oder bei ihr angewendet hat. § 220 bestraft Fälle von Abtreibungen gegen den Willen der Schwangeren. Hierfür bestand Zuchthausstrafe nicht unter zwei Jahren, bei Todesfällen nicht unter 10 Jahren oder lebenslängliche Zuchthausstrafe.

Gegen diese ungeheuerlichen Strafparagraphen, die sich fast ausschließlich nur gegen das Proletariat richten, hat die Kommunistische Partei seit Jahren innerhalb und außerhalb des Parlaments einen hartnäckigen Kampf geführt.

Die Folgen dieser Schandparagraphen waren bisher nicht nur, daß jährlich über Tausende von Frauen und Männern schwere Strafen verhängt wurden, sondern vor allem, daß Hunderttausende Frauen wegen der Geheimhaltung unsachgemäß behandelt und damit schweren Gefahren für Leben und Gesundheit ausgesetzt waren. Nach Urteilen von Sachverständigen ist jährlich mit 50 000 Abtreibungen zu rechnen, 20 000 Frauen werden infolge unsachgemäßer Abtreibung dauernd siech, 8000 sterben jährlich an den Folgen dieser Abtreibung. Die Zahl der Verurteilten betrug 1925 3565.

Der neue § 218 bringt nun eine Milderung des Strafmaßes, es soll aber nach wie vor die Sphäre der Heimlichkeit bestehen und damit alle die daraus sich ergebenden schweren Folgen.

Der Arzt läßt sich eine solche Operation teuer bezahlen, die Proletarierin legt selbst Hand an ihren Körper oder begibt sich in unsachgemäße Behandlung, die billiger ist.

Die Kommunistische Partei fordert nach wie vor Strafreiheit für Abtreibung in öffentlichen Anstalten und Unentgeltlichkeit der Behandlung und als Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung der Abtreibungsgefahren einen umfassenden Mutter- und Kinderschutz. (In Sowjet-Rußland sind diese Forderungen bereits Tatsache. Der kommunistische Gesetzentwurf zum Schutze für Mutter und Kind, der bereits im Jahre 1925 im Reichstage eingebracht wurde, liegt aber immer noch unerledigt im Ausschuß für Bevölkerungspolitik und im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages.

Im Juni vorigen Jahres beschloß der Bevölkerungspolitische Ausschuß, die Regierung aufzufordern, eine Denkschrift über den Ausbau des Mutter- und Kinderschutzes in Deutschland herauszugeben und selbst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Schutz der Mutter und Kind sicherstellt.

Bisher hat sich die Regierung um diese Beschlüsse nicht gekümmert.

Die vorliegende Aenderung des Strafparagraphen ist das Ergebnis sozialdemokratischer Anträge.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, die Abtreibung in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft freizugeben. Dieser Antrag wurde im Rechtsausschuß abgelehnt, ebenso wie der kommunistische Antrag auf Aufhebung der §§ 218/19 und auf Amnestie für die Verurteilten.

Daraufhin brachte die SPD. einen neuen Antrag ein, den § 218 des Entwurfs zum neuen Strafgesetzbuch jetzt vorweg zu erledigen. Dafür waren Professor Kahl von der Deutschen Volksportei und die Demokraten zu haben, während alle anderen Parteien sich mit aller Entschiedenheit dagegen wandten. Damit war der neue § 218 entsprechend dem sozialdemokratischen Antrag zur Annahme gelangt. Abgelehnt wurde aber auch von diesen beiden Parteien, daß das Gericht in besonders leichten Fällen von Strafe absehen kann, ebenso der kommunistische Antrag, daß der Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt straffrei sein soll.

Die kommunistische Fraktion stimmte für den sozialdemokratischen Antrag, um wenigstens diesen geringen Milderungen der Strafparagraphen zur Annahme zu verhelfen.

Der Kampf gegen den neuen Abtreibungsparagraphen muß aber von den Massen draußen mit aller Kraft weitergeführt werden. Die Verhandlungen im Reichstag haben erneut gezeigt, wie das Bürgertum gegen die unglücklichen Frauen des Proletariats wütet, die nicht Mutter sein können, weil das kapitalistische Ausbeutungssystem keine Lebensmöglichkeiten für sie und ihre Kinder schafft.

Die Vertreter des Zentrums wandten sich scharf gegen jede Abschwächung des Strafparagraphens, dies führe in die „Unkultur des Altertums“ zurück und widerspreche der „Ethik“.

Die Deutschnationalen wandten sich aus „nationalen“ Gründen gegen die „unerhörte Milde“ des neuen § 218 und forderten wenigstens ein Mindeststrafmaß von drei Monaten. Die Partei der Fememörder schickte den Abgeordneten v. Ramin vor, der von aktivistischer Bevölkerungspolitik sprach.

Die **kommunistischen Fraktionen** des Reichstages und des Preußischen Landtages haben Anträge auf Amnestie für die auf Grund der bisherigen Strafparagraphen Verurteilten eingebracht.

Der Druck der Massen draußen muß zeigen, daß das Proletariat auch für diese Opfer der Klassenjustiz eintritt.

Das Elend der Massen steigt. Erwerbslosigkeit, Kurzarbeit, Lohndruck machen es dem Arbeiter unmöglich, für Frau und Kind zu sorgen. Die Regierung erklärt, für Mutter- und Kinderschutz keine Mittel zu haben. Die letzten 20 Millionen Zuschuß für die Wochenhilfe sollen im Etat noch gestrichen werden.

Den Fürsten und ihren Mätressen aber sollen Milliarden gegeben werden. Den Proletarierfrauen, die aus Verzweiflung ihre Leibesfrucht beseitigen, das Gefängnis, den Fürstenmätressen die Schlösser!

Der Volksentscheid, die Abrechnung mit den Fürsten ist zugleich Kampf gegen das heutige System, ist Kampf um den Schutz für Mutter und Kind.

Die Belegschaft der Firma Lindner, Ammendorf, für den Volksentscheid

Wahl eines Rußland-Delegierten

Am Dienstag, dem 15. d. M., fand eine gut besuchte Belegschaftsversammlung der Firma Gottfried Lindner statt, in der Kollege Lütich vom DMV. über die Kündigung des Manteltarifes durch die mitteldeutschen Metallindustriellen und die Aufgaben der Gewerkschaften und der Kollege Dreicher über den **Volksentscheid** sprach. Das besondere Interesse der Belegschaft zeigte sich darin, daß auch nicht ein Kollege, weder bei Schluß der eigentlichen Betriebsversammlung, noch während der zirka einstündigen Ausführungen des Genossen D. den Saal verließ, obwohl einige Kollegen, welche auswärts wohnten, dadurch ihren Zug verpaßten. Ein von der Direktion als Spitzel in die Versammlung abgesandter Stahlhelmmann versuchte anfangs einige Zwischenrufe zu machen. Er wurde aber in sarkastischer Weise abgefertigt und darauf hingewiesen, daß alle im Dienste des Kapitalismus stehenden Speichelleker, wenn sie nicht mehr gebraucht werden, doch nur den wohlverdienten Fußtritt bekommen.

Eine kurze Diskussion ergab das Gelöbnis, in den wenigen Tagen, die noch von der Abstimmung trennen, agitatorisch zu wirken, daß den fürstlichen Räubern am 20. Juni die Quittung erteilt wird, und daß der Sieg, **20 Millionen Ja-Stimmen aufzubringen**, errungen wird.

Im Anschluß an die Referate wurde dann die **Wahl eines Rußland-Delegierten** (SPD.-Kollege) vorgenommen, der mit einer Delegation Mitte Juli nach Rußland fahren soll, um die dortigen Arbeiterverhältnisse kennenzulernen.

Eine Entschließung der Leningrader Organisation

Moskau, 16. Juni. (Inprekorr.) Die Funktionärversammlung der Leningrader Parteiorganisation billigte einstimmig den Beschluß des Gouvernements-Komitees der Partei zum Bericht des Genossen Bucharin über die internationale Lage.

Der Beschluß schließt sich voll den ExKJ.-Thesen über den englischen Streik an, der die bolschewistische Einschätzung der Stabilisierung bekräftigt hat. Doch wäre es unrichtig, die gegenwärtige Lage als den vollkommenen Zusammenbruch der Stabilisierung und die Entstehung einer unmittelbar revolutionären Situation in Europa einzuschätzen. Solche Einschätzung wäre als eine leichtsinnige linke Phrase nicht minder schädlich als die opportunistische Auslegung der Stabilisierung. Die Eigenart des gegenwärtigen Entwicklungsstadiums besteht darin, daß die kapitalistische Stabilisierung in einem der wichtigsten Länder tief erschüttert wurde und daß sich die Klassengegensätze verschärften.

Der britische Streik bewies die hervorragende Rolle der Gewerkschaftsorganisationen für die Entwicklung der britischen Arbeiterbewegung und rückte den Generalstreik in den Vordergrund als entscheidende Voraussetzung des Sieges der britischen Arbeiterklasse. Auf gewerkschaftlichem Wege geschieht der Prozeß der Linksorientierung der britischen Arbeitermassen, durch die Gewerkschaften hat die britische Arbeiterbewegung eine höhere Stufe erreicht. Die britischen Revolutionäre müssen die Kunst der Gewerkschaftsarbeit voll erlernen. Ein Austritt aus den Gewerkschaften wäre höchst schädlich. Schlußfolgerungen aus dem Generalstreik, die zu ihrer Konsequenz den Gewerkschaftsaustritt haben, sind politisch gefährlich. Nicht der Gewerkschaftsaustritt, sondern die Eroberung der Gewerkschaften ist die Aufgabe der britischen Kommunisten.

Die junge KPGB. hat im Streikverlaufe die politische Reifeprüfung bestanden, Unsinn und Verleumdung ist die Beschuldigung, die britische Partei sei ein Faktor des Bremsens des britischen Arbeiterkampfes gewesen. Die Kommunisten haben sich in der komplizierten, eigenartigen Kampfsituation gut zurechtgefunden, sie haben während des Streikverlaufes die richtigen politischen Losungen ausgegeben.

Der englische Streik hat die Notwendigkeit der konsequenten Durchführung der **Einheitsfrontaktik** neu bekräftigt. Gleichzeitig mit der Bekämpfung der opportunistischen Verstümmelungen der Einheitsfrontaktik und der Aufdeckung der **Fehler der Reformisten** aller Arten müssen aufs entschiedenste diejenigen zurechtgewiesen werden, die aus den englischen Ereignissen die Schlußfolgerungen der Notwendigkeit einer Revision der Einheitsfrontaktik ziehen. Der Verzicht auf diese Taktik käme dem Abstoßen der Arbeitermassen, vor allem der englischen, zu Amsterdam, zur amerikanischen Arbeiterföderation und zur II. Internationale gleich. Im gegenwärtigen Kampfstadium muß die unversöhnliche ideologische Kritik vor allem auf die Fehler und das **Kapitulantentum der zentristischen** Elemente des Generalrates des englischen Gewerkschaftskongresses konzentriert werden. Die Festigung der Verbindung mit der steigenden revolutionären britischen Arbeiterbewegung muß mit allen Mitteln, darunter durch die Erhaltung und Verstärkung der Tätigkeit des englisch-russischen Komitees angestrebt werden, gleichzeitig mit der Kampagne um die Ersetzung der kapitulierenden Führer durch **revolutionäre Führer** in allen Gewerkschaftsinstanzen, auch im englisch-russischen Komitee. In der gegenwärtigen Situation bestünde der größte, nicht wieder gutzumachende Fehler der Kommunistischen Partei in einer Politik der organisatorischen Selbstisolierung. Die Arbeit in allen Massenorganisationen muß nicht eingestellt, sondern verstärkt werden.

Ebenso falsch und schädlich wie ein Gewerkschaftsaustritt in England oder der durch einige vorgeschlagene Austritt der Gewerkschaften der Sowjetunion aus dem englisch-russischen Komitee wäre der Austritt der Kommunistischen Partei Chinas aus der Kuomintang. In der Entwicklung der chinesischen Revolution ist ein zeitweiliger Stillstand eingetreten, eben deshalb muß die Kommunistische Partei Chinas unter Erhaltung der organisatorischen Verbindung mit der Kuomintang ihre Bemühungen zur Vorbereitung der Massen zu einem neuen revolutionären Aufschwung verzehnfachen.

In Polen hat unsere Bruderpartei und ihr Zentralkomitee eine Reihe größter politischer Fehler begangen, indem sie eine unrichtige Taktik gegenüber dem faschistischen Pilsudski einschlug. Die Leningrader Organisation ist überzeugt, daß die Kommunistische Partei Polens unter Führung der Komintern die Fehler ohne tiefere organisatorische Erschütterungen wieder gutmachen wird.

Die Resolution betont die hervorragende Rolle der Kommunistischen Partei und des Proletariats der **Sowjetunion** in der **Unterstützung des englischen Streiks**, deren Ausmaß ohne Vorbild dasteht und am besten Zeugnis gegen die klägliche Theorie der Entartung der KP. der Sowjetunion ablegt. Die KP. der Sowjetunion und ihr Zentralkomitee bleiben den **leninistischen Traditionen** treu. Die Leningrader Organisation begrüßt das Zentralkomitee und fordert es zu fester entschlossener Wahrung der Einheit der Partei Lenins auf.

Das 7. Gebot

„Wer für die Fürstenenteignung ist, versündigt sich gegen das 7. Gebot“, schreien die Sachwalter der Fürsten und Fürstenknechte.

Wo ist das 7. Gebot verletzt worden?

Als der Fürst Anton von Hohenzoller-Sigmaringen seinem Lande 1850 42 Staatsdomänen stahl, als die Hohenzollern dem preußischen Staate die Domänen Schwedt, Vierraden, Wildenbruch, Oderhausen, Flatow, Krojanke raubten,

als die Hohenzollern beim Verkauf des Berliner Akademieviertels dem Staatsfalle um 13 Millionen betrogen, als die Kronprinzessin Cecilie dem preußischen Staat zwei wertvolle Sevres-Vasen mauste,

als die deutschen Fürsten Arbeiter, Bürger und Bauern brandschatzten, um sich zu bereichern.

Der badische Pfarrer Eckert in Mersburg schreibt ganz richtig: „Dein Gottes Gebot: Du sollst nicht stehlen, übertreten wurde, wenn ist es von den Raubrittern, Fürsten und Fürsten übertreten worden.“

Am 20. Juni gilt es, das von den Fürsten gestohlene Volksgut dem Volke zurückzugeben. Darum stimmt jeder für die Enteignung der Fürsten mit Ja!

Und das 4. Gebot

Der Fürst, sein Liebchen und ein alter Vater

Einer kommunistischen Rednerin, die während des Volksentscheids in einer öffentlichen Versammlung in Wiesbaden sprach, ist das nachfolgende Schreiben zugegangen:

„Wiesbaden, den 21. März 1926.

Sehr geehrte Frau!

Mit nachstehender Bitte gestatte ich mir, bei Ihnen vorstellig zu werden:

Als Sie, sehr geehrte Frau, am 8. d. M. hierselbst über „Fürstenenteignung“ sprachen, und auch den Fall des verstorbenen Großherzogs von Mecklenburg mit seiner ehemaligen Mätresse, jetzt verwitwete Contessa Dora de Mazzenau, geb. Urbas, berührten, war mir bym. meinem alten, langjährigen Freunde, Vater der de Mazzenau, Ernst Vincenz Urbas, nicht vergönnt, Ihrem hochwichtigen Vortrag beiwohnen zu können, da leider meine liebe Frau einige Tage vorher verstorben und Herr Urbas bettlägerig war. Ich gestatte mir daher, Sie nachträglich mit einer dringenden Bitte ergebenst zu belästigen, die Sie, sehr geehrte Frau, wenn in Ihren Kräften steht, gewiß nicht abschlagen werden.

Mein alter Freund, Ernst Vincenz Urbas, Vater der in Berlin-Grunewald, Dunckerstraße 6, in glänzendsten Verhältnissen lebenden Tochter Dora Contessa de Mazzenau, geb. Urbas, ehemalige Mätresse des verstorbenen Großherzogs von Mecklenburg, gegen welche seit mehreren Jahren gerichtliche Prozesse wegen Vernachlässigung ihrer Unterhaltungspflicht — bis jetzt resultatlos — geführt wurden, bitte ich, wenn irgend angängig, Unterlagen, vielleicht Abschriften aus dem Briefwechsel zwischen dem Großherzog und der jetzigen de Mazzenau gefl. zukommen lassen zu wollen, da wir diese dem prozeßführenden Rechtsanwalt hierselbst zur weiteren Bearbeitung geben wollen, um diese Person energisch zur Pflichterfüllung ihres nachbetagten Vaters — 82 Jahre alt — anzuhalten. Dringend bitte ich um Verzeihung, wenn ich Sie, sehr geehrte Frau, mit meinem Anliegen belästige, aber man muß Mitleid haben, wenn man den alten Vater leiden sieht, wie er sich so kümmerlich auf seine alten Tage durchschlagen muß.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. E. P., Polizeisekretär a. D.“

Der Dame, von der in dem vorstehenden Briefe die Rede ist, hatte der frühere Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg eine Jahresrente von 20 000 Mark testamentarisch zugesprochen. Nach dem Kriege waren die Zahlungen eingestellt worden. Die Mazzenau rief die Entscheidung des Gerichts an, und das Landgericht Berlin III hat eine Aufwertung der Rente auf 6000 Mark jährlich verfügt. Die Klägerin gab sich damit nicht zufrieden. Sie wandte sich an das Kammergericht und verlangte jetzt volle Aufwertung: also 20 000 Mark!!

„Nationalsozialisten“ wie Zentrum haben bisher immer das 7. Gebot für die Fürstenfrage zu Rate gezogen, und haben es auch noch bei der Anwendung auf den Kopf gestellt. Der obige Brief mag ihnen nahelegen, das 4. Gebot einmal in bezug auf die Fürsten und Fürstenmätressen zu studieren!

„Hoheit hatten befohlen!“

Aus dem Leben einer Prinzessin

Es war in der Wintersaison 1897/98 in Neustrelitz.

Auf dem Theaterzettel prangte: „Aida“.

In der Hofloge saß der blinde Großherzog mit seiner hohen Gemahlin. Im Parkett waren mehrere Reihen durch eine dicke rote Kordel mit Goldquasten abgetrennt: reservierte Plätze für Offiziere und ihre Damen. Nicht nur, wenn das Großherzogspaar in die Loge trat — — also das Zeichen der Begrüßung — — mußten sich alle Theaterbesucher erheben — — sie mußten auch während der Pausen stehen, weil die hohen Herrschaften „Zirkel“ abhielten.

Dies wurde einer republikanischen Hamburgerin, die in Neustrelitz zu Besuch weilt, zu viel, und sie nahm **volens volens** Platz. In der nächsten Sekunde schon hatte sie die derben Fäuste einer patriotischen Neustrelitzerin im Kreuz und heftige Schimpfworte tönten ihr entgegen. Da die Hamburgerin nicht auf den Mund gefallen war, kam es zu einer erregten Debatte, die ihr Ende fand beim Einsetzen der Musik.

Während hier im Residenztheater für Abwechslung gesorgt war, langweilten sich daheim im Schloß zwei Schwestern: Prinzeß Jutta und Prinzeß Marie.

Prinzessinnen dürfen nicht lieben
Den Mann nach Herz und Gemüt!
Prinzessinnen dürfen nur lieben
Den Mann nach Rang und Geblüt.

Aber Jutta und Maria dachten anders über dieses Thema — sie trieben allerlei Kurzweil mit dem Kammerdiener Hedt — so berichtet die Chronik. „Und eines Tages“ — mußte der Hofarzt herbeigeholt werden, denn Prinzeß Marie litt „an Uebelkeit“.

Der Leibarzt machte eine ernste Mine, als er dem Großherzog Bericht erstattete, und schroff soll der Großherzog ihn angefahren haben ob seiner Diagnose, worauf der Hofarzt ging. Wenige Stunden später fand der Kammerdiener vor seinem Herrn; er soll aufgerichtet die Vorwürfe entgegengenommen haben. Die Erwiderung lautete mit flüchtigem Achselzucken:

„Hoheit hatten befohlen!!“

Prinzeß Marie wurde nach England vermählt; für Prinzeß Jutta wurden Vermählungsverhandlungen angebahnt nach Montenegro, die mit Erfolg gekrönt waren. Zwar entstanden noch einige Differenzen wegen der Mitgift; der montenegrinische Schwiegervater tat den Ausspruch:

„Bevor nicht eine Million Mark in meiner Hauptstadt Cettinje gelandet ist, heiratet mein Sohn nicht!“

Neustrelitz wollte nämlich nur ein Nadelgeld zahlen; während Montenegro aber eine Million sehen wollte.

Und Neustrelitz zahlte. Prinzeß Jutta trat zum katholischen Glauben über und zog als Prinzeß Militza nach Montenegro.

*

Jahre vergingen — man hörte nichts von Prinzeß Militza — im Weltkrieg soll ihre Sympathie der Entente gehört haben.

Neuerdings hat sie sich darauf besonnen, daß sie doch eine echt deutsche Prinzessin ist, die bei der Fürstenabfindung nicht fehlen darf. Sie verlangt 15 Millionen Mark aus der konfiszierten Erbschaft ihres Bruders Adolf Friedrich, der mit der Fürstin Pleß eng befreundet war, die als englische Spionin eingeschätzt wird.

Daß Prinzeß Jutta-Militza sich auf den Versailler Vertrag beruft, braucht uns nicht zu wundern bei der Skrupellosigkeit ihrer Jugendzeit — der Aufenthalt im montenegrinischen Staat wird ihre Denkungsart nicht günstig beeinflußt haben.

Weshalb soll sie in der Reihe der Fürstenabfindung fehlen?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260618-19/fragment/page=0005

Gewerkschaftsbewegung

Auf zur Entscheidung!

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Am kommenden Sonntag sollt Ihr entscheiden, ob die Gegner jeder Freiheit, die schuldbeladenen Kriegshetzer und geschworenen Volksfeinde neue Milliarden aus dem darbenden Volke herauspressen dürfen oder nicht.

Leiden die Fürsten Not? — Nein!

Sie befinden sich im Genuß riesiger Vermögen, leben herrlich und in Freuden, verhöhnen das arme deutsche Volk und verschwenden täglich Riesensummen. Darum darf kein Pfennig des Volksvermögens mehr an sie herausgegeben werden.

Leidet das Volk Not? — Ja!

Das werktätige Volk leidet bitterste Not! Es darbt bei unzureichenden Löhnen und Gehältern. Millionen Erwerbsloser, Rentner und Enteigneter brechen vor Hunger zusammen; ihre Frauen und Kinder siechen dahin. Die Fürsten dagegen prassen mit ihren Mätressen. Mit der hungernden werktätigen Bevölkerung gehen Hunderttausende von Existenzen des früheren Mittelstandes, Handwerker, Kaufleute, Gewerbetreibende, zu Grunde.

Wollt Ihr weitere Not, größeres Elend verhindern, so erfüllt am Sonntag Eure Pflicht. Geht zur Wahlurne!

Stellt Euch zur Wahlarbeit zur Verfügung!

Stimmt am Sonntag für das leidende Volk!

Stimmt mit Ja!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Ortsausschuß Halle a. d. Saale.

gez. Sorgenfrei. Rauschenbach. Strehler. Nickel. Gräse. Förster. Lüttich.

•

Mit diesem Aufruf versucht der ADGB., Ortsausschuß Halle, den Anschein zu erwecken, als ob er von sich aus alles Nötige zur Durchführung des Volksentscheids getan habe. Was ist praktisch geschehen? Nichts! Weder haben die Spitzenorganisationen der hallischen Gewerkschaften über diese allgemeine Aufforderung hinaus den Kollegen bestimmte Anweisung, Propagandamaterial usw. gegeben, noch haben sie den großen Teilen der politisch unorganisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten gesagt, wo und in welcher Weise sie sich zur Wahlarbeit zur Verfügung stellen können. Mit einem Worte, die Spitzenorganisationen haben sich wohl in Worten für den Volksentscheid eingesetzt, aber sich nicht mit ihrem gesamten Organisationsapparat an der Durchführung dieses Volksentscheids beteiligt. Sogar der Vorschlag der KPD., eine gemeinsame Demonstration durchzuführen, wurde von den reformistischen Gewerkschaftsführern abgelehnt.

Mit dem 20. Juni hat jedoch diese Bewegung nicht ihren Abschluß gefunden, sondern mit unverminderter Schärfe wird der Kampf Klasse gegen Klasse, Bourgeoisie gegen Proletariat, weitergeführt werden müssen. Dann wird den Kollegen in den freien Gewerkschaften die verantwortungsvolle Aufgabe erwachsen, über die halben Maßnahmen reformistischer Führer hinweg **die Einreihung der freien Gewerkschaften als Kampforgane der gesamten Arbeiterschaft in die Einheitsfront des Proletariats** vorzunehmen. Ueber den halben Worten des hallischen Ortskartells hinweg müssen die Mitglieder der Gewerkschaften zu Taten schreiten. Nur auf diesem Wege kann die Fürstenenteignung Wirklichkeit werden.

Für den Volksentscheid

Zum Beschluß der hallischen Eisenbahner

Zu dem von uns in Nr. 137 des „Klassenkampf" veröffentlichten Beschluß der hallischen Eisenbahner erhalten wir noch folgende Ergänzungen:

Das einleitende Referat über den Volksentscheid hielt der SPD.-Mann Schoenlank, der u. a. besonders die Notwendigkeit der **Agitation in den Betrieben klarlegte**, aber ganz und gar die Frage der Finanzierung der Bewegung vergaß.

Nach dem Referat erklärte der Kollege Sorgenfrei als Versammlungsleiter, **eine Diskussion erübrige sich.** Darauf meldete sich Kollege Kohl zur Geschäftsordnung und stellte den Antrag, **vom Einheitsverband 100 Mk. zu bewilligen, die je zur Hälfte der SPD. und der KPD. zur Verfügung gestellt werden.** Aus der Versammlung heraus wurde dementgegen empfohlen, das Geld dem ADGB., Ortsausschuß Halle, zu überweisen. Kollege Kohl und andere lehnten dieses ab, der Kollege Sorgenfrei jedoch griff letzteren Vorschlag auf und empfahl ihn zur Annahme.

Eine Abstimmung fand nicht statt, der Vorsitzende erklärte vielmehr, das Geld dem Ortsausschuß überweisen und entsprechend dem Antrage Kohl beim Ortsausschuß für die vorgeschlagene Verteilung eintreten zu wollen.

Warum der Kollege Sorgenfrei und seine Anhänger diesen Umweg über den ADGB. gewählt haben, erscheint nicht ganz klar, oder fürchteten die Kollegen gar, sie könnten sich in ihrer reformistischen Einstellung etwas vergeben, wenn der Einheitsverband als Organisation der KPD. Gelder zur Verfügung stellt?

Lohnregelung für die Metalltransportarbeiter

Der Schlichter für Groß-Berlin hat gestern den vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch für die Transportarbeiter und Hilfsarbeiter der Berliner Metallindustrie für verbindlich erklärt. Danach bleibt die bisherige Lohnregelung bis Ende Juli in Kraft.

Die Angestellten und der Volksentscheid

Gleich einer verheerenden Sturmflut ist die Wirtschaftskrise auch über die Angestellten hereingebrochen. Massenentlassungen, Gehaltskürzungen, Verlängerung der Arbeitszeit sind ihre Auswirkungen. Die Banken und die Versicherungsgesellschaften allein haben in den letzten Jahren mehr als 150 000 Angestellte abgebaut. Im Handel und in der Industrie sind die Zahlen der entlassenen Angestellten nur nicht statistisch zu erfassen. Am Ende eines jeden Monats und sechs Wochen vor Vierteljahrsschluß setzt eine neue Kündigungswelle ein. Den überfüllten Arbeitsmarkt der Angestellten nützt das Unternehmertum weidlich aus, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Erst in den letzten Wochen wieder haben die dem neugeschaffenen **Ruhrmontantrust** angehörigen Vereinigten Stahlwerke ihren zirka 17 000 Angestellten gekündigt. Ebenso haben die bayrischen Industriellen 25 000 Angestellten mit Aussperrungsdrohungen gekündigt. Der Zweck ist beide Male derselbe. Man will zunächst eine Anzahl Angestellte, und besonders die älteren und die verheirateten, überhaupt nicht mehr einstellen. Das hat der Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke offen ausgesprochen. Die bayrischen Unternehmer wollen zunächst die tarifliche Arbeitszeit auf 54 Stunden in der Woche verlängern. Dann sollen die Gehälter um durchschnittlich 30 bis 40 Prozent herabgesetzt werden. Sie würden in den unterjüten Gruppen, zu denen die übergroße Mehrzahl der Angestellten gehört, 130 Mark im Monat nicht übersteigen. Wie ein Hohn wirkt es, wenn gleichzeitig ein Generaldirektor erklärt, auch sein Jahresgehalt wäre von 650 000 Mark auf 600 000 Mark und die Gehälter seiner Direktoren von 240 000 auf 215 000 Mark herabgesetzt worden.

Hand in Hand mit diesen Entlassungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen geht der Ersatz des älteren und qualifizierteren Personals durch jüngere, ungelernte und billigere Kräfte. Die zunehmende Einführung der Maschinenarbeit wird diese Tendenz immer mehr verstärken.

Geradezu trostlos ist unter diesen Umständen besonders das Schicksal der älteren stellungslosen Angestellten. Es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als die schlechtest bezahlte berufsfremde Arbeit anzunehmen oder betteln zu gehen, was auf dasselbe hinauskommt. Denn die Aussichten, jemals wieder im Beruf unterzukommen, sind für solche Angestellte gleich Null.

Hungergehälter im wahrsten Sinne des Wortes, vorzeitige Abnutzung der Arbeitskraft durch maßlose Verlängerung der Arbeitszeit und scharfe Antreiberei, Massenentlassungen und Versinken im Elend für die davon Betroffenen, absolute Rechtslosigkeit gegenüber dem Unternehmertum, das ist das Schicksal, von dem heute die Angestellten heimgesucht werden.

Und zur gleichen Zeit, in welcher breite Massen der Angestellten in Not und Elend versinken, erheben die ehemaligen Fürsten, die nie in ihrem Leben wirklich gearbeitet haben, Anspruch auf nicht weniger als drei Milliarden Goldmark. Die ehemaligen deutschen Fürsten mit ihrem Anhang sind der Meinung, daß das deutsche Volk verpflichtet sei, für ihren „standesgemäßen" luxuriösen Lebensunterhalt zu sorgen. Diese Leute, die uns durch den Weltkrieg so herrlichen Zeiten entgegengeführt haben, sind im November 1918, als sich der Bankrott ihrer Gottesgnadenpolitik so kraß offenbarte, leider nicht entsprechend „abgefunden" worden. Man hat sie im Besitz ihres im Laufe der Jahrhunderte zusammengeraubten „Privateigentums" gelassen. Sie haben die Mittel eifrig benutzt, um zum Schaden des werktätigen Volkes ihre Restaurierungspläne eifrig zu betreiben.

Es gibt sogar Parteien, die diese Ansprüche unterstützen und mit Hindenburg an der Spitze die Behauptung aufstellen, die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürsten verletzte die „Grundlagen eines Rechtsstaates". Sieht man sich aber diese Fürstentreunde und Verteidiger des angeblichen „Rechtsstaates" einmal näher an, so wird man feststellen, daß das gerade diejenigen Leute sind, die unter Verletzung von Recht und Gesetz gegen die Werktätigen und besonders auch gegen die Angestellten immer brutaler vorgehen. Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum sind die Parteien derjenigen Leute, die jetzt wieder, sogar unter Verletzung gesetzlicher Bestimmungen, die Massenkündigungen für die Angestellten in Rheinland-Westfalen und in Bayern ausgesprochen haben, die die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Angestellten verschlechtern wollen. Es ist kein Zufall, daß sie sich so eifrig für die Forderungen der Fürsten einsetzen. Sie wissen ganz genau, daß die drei Milliarden, die sie den Fürsten und ihrem Anhang zuschanzen wollen, Kriegsgelder im Kampf gegen die Angestellten und Arbeiter sind.

Am 20. Juni geht es um mehr als darum, ob die davongegangenen Fürsten einen „standesgemäßen" Unterhalt führen sollen. Der Sieg **der Fürsten bedeutet Verschärfung der Unternehmeroffensive, verstärkte Ausbeutung, weitere Herabsetzung der Gehälter, Verlängerung der Arbeitszeit, Fortsetzung der Massenentlassungen und in Zusammenhang damit Vertiefung und Erweiterung des Massenelends.** Wenn die Fürstenknechte von Recht und Gerechtigkeit schreien, so fragt sie, wo denn Recht und Gerechtigkeit bleiben, wenn Angestellte, die jahrzehntelang vom Unternehmer ausgebeutet worden sind, mit ihren Familien erbarmungslos dem Elend der Arbeitslosigkeit preisgegeben werden. Wenn sie vom standesgemäßen Unterhalt der Fürsten und ihrer Mätressen reden, so fragt sie, wo denn der standesgemäße Unterhalt der Angestellten bleibt, die im Monat mit 120 Mark „abgefunden" werden. Das genügt nicht einmal für den nackten Lebensunterhalt, geschweige denn um den Ansprüchen zu genügen, die der Unternehmer allein schon an Wäsche und Kleidung der Angestellten stellt und die sie erfüllen müssen, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, schon aus diesem Grunde entlassen zu werden. Wenn die frommen Fürstenknechte soviel von den Grundsätzen des Rechtsstaates reden, so fragt sie, wo denn die Grundsätze bleiben, wenn man den Angestellten jetzt wieder **die Sonntagsruhe rauben will.** Recht und Gerechtigkeit ist für diese Herrschaften eben immer gleichbedeutend mit Profit und Besitz. Die schlecht bezahlten, unmäßig ausgebeuteten, die stellungslosen Angestellten wissen alle diese heuchlerischen Redensarten entsprechend einzuschätzen. Sie wissen, daß es nur um ein einzigstes Recht geht, um ihr ureigenstes Recht auf Existenz, auf menschenwürdige Lebensbedingungen. **Kein Angestellter wird deshalb der Abstimmung fernbleiben, jeder beantwortet am 20. Juni die Frage nach der entschädigungslosen Enteignung der Fürsten mit „Ja!"**

Gegen das Mordsystem bei der Reichsbahn

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer zum Falle Aubele in München.

Der erweiterte **Hauptvorstand der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer** tagte am 10. Juni in Hamburg und beschäftigte sich eingehend mit den in letzter Zeit sich häufenden Eisenbahnunfällen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Nach vorgetragenen Berichten der Bezirke kommt der Hauptvorstand zu der Ueberzeugung, daß die dienstliche Belastung des Lokomotivpersonals weit über diejenige Grenze hinausgeht, die zur Sicherung des Betriebes und zur Erhaltung der Dienstfähigkeit des Lokomotivpersonals notwendig ist. Der erweiterte Hauptvorstand

Alle Gewerkschaftsveranstaltungen ausnutzen!

Verkauft Literatur
Werbt Zeitungsleser
Verteilt Agitationsmaterial

protestiert deshalb aufs schärfste gegen die weitere Inhaftnahme des Lokomotivführers Aubele von Rosenheim; dieser soll den Unfall in München-Ost verschuldet haben, **ohne daß für diese Behauptung der geringste Beweis vorliegt.**

Der erweiterte Hauptvorstand bringt ferner zum Ausdruck, daß es durchaus im Interesse des Eisenbahnbetriebes und des reisenden Publikums liegt und gelegen hätte, wenn die von der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer vorgetragenen Vorschläge eine bessere und der Schwierigkeit des Eisenbahnbetriebes entsprechende Beachtung gefunden hätten.

Auch der Einheitsverband Deutscher Eisenbahner, Bezirksleitung Süddayern, hat, wie unser Münchener Bruderorgan „Neue Zeitung" berichtet, schwere Anklagen gegen das Mordsystem bei der Reichsbahn erhoben. Ohne Berücksichtigung der sogenannten Dienstbereitschaft sind 12 bis 16 Stunden Arbeitszeit für die Lokomotivführer und das Zugpersonal keine Seltenheit. Der Zugführer des Münchener Vorortzuges 26 hat ohne Ruhepausen 22½ Stunden Dienst machen müssen. Durch die Sparmaßnahmen der Verwaltung fehlt es überall an Personal. Im Gegensatz zu den Behauptungen der Reichsbahndirektion München stellt der Einheitsverband fest, daß der Hilfszug erst 1¾ Stunden nach dem furchtbaren Unglück auf der Unfallstelle eingetroffen ist. Es war nicht genügend Personal vorhanden, um den Hilfszug schneller herauszubekommen.

•

Es ist also einwandfrei festgestellt, daß für die Unglücksfälle bei der Reichsbahn nicht einzelne Personen verantwortlich gemacht werden können. Schuld ist das Mordsystem. Mit allem Nachdruck muß deshalb die Arbeiterschaft die sofortige Freilassung des Lokomotivführers Aubele verlangen. Für die Eisenbahner ergibt sich aber die dringende Mahnung, sich restlos zu organisieren, denn nur durch starke Gewerkschaften kann dieses Mordsystem beseitigt und menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

Revolutionäre Gewerkschaftsliteratur

A. Losowsky: Die Lehren des Generalstreiks in England

Genosse Losowsky schildert in kurzen Zügen den Verlauf des Generalstreiks, die Ursachen und Folgen der Kapitulation. Die nachstehenden Sätze aus der Einleitung charakterisieren den Inhalt der Broschüre:

„Vorliegende Broschüre enthält das erste summarische Fazit der englischen Ereignisse. Der Generalstreik, der Millionen Arbeiter in Bewegung setzte, muß schon deswegen **sorgfältig und allseitig studiert werden,** weil er die **Grenze ist zwischen dem England von gestern und dem von heute.** Der Streik, sein Verlauf und sein Ausgang ist nicht weniger interessant und wichtig für das weitere Schicksal der Menschheit, als die Schlacht bei Sadowa oder Sedan. Es bedarf eines gemeinsamen, kollektiven Studiums der Riesenaktion der englischen Massen, um den Charakter, den Umfang und die Bedeutung der wichtigsten Schlacht seit der Gründung Großbritanniens richtig zu beurteilen.

Die Broschüre ist ein Versuch, die Geschehnisse zu erfassen, die sich vor unseren Augen abgespielt haben. Ihre Aufgabe ist, im Zusammenhang mit dem Generalstreik in England eine ganze Reihe von Fragen auf die Tagesordnung zu stellen. Die Kapitulation der Führer und der dadurch bedingte vorläufige Rückzug der Arbeiter bedeutet aber keine Kapitulation, keine Niederlage der Arbeiterklasse. Das ist die Schlußfolgerung des Verfassers und wird hoffentlich auch die der Leser sein. Vor allem muß man die Entwicklung, die Ursachen des Fiaskos und die Folgen des Streiks begreifen. Alles andere wird sich dann finden." (32 Seiten. Preis der Org.-Ausgabe **0,30 Mark** im Führer-Verlag.)

Arbeitsgerichte!

Von **Paul Bertz**

(Fortsetzung)

Die Rechtsanwälte führen einen Kampf um die Zulassung in der ersten Instanz. Die bisherige Praxis vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, bei welchen die Rechtsanwälte nicht zugelassen waren, hat sich bewährt. Es besteht gar kein Grund, den Anwaltszwang, der nach dem Entwurf schon für die zweite und dritte Instanz vorgesehen ist, noch auf die erste auszudehnen. Nicht nur vor den Arbeitsgerichten, sondern auch in der Berufung vor den Landesarbeitsgerichten, sowie dem Reichsarbeitsgericht als Revisionsinstanz muß die **Ausschaltung von Rechtsanwälten** von der Arbeiterschaft gefordert werden. Abgesehen von anderen Momenten, die für diese Ausschaltung sprechen, glauben wir, daß die Rechtsanwälte nicht immer diejenigen sind, die zur Abkürzung eines Verfahrens beitragen. Die Arbeiterschaft hat in den eigenen Reihen ihre Vertretungen, die in den Fragen des Arbeitsrechts mehr Erfahrung besitzen als der überwiegende Teil der Rechtsanwälte.

Nach dem vorliegenden Entwurf sollen Personen in ihrer Eigenschaft als öffentliche Beamte sowie als Angehörige des Reichsheeres und der Marine nicht unter den Begriff Arbeitnehmer. Hat schon der sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates den Versuch unternommen, einen Teil der Beamten unter das Arbeitsgerichtsgesetz einzubeziehen, so ist eine Eingabe des VDB. an den Reichstag, in welcher die Beamten schlechthin unter das Arbeitsgerichtsgesetz fallen sollen, angesichts der jetzigen Vertretung der Beamtenschaft nur zu gut zu verstehen. Als Begründung führt der ADB. an, daß den Beamten durch die Einbeziehung unter das Arbeitsgerichtsgesetz ein bedeutend erleichterter, schnellerer und billigerer Rechtsweg eröffnet wird. Auch der Leipziger Gewerkschaftskongreß hat sich für die Einbeziehung der Beamten ausgesprochen, wohingegen der Breslauer Gewerkschaftskongreß die Einbeziehung der Beamten nicht besonders hervorhebt. Auch der sozialdemokratische Redner (im Reichstag) Aufhäuser, hat in seiner Rede bei der ersten Beratung des Entwurfs diese Frage nicht berührt. Daß der Deutsche Beamtenbund sich gegen die Einbeziehung der Beamten wendet, ist verständlich.

Gegen die Urteile der Arbeitsgerichte findet Berufung an die Landesarbeitsgerichte statt, wenn der vom Arbeitsgericht festgesetzte Wert des Streitgegenstandes den Betrag von 3000 Reichsmark übersteigt, oder wenn das Arbeitsgericht die Berufung wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Rechtsstreites zugelassen hat. Gegen die Urteile der Landesarbeitsgerichte findet die Revision an das Arbeitsgericht statt, wenn der vom Arbeitsgericht oder vom Landesarbeitsgericht festgesetzte Wert des Streitgegenstandes die in der ordentlichen bürgerlichen Gerichtsbarkeit geltende Revisionsgrenze übersteigt, oder wenn das Landarbeitsgericht die Revision wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Rechtsstreites zugelassen hat. Nach § 73 des Entwurfs kann eine Sprungrevision dann stattfinden, wenn der Wert des Streitgegenstandes die Revisionsgrenze überschreitet und wenn der Gegner einwilligt, oder der Reichsarbeitsminister die sofortige Entscheidung des Rechtsstreites durch das Reichsarbeitsgericht im Interesse der Allgemeinheit für notwendig erklärt. Mit dieser Bestimmung ist dem Unternehmer, der immer in der Lage ist, die nötigen Prozeßkosten aufzubringen, Gelegenheit gegeben, gegen die Urteile der Arbeitsgerichte, ohne an die Berufungsinstanz (Landesarbeitsgerichte) zu gehen, sich sofort an die reaktionärste Instanz (Reichsarbeitsgericht) zu wenden.

Der Entwurf sieht weiter vor, daß durch Vereinbarung der streitenden Parteien die Arbeitsgerichtsbarkeit ausgeschlossen werden kann. Es sind dies die Bestimmungen über den Schiedsvertrag in Arbeitsstreitigkeiten, der Güte- sowie der Schiedsgutachtenvertrag. In diesen Verfahren liegt das Bestreben der Regierung, auf Umwegen den gelben Organisationen die Tariffähigkeit zu geben. Die im Schiedsvertrag vorgesehene Erweiterung auf streitige Rechtsverhältnisse gibt den einzelnen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie den Belegschaften die Möglichkeit, neben den tarifsfähigen Parteien Tarifabschlüsse zu tätigen.

Der von der kommunistischen Reichstagsfraktion eingereichte Gegenentwurf zum Arbeitsgerichtsgesetz soll im nächsten Abschnitt behandelt werden.

IV.

Wir können an dieser Stelle nur die wichtigsten Punkte des kommunistischen Entwurfs wiedergeben bzw. behandeln. Ein Vergleich mit dem Regierungsentwurf zeigt, worauf es bei der Schaffung eines eigenen Entwurfs ankam. Die Arbeitsgerichtsbarkeit soll ausschließlich von den Arbeitern, Angestellten und Beamten ausgeübt werden. Wie weit der Schutz der Arbeitskraft nach der Verfassung, Artikel 157 in Frage kommt, erübrigt es sich hier darauf einzugehen nach den von den Arbeitern und Angestellten vor den jetzigen Arbeitsgerichten gemachten Erfahrungen. Ebenfalls bewiesen das zur Genüge die bekannten Entscheidungen der Behörden in Streitfällen, die sich aus dem Beamtenverhältnis ergeben.

Der von der kommunistischen Fraktion eingereichte Entwurf unterscheidet sich von dem Regierungsentwurf grundsätzlich dadurch, daß er alle, aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Streitfälle ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes vor den Arbeitsgerichten zur Erledigung bringen will. Eine Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte lehnt der Entwurf ab. Damit ist ausdrücklich gesagt, daß die reaktionären Gerichte keinen Einfluß auf die Gerichtsbarkeit in Arbeitssachen haben sollen und zugleich die Tendenz, die in dem kommunistischen Entwurf liegt, klar aufgezeigt. Die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte, mit Einschluß der Bestrafungen auf Verletzung von Arbeitschutzbestimmungen, die insbesondere in der gegenwärtigen Periode immer mehr zunehmen, erstreckt sich, wie bereits bemerkt, auf alle Fragen des Arbeitsrechts. Die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte muß sich auf Konflikte, die sich aus Kollektiv-Vereinbarungen ergeben, erstrecken. Die Neugestaltung des Arbeitsrechts wird den Ausschluß der Arbeitsgerichtsbarkeit durch Schiedsvertrag oder Vereinbarung von Vertragsparteien sowie einzelnen Unternehmern und Arbeitern oder Belegschaften nicht zulassen können. Dementsprechend steht der kommunistische Entwurf vor, daß der Ausschluß der Arbeitsgerichtsbarkeit durch Schiedsvertrag oder Vereinbarung, wie dies im Regierungsentwurf vorgesehen, nicht zulässig ist.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260618-19/fragment/page=0006

Front der Bergarbeiter unerschüttert

Die englischen Bergarbeiter fordern Hilfe

London, 16. Juni.

Der Verband der Bergarbeiter ist mit einem Memorandum an die Exekutive aller Gewerkschaften herangetreten, um noch einmal mit dem Hinweis auf die entscheidende Bedeutung des Bergarbeiterkampfes eine wirksame Unterstützung zu fordern. Das Memorandum wiederholt die Forderungen der Bergarbeiter: Sofortige Reorganisation des Bergbaues, Haltung des Tarifabschlusses auf nationaler Grundlage, Beibehaltung der Löhne, Beibehaltung der Arbeitszeit. Das Memorandum bemerkt dazu:

„Wir werden in unserem festen Widerstande in diesem Punkte immer ermutigt durch die Erkenntnis der Tatsache, daß jede Schwäche von unserer Seite zwar keine Erleichterung in der Lohnfrage bringen würde, aber die Ausdehnung des Lohnabbaues und der Arbeitszeitverlängerung auch der Arbeiter der anderen Industrien zur Folge hätte. Das wurde durch die ganze Gewerkschaftsbewegung anerkannt, die wiederholt sich zur Unterstützung unseres Standpunktes verpflichtet hat.“

Englische Eisenbahner gegen Kohlentransporte

London, 16. Juni.

Auf einer Eisenbahnerkonferenz, in der über die Vereinheitlichung der Eisenbahnerorganisationen verhandelt wurde, sprachen viele Delegierte die Meinung aus, daß jeder Transport von Kohle, gleichgültig, ob es ausländische oder inländische sei, verhindert werden müsse. Dei reformistischen Führer wußten jedoch eine Beschlußfassung übe diese Frage zu verhindern und auf die nächste Konferenz zu vertagen.

Abrechnung mit den Verrätern

London, 16. Juni.

In einer Massenversammlung im Distrikt Nottingham wollte der Abgeordnete Varley, der als einzigster in der Bergarbeiter-Exekutive sich für eine Lohnherabsetzung ausgesprochen hat, das Wort ergreifen. Als er auf der Tribüne erschien, erhob sich ein Entrüstungssturm in der Versammlung. Als der Vorsitzende fragte, ob es ein Verbrechen sei, wenn ein Führer für die Beendigung des Kampfes Vorschläge mache, rief die Versammlung: „Ja!“ Wiederholt versuchte Varley zu Worte zu kommen, wurde aber mit lauten Rufen: „Wir wollen ihn nicht hören!“ zum Schweigen gebracht. Die Entrüstung erreichte ihren Höhepunkt, als Varley die provokatorische Aeußerung tat, daß die Tochter Macdonalds, die anwesend wäre, in London berichten werde, daß das Volk von Nottingham „unzivilisiert“ sei, wegen des schlechten Benehmens einiger Walliser.

Nach dieser Leistung hatte der Vorsitzende Mühe, diesen Musterknaben vor den Angriffen der Arbeiter zu schützen.

Auf einer Tagung der Unabhängigen Arbeiter-Partei von Wales erklärte der Vorsitzende, daß er den Generalrat wegen des Streikabbruches nicht verurteile. Hierauf erhoben sich laute Mißfallenskundgebungen aus der Versammlung. Der Antrag eines Reformisten, die „Störer“ aus der Versammlung auszuweisen, wurde abgelehnt.

Andererseits ist es für die Unklarheit, die innerhalb der Arbeiterschaft herrscht, charakteristisch, daß Macdonald in Newton Abbot im westlichen England in einer Massenversammlung unter allgemeinem Beifall den Generalrat verteidigen konnte. Allerdings begnügte er sich damit, die Arbeiter aufzufordern, mit ihrem Urteil zurückzuhalten, bis die Mitglieder des Generalrates gesprochen hätten.

Das Vorgehen der Baldwin-Regierung gegen die Unterstützungsgelder der Sowjet-Regierung findet jedoch ungeteilte Verurteilung der gesamten Arbeiterschaft. Selbst der so wenig kommunistenfreundliche „Daily Herald“ erklärt in einem Artikel: Selbst wenn die Sowjet-Regierung den Generalstreik mit Geld unterstützt hätte, wäre das nicht zu vergleichen mit der Unterstützung, die die englische Regierung den Koltschak, Denikin usw. gegeben hätte.

Der Generalrat will sich reinwaschen

London, 16. Juni. Der Sekretär des Generalrats, Citrine, erklärte in einem Interview, die Beschuldigung Tomskis, daß der Generalrat wegen des Verbots der englischen Regierung die Unterstützung der russischen Gewerkschaften nicht angenommen habe, für unzutreffend. Das Verbot sei erst erfolgt, als der Generalrat schon den bekannten Beschluß gefaßt hatte, das Geld zurückzuweisen, weil das Angebot „absichtlich entstellt“ werden würde. Citrine versicherte, daß der Generalrat bis zum Tage vor dem Streikabbruch keine Kenntnis von einem Regierungsverbot hatte.

Selbst wenn das zutreffend sein sollte, ist das eine sehr magere Entschuldigung für die Stimmenthaltung des Generalrats.

Deutsche Kohle geht nach England! Reuter meldet: Eine Ladung deutscher Kohle für die Industrie von Südwales traf in Barry ein. — Damit ist unzweifelhaft bestätigt, daß die deutschen Bergarbeiterführer die englischen Kollegen niederträchtig beschwindelt haben, als sie auf der letzten internationalen Konferenz erklärten, die deutsche Regierung und die deutschen Unternehmer hätten zugesagt, keine Kohle nach England zu schicken. Nun ist es aber Zeit, mit der Schande der Streikbrucharbeit Schluß zu machen.

Kohlenappell — Industriekrise in England

Die Folgen des englischen Bergarbeiterstreiks

(WTB.) London, 18. Juni.

Den Blättern zufolge sind gestern Mitteilungen über eine weitere Verminderung der Belieferung mit Kohlen und über eine Rationierung der Gasbelieferung für den Hausgebrauch bekanntgegeben worden.

Die Gesamtbestellungen der schwedischen Staatseisenbahn in Höhe von 250 000 To. für Juli bis Oktober sollen nach Blättermeldungen an die westfälischen und schlesischen Gruben gegangen sein, statt wie früher nach North-Cumberland und Schottland. Der „Daily Mail“ zufolge haben die Bergleute bisher an Lohnausfällen eine Einbuße von 24 Millionen Pfund Sterling erlitten, während der Ausfall in der Kohlenförderung 37,5 Millionen Tonnen beträgt. Der direkte Verlust durch den Bergarbeiterstreik wird auf 250 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Bisher seien aus dem Auslande etwa 350 000 Tonnen Kohlen nach England eingeführt worden. (?)

Moskauer Riesenkundgebung gegen Baldwins Provokation

(WTB.) Moskau, 17. Juni.

Ueber 300 000 Gewerkschaftsmitglieder nahmen an einer Kundgebung gegen die britische Note teil, die heute nachmittag mit den Losungen stattfand: „Hände weg von den Sowjetgewerkschaften!“ „Wir werden auf die Solidarität mit den Arbeitern anderer Länder nicht verzichten!“ „Wir weisen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion zurück!“ usw. In Betriebs- und Straßenversammlungen wurden nach Ansprachen der Gewerkschaftsführer Entschließungen in obigem Sinne gefaßt.

Die SPD. wälzt die Steuerlasten auf die Schultern der Arbeiter ab

Ein Beispiel sozialdemokratischer Kommunalpolitik

Als sich am 25. Oktober 1925 die Berliner Bevölkerung ein neues Stadtparlament mit einer proletarischen Mehrheit wählte (118 Arbeitervertreter gegenüber 107 bürgerlichen Vertretern), erwartete die werktätige Bevölkerung natürlich die energische Durchführung einer Politik in ihrem Interesse.

Die KPD. legte deshalb in einem Aufruf die Forderungen nieder, deren Durchführung zur Sicherung der Existenz der werktätigen Bevölkerung unumgänglich notwendig war. Die mit der Durchführung dieser geforderten Maßnahmen erwachsenden Kosten mußten selbstverständlich durch Steuern wieder eingebracht werden und ging der Kampf der kommunistischen Fraktion um die Verhinderung einer weiteren steuerlichen Belastung der breiten Bevölkerungskreise und um Einführung von nicht ohne weiteres abwälzbaren Besitzsteuern.

Um die Erfüllung dieses Prinzips ging ein monatelanger Kampf der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion, mit allen Mitteln versuchte sie, wenigstens einige Verbesserungen im Etat durchzudrücken. Von der Erkenntnis ausgehend, daß die Arbeiterklasse noch nicht die politische Macht in Händen hat, hielt die kommunistische Fraktion nur an solchen Vorschlägen und Forderungen als Voraussetzung für ihre Zustimmung zum Etat fest, die bei den gegebenen Machtverhältnissen im Kampfe gegen reaktionären Magistrat und aufsichtführende preußische Regierung durchzusetzen waren. Auf dieser Basis kam nach langwierigen Verhandlungen auch eine Einigung mit der SPD. zustande, die eine gemeinsame Annahme des Etats ermöglichte.

Diese gemeinsame Plattform hat die SPD. jetzt plötzlich verlassen und die getroffenen Abmachungen durchbrochen.

In der letzten Sitzung des Stadtparlaments stand die **Erhöhung der städtischen Grundsteuer** zur Debatte. Da eine allgemeine Umlage der 200prozentigen Erhöhungen auf die gesamte Bevölkerung eine **allgemeine Mietssteigerung von 4 Prozent pro Monat** bedeutet hätte, beantragte die KPD. eine **Staffelung dieses Grundsteuerzuschlags.** Die Durchführung dieses kommunistischen Antrages war praktisch erst möglich, wenn die preußische Regierung ihre Zustimmung erteilt hatte. Die kommunistische Fraktion konnte aber nicht eher dem Gesamtetat zustimmen bzw. ihn ablehnen, ehe nicht Klarheit über die Stellung der preußischen Regierung zur Grundsteuerstaffelung herrschte.

Um dieses zu ermöglichen, stellte die kommunistische Fraktion einen **Antrag auf Aussetzung der Abstimmung** über den Gesamtetat bis zur Entscheidung der Regierung.

Diesen Antrag lehnte die sozialdemokratische Fraktion in Gemeinschaft mit den gesamten bürgerlichen Parteien ab und gab damit den von ihr mit gestellten Antrag auf Staffelung des Grundsteuerzuschlags preis. Die KPD. wird nach Lage der Dinge natürlich den Etat ablehnen.

Ihre verräterische Haltung begründete die SPD.-Fraktion im „Vorwärts“ damit, daß man um die geforderte Staffelung **„längere Zeit kämpfen müsse“** und diesem Kampf wollten die SPD.-Führer ausweichen. Diese ihre Stellung ist bezeichnend für die Haltung der SPD. in kommunalpolitischen Dingen überhaupt. Die SPD.-Führer lehnn es ängstlich ab, schon in den kleinsten Kommunalfragen die Massen zu mobilisieren, dieses wagen sie höchstens bei sogenannten „hochpolitischen“ Fragen. Eine dauernde Mobilisierung der Arbeiterschaft für ihre kleinsten Forderungen würde erst richtig jeden Arbeiter die engen Grenzen der demokratischen Republik, **die dauernde Notwendigkeit des Klassenkampfes zum Bewußtsein bringen.** Ohne diesen Kampf, den die Arbeiterschaft außerparlamentarisch zu führen hat, wird auch bei einer Arbeitermehrheit nicht die kleinste Forderung für die werktätige Bevölkerung durchzusetzen sein.

Diese Erkenntnis auf die jetzige Volksentscheidsbewegung angewandt, bedeutet, daß durch Massenmobilisation in den Betrieben, in den Gewerkschaften und allen übrigen proletarischen Organisationen sich die werktätige Bevölkerung auf einen breiten außerparlamentarischen Kampf vorzubereiten und diesen schon jetzt zu führen hat. als Gegengewicht gegen die verräterischen Absichten der SPD.-Führer, die nicht kämpfen wollen und **als einzigen Weg der Durchsetzung proletarischer Forderungen.**

Hast Du daran gedacht,

daß schon morgen der deutschen Arbeiterschaft

ein großer Kampf um Lohn und Brot

aufgezwungen werden kann? — Wo bleibt Deine Hilfe

im englischen Bergarbeiterstreik

Dein finanzieller Baustein für den Sieg der englischen Grubensklaven, der auch Dein Sieg im kommenden Kampfe ist?

Zeichne noch heute die Listen für die kämpfenden englischen Brüder

---

Politische Randbemerkungen

Ein Kompottaufruf aus Rührung und Terror. „Diesen (den Fürsten. D. Red.) soll alles genommen werden, was sie besitzen — bewegliche wie unbewegliche Habe. Käme das beantragte Gesetz zustande, so würden ein sächsischer Prinz, eine preußische Prinzessin buchstäblich **nichts mehr ihr eigen nennn — weder ein Kleidungsstück noch ein Bett, weder Wohnung noch Nahrung, weder ihr Gesangbuch, noch ihren Trauring.“** Diese ergreifenden Sätze lesen wir in der gestrigen Ausgabe der „Leipziger Neueste Nachrichten“. Sie sind geschrieben worden vom „Königin-Luise-Bund“, dessen holde weibliche Mitglieder vor lauter Rührung zerfließen werden, wenn sie an das traurige Los der preußischen Prinzessin denken, der das Gesangbuch und der Trauring enteignet, an den sächsischen Prinzen, dem das Nachthemd vom Leibe gerissen und das Bett unter den Füßen weggenommen werden soll. — Diese Sätze stehen in einem Aufruf, der auch noch andere Sätze und Unterschriften enthält, die nicht so rührselig sind, sondern im Gegenteil die brutale Androhung des ökonomischen wie des physischen Terrors denjenigen gegenüber enthalten, die es wagen sollten, am 20. Juni zur Abstimmung zu gehen. Es heißt da: „Laßt sie jetzt allein versuchen, ob sie 20 Millionen Stimmen aufbringen, die nach der Reichsverfassung erforderlich sind. **Dabei wird man ja sehen, wo die Leute sitzen, die dem sozialistisch-kommunistischen Treiben Vorschub leisten. Heimlich werden sie das nicht mehr tun können!“** Diese Sätze des Aufrufs stammen von der „Deutschen Industriellenvereinigung“ und den gesamten vaterländischen Verbänden, die ebenfalls den Aufruf unterzeichnet haben. — Es gilt, am 20. Juni auch diesem Gemisch aus Sentimentalität und Terror so gründlich Bescheid zu sagen, daß der breiteste Kampfboden nach dem 20. Juni gegen dies Geschmeiß mit Erfolg geebnet wird.

20 goldene Krümelschippen und unzähliges Silber- und Goldgerät hatte Wilhelm bereits, so meldet das gestrige „Volksblatt“, als er von Amerongen nach Doorn übersiedelte. Zirka 20 deutsche Fürsten wollen das deutsche Volk bis aufs Hemd ausziehen. Am 20. d. M. Monats müssen 20 Millionen deutsche Werktätige die Krümelschippe in die Hand nehmen und die 20 habgierigen Fürsten auf den Krümelhaufen der Geschichte befördern.

Die Putsch-Industriellen auf freiem Fuß. „Auch bis heute ist **immer noch kein Hochverratsverfahren** gegen die durch die politische Polizei mit Haussuchungen und Vernehmungen heimgesuchten Rechtspolitiker und Industriellen erfolgt wegen der angeblichen Rechtsputschpläne. Inzwischen hat die Oberreichsanwaltschaft den Beschuldigten auch die letzten durch die Polizei beschlagnahmt gewesenen Schriftstücke zurückgegeben.“ So schreibt die gestrige „Allgemeine Zeitung“ triumphierend auf der ersten Seite und zeigt damit wieder einmal der Arbeiterschaft, was sie vom preußischen Innenminister Severing zu halten hat.

Druckfehlerberichtigung

In der vorgestrigen Nummer wurde eine Notiz mit der Ueberschrift versehen: SPD. und Pilsudski. Es mußte heißen: PPS. (Polnische sozialistische Partei.)

Die deutschen Fürsten im Weltkriege

„Enteignung Eures alten Herrscherhauses?
Ist das der Dank für unser Werk?“
(Hohenzollernplakat.)

Der Geist des Großen Kurfürsten, des Alten Fritz und des Heldenkaisers“ (im Volke Kattüschenprinz genannt) wird von den Fürstenknechten heraufbeschworen, um das deutsche Volk zu bewegen, den abgedankten Fürsten „ihr Werk“ mit 3 Milliarden Goldmark zu bezahlen.

Unter den Stützen von Thron und Gut finden wir auch die deutschen Offiziere. Sie stellen sich (anders als im November 1918) hinter ihren obersten Kriegsherrn und fordern vom Volke Bezahlung. Im Bundesorgan der deutschen Offiziere, im „Deutschen Offiziersblatt“ verteidigen sie die Ansprüche der Fürsten. Da wird das „Helden- und Feldherrntum“, das den Hohenzollern und übrigen „heroischen Geschlechtern“ angeboren ist, besungen.

Der Beweis für die Heldenhaftigkeit fällt freilich recht mager aus. Von den zahlreichen Prinzen der zahlreichen Herrscherfamilien sind ganze 15 Prinzen während des Krieges gestorben. Dabei sind bemerkt alle Prinzen, die an Lungenentzündung oder sonstigen im Felde (oder der Etappe!) zugezogenen Krankheiten verstorben sind, mitgerechnet. Diese klägliche Rechnung stützt die Behauptung von den zahlreichen Opfern der Fürstenhäuser nicht, sondern wirft sie über den Haufen.

Soviel über das „Heldentum“. Für das „Feldherrntum“ wagen die Herren gar nicht erst „Beweise“ zu erbringen. Wir wollen da ein wenig nachhelfen.

Bleiben wir bei dem „hohen Helden- und Feldherrntum der Hohenzollern“. Im obersten Kriegsherrn Wilhelm II. haben wir den vollendetsten Typ deutscher Fürsten. Er fühlte sich durch und durch als Soldat. Hier lag sein Stolz und sein Ehrgeiz. Betrachten wir seine militärischen Fähigkeiten und seine Tugenden. Wie bereitete er sich auf den erwarteten Krieg vor? Denken wir an die berühmten Kaisermanöver. Graf Zedlitz-Trütschler beschreibt in seinem Buche „Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof“ diese Harlekinaden:

„Im Kaisermanöver treffen durchschnittlich dreimal in der Nacht völlig veränderte Befehle bei den Truppen ein. Niemand wagt zu äußern, daß dadurch Unruhe geschaffen wird, wichtige Dispositionen gestört werden und kolossale unnötige Märsche entstehen. Im Gefecht werden die modernen Anforderungen außer acht gelassen, man bemüht sich, nur schöne Bilder zu zeigen, die Reiter reiten in den Schützenlinien, die Artillerie fährt ebenfalls hinein und die Kavallerie attakiert so harmlos, als ob sie noch mit einem Feuerschloß-Gewehr bewaffnet wäre.“

Dafür wird aber bei jedem Kaisermanöver eine Armee von einer halben Million eingeschlossen und mit Mann und Maus gefangengenommen. Wilhelm spielte Sedan!

Aber auch noch anderer Ehrgeiz trieb Wilhelm. In den Beratungen des Großen Generalstabes wußte er stets eigene Ansichten zu verzapfen, die so unsinnig waren, daß die anwesenden Militärs stets peinlich berührt waren, oft sich das Lachen nicht verkneifen konnten.

Das waren Wilhelms Vorbereitungen für den Weltkrieg.

Das Trauerspiel 1914 begann mit der Auswahl der Heerführer. Ausgerechnet der arme Moltke (der jüngere) wurde vom Kaiser zum Feldmarschall berufen, lediglich, weil der Kaiser wie Wilhelm I. einen Moltke haben wollte.

Der Kaiser versuchte sein Kriegsglück, indem er in den Aufmarschplänen herumfuschte. Die seit Jahren bis aufs kleinste vorbereiteten Pläne wollte er im letzten Augenblick umstoßen. Der vom Generalstab vorliegende Aufmarschplan sah den Hauptstoß gegen Frankreich vor. Plötzlich glaubte Wilhelm, gegen Rußland zuerst den Hauptstoß führen zu müssen. Er wollte den gesamten Aufmarsch, der bereits im Rollen war, aufhalten und umdirigieren. Moltke verlor völlig die Nerven. Er zog sich in sein Zimmerchen zurück, um — nun was wohl? — um stundenlang bitterlich zu weinen!! Dann stellte sich heraus, daß Deutschland sich doch mit Frankreich im Kriegszustand befand. Der Kaiser entschloß sich also, den alten Aufmarschplan „Hauptstoß nach Westen“ wieder aufzunehmen. Inzwischen vollzog sich der Aufmarsch nach Westen, nur der vorgesehene Einmarsch nach Luxemburg wurde vom Kaiser untersagt. Welcher Wahnwitz! Die belgische Neutralität wurde mit Füßen getreten, aber die luxemburgische sollte geschont werden!

So zerriß Wilhelm die Disposition für den vorgesehenen Einfall in Nordfrankreich. So wurde von ihm die Marneniederlage vorbereitet. Um noch eine weitere Dummheit zu machen, nahm er aus der ohnehin zu schwachen Armee noch zwei Korps heraus, um sie nach dem Osten zu werfen.

So ist der Anfang des Krieges: Ein absoluter Wirrwarr, eine reine Kinderei. Der Kaiser regierte — d. h. was er durch sein persönliches Dazwischentreten noch verderben konnte, hat er im vollsten Maße verdorben. Eine weitere Ursache der Marneniederlage ist auch in der mangelnden Verbindung der in Nordfrankreich operierenden deutschen Armeen zu suchen. Diese mangelnde Verbindung ist nicht zuletzt dem Kaiser zu verdanken, denn auf seinen ausdrücklichen Befehl wurde das Hauptquartier zurückverlegt, und zwar „ausschließlich aus Gründen persönlicher Sicherheit vor Fliegerbomben“. (Zitiert aus Emil Ludwig.)

Das genügt fürs erste. Ehe wir unser Urteil zusammenfassen, wollen wir einige Urteile seiner Getreuen hören.

Moltke:

„Es ist „herzzerreißend, wie ahnungslos der hohe Herr über den Ernst der Lage ist“ . . . Und: „Der Kaiser muß nach Frankreich hinein, näher an die Armee heran.“ Aber der Kaiser war viel lieber weit vom Schuß entfernt. Die deutschen Monarchisten nennen das „Heldentum“.

Tirpitz:

„Vom Kaiser ging ich ganz niedergedrückt nach Hause. Es ist eben seine Eigenart, er will keinen Entschluß fassen und keine Verantwortung tragen.“

Beim Fall Antwerpen:

„Der Kaiser natürlich in rosigster Laune . . . der Kernpunkt, daß nämlich die Besatzung sich nördlich hat drücken können, schien ihn wenig zu kümmern.“

Als das Hauptquartier mit Fliegerbomben beworfen wird, ist Wilhelm entsetzt. Er hatte geglaubt, nur die Untertanen dürften massakriert werden, nicht aber die Könige. Tirpitz schreib tdarüber: „Er glaubt wirklich an eine stillschweigende Einigkeit der Häupter, sich selbst zu schonen, eine merkwürdige Denkungsweise.“ Das ist der ganze Wilhelm, „sich selbst schonen“!

Und ein zusammenfassendes Urteil:

„Der Monarch ging im Kriege den Dingen aus dem Wege, statt auf den Grund . . . Der Abstand zwischen dem äußeren Schein einer starken Persönlichkeit, den er zu erwecken suchte . . . und dem Fehlen der inneren Kraft wurde immer größer bis zum bitteren Ende.“ So urteilt der bekannte Militärschriftsteller von Freytag-Lorringhoven.

Wenn selbst „treugesinnte“ Leute ihren obersten Kriegsherrn derartig fallen lassen, so sind wir sicher, daß die Monarchisten ganz genau wissen, was es mit dem „Helden- und Feldherrntum“ der deutschen Fürsten im Weltkriege auf sich hat. Trotzdem reden sie von den Fähigkeiten und hohen Tugenden der Herrscherhäuser. Sie spielen dem Volke bewußt eine Komödie vor. Sie versuchen alles, um den Fürsten die 3 Milliarden zu sichern. Warum? Von diesen 3 Milliarden würde ein großer Teil für die Propaganda zur Wiedereinführung der Monarchie verwendet werden. Für die Offiziere bedeutet die Monarchie neue Aemter, neue Ehren. Sie erstreben mit der Monarchie die alte kaiserliche Armee. Was das Volk den Königen zu danken hat, wissen wir: Millionen Tote, Millionen Kriegskrüppel, Witwen und Waisen, wirtschaftlichen Zusammenbruch. Das sind die „herrlichen Zeiten“, denen uns der oberste Kriegsherr entgegenführte!

Für dieses „Werk“ gebt den Fürsten am 20. Juni den Dank durch 20 Millionen „Ja“-Stimmen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260618-19/fragment/page=0007

Bekanntmachung

Volksentscheid am 20. Juni 1926

Gemäß § 47 der Reichsstimmordnung bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß die Stimmabgabe über den Volksentscheid am Sonntag, dem 20. Juni 1926, in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags in Zeitz stattfindet, und zwar in nachfolgenden Stimmbezirken und Lokalen.

1. Stimmbezirk:
Albert-Kühne-Straße, Arnoldstraße, Besenstraße, Bornpromenade, Humboldtstraße, Kalkstraße, Richterstraße, Schulstraße, Steinsgraben 16 bis 46, Zeppelinstraße.
Abstimmungsvorsteher: Herr Maurer Walter Reiterath.
Stellvertreter: Herr Kaufmann Hermann Schneider.
Stimmlokal: „Schwarzes Roß", Kalkstraße 29.

2. Stimmbezirk:
Altmarkt, Brüderstraße, Freiheit, Gewandhausstraße, Porzellanstraße, Salzstraße, Voigtsmauer, Voigtsstraße.
Abstimmungsvorsteher: Herr Geschäftsführer F. Hopf.
Stellvertreter: Herr Kaufmann Wilhelm Nägler.
Stimmlokal: Wagners Schankwirtschaft, Voigtstraße 17.

3. Stimmbezirk:
Lindenstraße, Lindenplatz, Schützenstraße, Weberstraße.
Abstimmungsvorsteher: Herr Rektor Otto Naumann.
Stellvertreter: Herr Buchbinder Oskar Rockstroh.
Stimmlokal: Steinetts Schankwirtschaft, Weberstraße 12.

4. Stimmbezirk:
Altenburger Straße 1 bis 18 und 37 bis 55, Feldstraße, Hospitalstraße.
Abstimmungsvorsteher: Herr Studienrat Dr. phil. Walter Boerl.
Stellvertreter: Herr Kaufmann Arthur Planer.
Stimmlokal: Petzolds Schankwirtschaft, Altenburger Straße 49.

5. Stimmbezirk:
Altenburger Straße 19 bis 27, Amalienstraße, August-Bebel-Straße 66 bis 79, Gleinaer Straße, Friedhof St. Michael, Johannastraße, Luisenstraße, Ronneburger Straße, Sophienstraße, Vater-Jahn-Straße.
Abstimmungsvorsteher: Herr Expedient Georg Hiller.
Stellvertreter: Herr Buchhalter Otto Löschner.
Stimmlokal: „Fürstenhof", Altenburger Straße 27.

6. Stimmbezirk:
Gneisenaustraße, August-Bebel-Straße 37 bis 65, Lassallestraße, Fichtestraße, Karl-Marx-Straße, Yorkstraße.
Abstimmungsvorsteher: Herr Malermeister Wilhelm Dunau.
Stellvertreter: Herr Buchdrucker Robert Klopsch.
Stimmlokal: „Deutsche Eiche", Vater-Jahn-Straße 21.

7. Stimmbezirk:
Fockendorfer Grund, Garten, Posaer Straße.
Abstimmungsvorsteher: Herr Tischler Max Reimschüssel.
Stellvertreter: Herr Fabrikant P. Bartsch jun.
Stimmlokal: „Gute Quelle", Schützenstraße 10.

8. Stimmbezirk:
August-Bebel-Straße 1 bis 28, Liebknechtstraße, Mittelstraße, Schießgrabenstraße.
Abstimmungsvorsteher: Herr Prokurist Ehrhard Fritzsche.
Stellvertreter: Herr Knappschaftsangestellter Emil Lochmann.
Stimmlokal: „Zum goldenen Stern", August-Bebel-Straße 17.

9. Stimmbezirk:
Bergstraße, Blumenstraße, Goethestraße, Lessingstraße, Pestalozzistraße, Schillerstraße, Wendischer Berg.
Abstimmungsvorsteher: Herr Lehrer Oskar Losing.
Stellvertreter: Frau Luise Kruschwitz.
Stimmlokal: „Schillerschlößchen", Schillerstraße 12.

10. Stimmbezirk:
Freiligrathstraße, Klosterstraße, Tröglitzer Straße.
Abstimmungsvorsteher: Herr Angestellter Otto Hermann.
Stellvertreter: Herr Mittelschullehrer Wilhelm Helfferich.
Stimmlokal: Schankwirtschaft Schlachthof, Freiligrathstraße 19.

11. Stimmbezirk:
Neumarkt, Ritterstraße, Stiftsberg, Turmstraße, Wasserberg.
Abstimmungsvorsteher: Herr Gewerbeoberlehrer Kurt Müller.
Stellvertreter: Herr Rodmacher Alfred Wüstenberg.
Stimmlokal: „Reichshalle", Wasserberg 1.

12. Stimmbezirk:
Fischstraße, Judenstraße, Kramerstraße, Michaeliskirchhof, Neumarktstraße, Roßmarkt, Wendische Straße, An der Stadtmauer 8.
Abstimmungsvorsteher: Herr Wirker Paul Busch.
Stellvertreter: Herr Goldschmiedemeister Wilhelm Plachky.
Stimmlokal: Hotel Herold, Altmarkt 8.

13. Stimmbezirk:
Baderstraße, Braustraße, Messerschmidtstraße, Nicolaiplatz, Nicolaistraße, Querstraße, Rahnestraße, Roßstraße, Scharrenstraße.
Abstimmungsvorsteher: Herr Buchdrucker Paul Wenzel.
Stellvertreter: Herr Kaufmann Max Gombert.
Stimmlokal: „Schultheiß", Rahnestraße 19/20.

14. Stimmbezirk:
Bornstraße, Brühl, Domherrenstraße, Rothestraße, Steinsgraben 2 bis 15, Steinstraße, Steintorvorstadt.
Abstimmungsvorsteher: Herr Kaufmann K. Kühne.
Stellvertreter: Herr Drechsler A. Leuzsch.
Stimmlokal: „Palmbaum", Brühl 16.

15. Stimmbezirk:
Bauplatz, Denhardtstraße, Eulengrund, Forststraße, Geraer Straße, Höllingstraße, Kalkfeld, Ludwig-Lange-Straße, Spangenbergstraße, Rosenweg.
Abstimmungsvorsteher: Herr Schlosser Kurt Müller.
Stellvertreter: Herr Justizinspektor Ludwig Schläfke.
Stimmlokal: „Krone", Geraer Straße 19.

16. Stimmbezirk:
Johannisteich, Stephanstraße, Weidichthaus, Weinberghäuser 3, 4, 5, Weinbergstraße, Zuckerfabrik.
Abstimmungsvorsteher: Herr Lehrer Hermann Wind.
Stellvertreter: Herr Schuhmachermeister Paul Schneider.
Stimmlokal: „Stephansschenke", Stephanstraße 35.

17. Stimmbezirk:
Albrechtstraße, Badstubenvorstadt, Brehme-Platz, Brückenweg, Elsterstraße, Naetherstraße, Nordstraße, Parkstraße, Schloßstraße, Wiesenstraße.
Abstimmungsvorsteher: Herr Zimmermann Wilhelm Vincenz.
Stellvertreter: Herr Lehrer Oskar Strehlke.
Stimmlokal: „Kronprinz", Badstubenvorstadt 7.

18. Stimmbezirk:
Auf dem Schlagstück, Cariusstraße, Hübnerstraße, Naumburger Straße 16 bis 56, Paul-Rohland-Straße, Rohnerstraße, Schädestraße.
Abstimmungsvorsteher: Herr Betriebs-Oberingenieur Josef Renning.
Stellvertreter: Herr Bezirksleiter Ernst Gräfe.
Stimmlokal: „Stadt Dresden", Schädestraße 1.

19. Stimmbezirk:
Auf den Gebinden, Aylsdorfer Straße, Bahnhofstraße, Donaliesstraße, Güterabfertigungsgebäude, Tiergartenstraße, Wasservorstadt.
Abstimmungsvorsteher: Herr Bäckermeister Emil Beer.
Stellvertreter: Herr Maurerpolier Bernhard Kühn.
Stimmlokal: Hotel Viktoria", Bahnhofstraße 1.

20. Stimmbezirk:
Auestraße, Grenzstraße, Leipziger Straße, Naumburger Straße 1 bis 15, Weißenfelser Straße.
Abstimmungsvorsteher: Herr Fleischermeister Ernst Isler.
Stellvertreter: Herr Arbeiter Richard Heller.
Stimmlokal: „Stadt Leipzig", Leipziger Straße 39.

Die Stimmberechtigten werden ersucht, frühzeitig, möglichst am Vormittag, zur Stimmabgabe zu erscheinen, damit die gegen Schluß der Abstimmungszeit in den Stimmräumen eintretenden Ansammlungen vermieden werden.

Stimmberechtigt ist, wer am Stimmtage (20. Juni) Reichsangehöriger und 20 Jahre alt ist. Jeder Stimmberechtigte hat eine Stimme, Voraussetzung der Stimmberechtigung ist die Eintragung in die Stimmliste oder der Besitz eines Stimmabgabescheins.

Stimmberechtigte Staatsbeamte, Arbeiter in Staatsbetrieben, die ihren Wohnsitz im Ausland nahe der Reichsgrenze haben, und stimmberechtigte Angehörige ihres Hausstandes werden auf Antrag in die Stimmliste oder Stimmkartei einer benachbarten deutschen Gemeinde eingetragen. Stimmberechtigte, die aus dem besetzten Gebiet (alt- und neubesetztes Gebiet) ausgewiesen oder durch Maßnahmen der Besatzungsmächte verdrängt sind, insbesondere auch Personen dieser Art, die infolge der Wohnverhältnisse dorthin noch nicht haben zurückkehren können, sind für die Stimmabgabe am 20. Juni 1926 auf Antrag in die Stimmliste oder Stimmkartei ihres Aufenthaltsortes einzutragen, auch wenn sie an diesem Orte keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Einen Stimmschein erhält auf Antrag:

I. ein Stimmberechtigter, der in eine Stimmliste oder Stimmkartei eingetragen ist,
1. wenn er sich am Abstimmungstage während der Abstimmungszeit aus zwingenden Gründen außerhalb seines Stimmbezirks aufhält;
2. wenn er nach Ablauf der Einspruchsfrist (13. Juni) seine Wohnung in einen anderen Stimmbezirk verlegt;
3. wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist und durch den Stimmschein die Möglichkeit erhält, einen für ihn günstiger gelegenen Stimmraum aufzusuchen.

II. Ein Stimmberechtigter, der in eine Stimmliste oder Stimmkartei nicht eingetragen oder darin gestrichen ist,
1. wenn er nachweist, daß er ohne sein Verschulden die Einspruchsfrist versäumt hat;
2. wenn er wegen Ruhens des Stimmrechts nicht eingetragen oder gestrichen war, der Grund aber nach Ablauf der Einspruchsfrist weggefallen ist;
3. wenn er Auslandsdeutscher war und seinen Wohnort nach Ablauf der Einspruchsfrist in das Inland verlegt hat.

Stimmscheine werden von uns ausgestellt für den Stimmberechtigten, der in Zeitz seinen Wohnort hat, in den Fällen von I, 2 oben seinen bisherigen Wohnort gehabt hat. Den Grund zur Ausstellung eines solchen Scheines hat der Antragsteller auf Erfordern glaubhaft zu machen. Ueber seine Berechtigung, den Antrag zu stellen und den Schein in Empfang zu nehmen, muß er sich gehörig ausweisen. Gegen die Versagung eines Scheines kann Einspruch erhoben werden, über den der Magistrat entscheidet. Verlorene Stimmscheine werden nicht ersetzt. Stimmscheine werden bis zum 19. Juni ausgestellt, Anträge hierzu nur bis zum 18. Juni entgegengenommen.

Die amtlich hergestellten Stimmzettel werden am Abstimmungstage in den Abstimmungslokalen ausgegeben.

Wir weisen besonders darauf hin, daß nach § 38 ff. der Stimmordnung jeder Stimmberechtigte die Pflicht zur Uebernahme der ehrenamtlichen Tätigkeit eines Abstimmungsvorstehers, Stellvertreters, Beisitzers oder Schriftführers hat und nur von dem abgelehnt werden darf, der das 60. Lebensjahr vollendet hat, der glaubhaft machen kann, daß er aus dringenden beruflichen Gründen oder durch Krankheit oder durch Gebrechen verhindert ist, das Amt ordnungsmäßig zu führen, der sich am Stimmtage aus zwingenden Gründen außerhalb des Wohnortes aufhält, bei Frauen, die glaubhaft machen, daß ihnen die Fürsorge für ihre Familie die Ausübung des Amtes in besonderem Maße erschwert.

Diejenigen, die die Uebernahme eines solchen Ehrenamtes ohne gesetzlichen Grund ablehnen, können von der für die Bestellung zuständigen Behörde in eine Ordnungsstrafe bis zum Betrage von 50 000 Mark genommen werden.

Die Herren Abstimmungsvorsteher und Stellvertreter werden gebeten, zur Empfangnahme der Abstimmungsniederschrift usw. und kurzen Besprechung Freitag, den 18. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungssaal sich einzufinden. *2306

Zeitz, 11. Juni 1926. **Der Magistrat.**

Wir empfehlen:
Prima argentinisches Ochsenfleisch
Kochfleisch . . . Pfd. **0,75** Mk.
Bratfleisch m. Beil., Pfd. **0,80** Mk
Frisches **Schweinefleisch** Pfund **1,20** bis **1,30**
Schmer u. fettes Fleisch, Pfd. **1,20**
sowie **sämtliche Wurstwaren**
Karl Wahl & Sohn 738
Zeitz, Wasservorstadt 12

Volksbuchhandlung
Eisleben, Rathausstraße 7
empfiehlt
politischen u. schöngeistige Literatur
Schreibmaterialien u. Schulartikel
zu äußerst billigen Preisen

Jede Drucksache
die im Geschäfts- wie Privatverkehr benötigt wird, liefert die Buch- und Kunstdruckerei Produktiv-Genossenschaft Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Es
ist
das Prinzip der Firma, schnellstens geschmackvoll und preiswert zu bedienen. Die Druckerzeugnisse erbringen den besten Beweis, daß
immer noch
der Geschäftswelt wie den Vereinen die Benachrichtigungen anzeigen, durch eine wirkungsvolle Drucksache ein Erfolg unbedingt sicher ist. Sie sind und bleiben daher noch immer
das beste Werbungsmittel!

Hermann Quandt
Roßschlächterei 2309
Langestr. 21 u. Kleine Klausstr. 6
empfiehlt
pa. Fohlenfleisch, la. Bratenfleisch, Rouladen, Gehacktes und Schmer
sowie **alle Sorten Wurst** zu bekannt billigen Preisen

Volkschor Eisleben
Sonntag, den 20. Juni 1926
— — von **6 Uhr** an — —
Vergnügen
Es ladet ergebenst ein **Der Vorstand**

Allgem. Konsum-Verein für Mühlberg a. E. u. Umgeg.
e. G. m. b. H.
Sonntag, den 27. Juni 1926, **nachmittags 3 Uhr, i. Eibichloß-Restaurant zu Mühlberg:**
Ordentl. Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Halbjahrsbericht
2. Wahlen zum Vorstand, Wahlen für den Aufsichtsrat, Wahlen der Ersatzmänner für die Ausscheidenden
3. Anträge
Der Vorsitzende des Aufsichtsrats
Friedrich Rödel junior

Preiswert bieten an:
Sommerjoppen — **Sportkleidung**
Herrenhosen — **Badeanzüge**
Knabenwaschhosen — **Badehosen**
Knabenwaschblusen — **Spielanzüge**
Sporthemden — **Russenkittel**
E. Kuntz Nachf.
Hermann Müller & Sohn
Piesteritz 739

Modezeitungen empfiehlt die **Volksbuchhandlg.**

Volks-badewannen von **20 Mk.** an
G. Brose
Großer Sandberg 8

Prima
Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt
Hugo Hoffmann
Roßschlächterei
Weißenfels,
Fischgasse 1

Gr. Preisabbau
Anzugreinigen v. **4,00** an
Kleid „ „ **3,50** „
Waschkleid „ „ **2,50** „
Kostüm „ „ **4,50** „
Färben 1,00 Aufschlag
Lieferzeit 24 Stunden
Schonend. Behandlung zugesichert
Färberei Arthur Dietrich
vorm. Rob. Bräunlich
Gegr. 1865 Tel. 81. 4
Zeitz, Wasservorstadt 9

736 **Hamburger Fischhalle**
Zeitz, Brüderstr. 9

Täglich frischer **Schellfisch, Kabeljau Seeaal, Rotbarsch, Kieler und Kappler Bücklinge**, Pfd. 50 ₰
Ger. Schellfische Pfd. 40 ₰
Ger. Seelachs Pfd. 50 ₰
Schottische Vollfett-Heringe
Stck. 10, 13, 16 ₰
Matjesheringe, 15, 20

Stadt-Theater
Heute Freitag, 8 Uhr
Erstaufführung
„Der Sturm"
Zauberlustspiel von Shakespeare
Sonnabend 8 Uhr
„Der Sturm"

Schallplatten
„Brüder zur Sonne"
Rück. „Wolgalied"
„Wer schafft das Gold zutage" usw.
wieder eingetroffen
bei 2307
Otto Weiße
Parkstraße 14
Kein Laden

Ledersohlen
Gummiabsätze
billig bei 121
Wilh. Kranig
Neue Promenade 15

Klappstühle mit Tisch
verk. Kl. Colonstr. 4, I

Bergisdorf-Zeitz
Sonnabend, d. 19. Juni
zur 730
Sonnenwendfeier
von 7 Uhr an **Ball**
Sonntag, den 20. Juni
Ball
des Herrenklubs „Orlando"
Jazz-Band-Musik
Hierzu ladet freundlichst ein **A. Kreise**

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Täglich große Auswahl in
Kaffee- und Teegebäck
sowie alle Sorten Kuchen
Konditoreiwaren
finden Sie bei
Max Schröder, Schweitchlestraße Ecke Lerchenfeldstr.
Sonnabend früh 9 Uhr: **fl. Speckkuchen**

Lichtspiel-Theater
Wittenberg
Ein ganz besonders schönes Programm für **Freitag** bis **Montag**
1. Das Neueste aus aller Welt
2. Buster Keaton wird steckbrieflich verfolgt
2 Akte 740
3. Flaker Nr. 13
Sehr spannendes Drama in 6 Doppelakten mit Biensfeld, Picha Gülstorff und der hübschen
Lily Damita
bekannt aus „Spielzeug von Paris"
Anfang 6 u. 8.15 Uhr Sonntag 4 Uhr

Gebr. Horn
Wittenberg (Bez. Halle)
Schloßstr. 27 Schloßstr. 27
Uhren, Gold- und Silberwaren
Eig. Reparaturwerkstatt — Optik
Lieferant sämtl. Krankenkassen

Walhalla
8 Uhr Tel. 8…
Amanda komm und tanz mit mir . . . .
Nur noch Freitag, Sonnabend und Sonntag:
Der große Lachschlager
Familie Knorke
Niemand versäume die Gelegenheit, sich Anton und Amanda Knorke nochmals anzusehen.
Montag, den 21. Juni:
Zum ersten Male:
Uebern großen Teich
Volksoperette in 4 Akten von
*2312 **A. Phillip** mit
Rudolf Mälzer
und
Anna Müller-Linde
Vorverkauf bereits eröffnet. Tageskasse ab 11 Uhr ununterbrochen

Metall- und Holz-Bettstellen
Kinder-Bettstellen
aus Holz oder Eisen
Federbetten, Bettfedern
2305 **Inletts**
Stepp- und Daunendecken
immer vorteilhaft
bei größtem Lager und Auswahl
sowie äußerst preiswert
Bettenhaus
Bruno Par…
Kl. Ulrichstraße 2
Eing. Kanzleigasse, 2 Min. vom …
Entgegenkommende Bedingungen

Film-Palast Weißenfels
Ab heute bis Montag, 21. Juni
Der Pantomim-Großfilm
Des Lebens Würfelspiel
6 Akte von gestern und heute
Mit **Hella Moja u. Paul Hartmann** in den Titelrollen
Außerdem:
Das große Beiprogramm
Beginn 7 u. 9 Uhr, Sonntags 5 …
Arbeitslose haben zur ersten Vorstellung Zutritt

Neueröffnung! **Neueröffnung!**
Torpedo-Haus
Glauchaer Str. Bäckerstr. 1 Glauchaer Str.
2299 **Paul Lucke**
Fahrräder, Torpedo, Meister, Witt…
Anzahlung Mk. 20.— niedrigste Wochenraten
Eigene Reparaturwerkstatt. Ersatz- und Zubehörteile aller Systeme
Emaillieren Vernick…

An die geschätzten Leser des „Klassenkampf"
Infolge des so überhand genommenen Auto- usw. Verkehrs werden dem großen Publikum Spaziergänge und Ausflüge so häufig verleidet
Durch die am 21. d. M. erfolgende Indetriebsetzung meines neuerbauten modernen
Auto-Passagierbootes „Roter Löwe", Weißenfels
welches ca. 40 Erwachsenen, Kindern entsprechend mehr, bequeme Sitzgelegenheit bietet, wird dem verehrl. Publikum täglich Gelegenheit geboten, staubfreie Ausflüge auf dem **Wasserwege** nach den bekannten Ausflugsorten **Leißling, Oeblitzschleuse, Schönburg, Freyburg, Vesta** und **Dürrenberg** unseres reizenden Saale- und Unstruttales zu unternehmen
Vereinen, Gesellschaften usw. bin ich gern bereit, Pauschalpreise zuzubilligen und bitte ich höfl., mein zeitgemäßes, auch der körperlichen Gesundheit zuträgliches Unternehmen freundlichst unterstützen zu wollen
Carl Rohnke, Weißenfels
Besitzer des Auto-Passagierbootes „Roter Löwe"
733 Merseburger Str. 16/18 Fernsprecher 382

Spendet für die Rote Hilfe

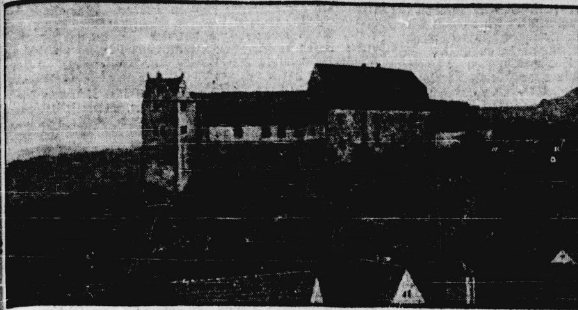
Wittenberg **Wittenberg**
Freitag, den 18. Juni 1926, abds. 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus:
Gr. öffentl. Versammlung
Thema: **Volksentscheid**
Referentin: **Irmgard Rasch**
Einwohner Wittenbergs erscheint in Massen

Arbeiter-Sportvereine!

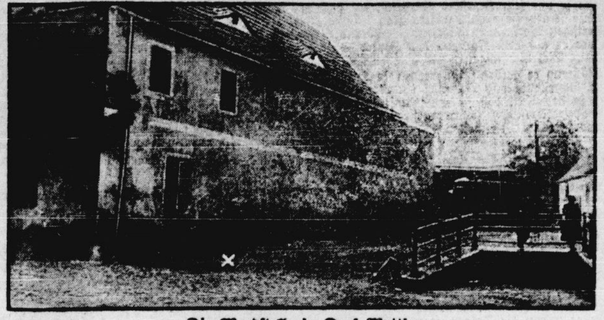
Wir liefern schnellstens, gut und preiswert alle Vereins-Drucksachen: **Sportorgane, Festschriften, Statuten, Mitgliedskarten, Briefbogen, Umschläge, Einladungskarten und Programme.** Fordert Preisofferten ein, unterstützt das Arbeiterunternehmen die **Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle,** Lerchenfeldstr. 14, Fernruf 1045, 1047, 22…

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260618-19/fragment/page=0008
DFG

„. . . stehen Burgen stolz und kühn“



Teilansicht von Schloß Wettin



Die Mordstelle in Dorf Wettin

O. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete und Fürstenanwalt Dr. Everling hat während des Volksbegehrens in einer öffentlichen Versammlung behauptet, der Volksentscheid soll herbeigeführt werden, um den deutschen Fürsten ihr Eigenheim zu nehmen. Eigenheim — wie rührend das klingt. Man hat dabei das Gefühl, als wenn ein kleiner Beamter durch einen rigorosen Hauswirt aus seiner Wohnung: zwei Stuben, Kammer und Küche vertrieben werden soll. Aber die „Eigenheime“ der davongelaufenen Fürsten sahen ja wohl etwas anders aus, und von den Herrschaften ist noch keiner an Wohnungselend zugrunde gegangen. Denen ists übrigens ganz egal, wo sie ihr Eigenheim aufschlagen, denn Wilhelm hat im Exil nichts Eiligeres zu tun gehabt, als viele Millionen für den Ausbau von Doorn zu verwenden. Wenn seine Sehnsucht nach den heimatlichen Gefilden so groß war, hätte er sich im Auslande doch nicht eine so feste Burg geschaffen. Aber davon soll hier nicht die Rede sein. In der deutschen Republik stehen die „Eigenheime“ einstweilen herum, und sie werden teilweise zu ganz merkwürdigen Dingen benutzt. Auch in Mitteldeutschland stehen die Wahrzeichen ehemaligen Raubrittertums, und sie sind hier besonders dicht gesät. Romantische Gemüter kommen auf ihre Kosten, aber real politisch sehende nicht minder. Und da beschäftigt uns gerade jetzt die Burg Wettin, das Stammschloß jener vielseitig begabten sächsischen Geennigsfamilie, deren letzter Sproß sich durch ununterbrochen feuchtfröhliche Stimmung auszeichnete. Von dem Herrn, der seine sächsischen „Landeskinder“ im November ... aufforderte, sich ihren Dreck alleene zu machen, wird in Wettin ... noch — im Juni 1926 — von einem Führer durch das Schloß ... märchenhaft schöne Geschichte erzählt. Also der Geennig ist einmal mit seinem Stab, unerkannt, nach Wettin gekommen. Er ... die Burg seiner Väter sehen, und deshalb setzte er sich, unerkannt, mit seinen Begleitern dort in die Nähe und bestellte Kaffee und Torte. Der Pfiffikus, der die Bestellung entgegennahm, fragte, ob der Herr, der bestellt hätte, allein Torte wünsche, aber der — unerkannt gebliebene — Geennig erwiderte, generös wie nun Fürsten einmal sind, daß auch seine Begleiter Torte haben sollten. Ist das nicht rührend von dem unerkannten Pensionär des sächsischen Staates? Gleiche Torte für alle — die Republik bezahlts ja sowieso. So also berichtet der Führer durch das Schloß Wettin mit ehrfurchtsvoll zitternder Stimme. Aber Wettin ist nicht mehr „Eigenheim“ dieses generösen „Herrschers“. **Wettin gehört jetzt den vaterländischen Verbänden und jenen studentischen Verbindungen, die vor wenigen Tagen Terrorbestimmungen gegen alle Studenten erlassen haben, welche sich an der Abstimmung zum Volksentscheid beteiligen.** Hier hört die „Eigenheim“-Gemütlichkeit auf, und die ernsthafte politische Ueberlegung beginnt. Gerade in Wettin war der Auftakt der mitteldeutschen Fürstenknechte zu ihrer Hetzkampagne gegen den Volksentscheid. Gerade in diesem Schloß ist man eifrig am Ausbau der Räume für die faschistisch gedrillte Jugend, die ihren Hindenburg und ihren Duesterberg liebt und ihre schwarze Reichswehr aufzufüllen gedenkt. **Gerade in Wettin geschah zur selben Zeit, als sich die schwarzweißroten Verbände gegen den Volksentscheid rüsteteten, ein Mord an einem revolutionären Arbeiter.**

Unsere Abbildung zeigt einen Teil des Schlosses Wettin und als Gegenstück ein anderes „Eigenheim“, nämlich ein Haus, in dem Proleten wohnen und die Stelle, wo der Arbeiter Wittstock von einer Kreatur der Fürstenfreunde ermordet worden ist.

Wir wollen uns darüber klar sein: Wenn die Fürsten die Schlösser und Paläste, die Gutshäuser und Bauten, die sie in ihrer Unersättlichkeit fordern, wirklich erhalten, so werden sie sich nicht alle in diesen „Eigenheimen“ breit machen. Sie werden aber etwas viel Schlimmeres tun. Sie werden diejenigen Schlösser und Gutshäuser, in denen sie nicht selbst „residieren“ können, für schweres Geld verkaufen an jene faschistischen Organisationen, welche dort Hochburgen der Reaktion, der Bürgerkriegsvorbereitungen gegen die Arbeiterklasse schaffen, genau wie sie es in Wettin beginnen.

Diesem Spuk muß ein schleuniges Ende bereitet werden. Enteignung der Fürsten bedeutet gleichzeitig, den Hakenkreuzlern und Fememördern einige ihrer Schlupfwinkel zu entreißen. Darum auf am 20. Juni zur Wahl:

das Kreuz ins Ja-Feld

Wettin

Kurz vor Redaktionsschluß erfahren wir, daß der Mörder Redde, der den Genossen Wittstock erschossen hat, in Wettin frei herumläuft. Komentar erübrigt sich.

Hilf, o Herre Gott!

Flimmer-Wilhelm, der von dem Sturz seines treuen Diener Luther gehört hat und einsieht, daß auch sein Feldmarschall Hindenburg ihn vor den bevorstehenden Volksentscheid nicht retten kann, richtete jetzt in der größten Sorge um seine Millionen folgenden Brief an seinen himmlischen Bundesbruder:

Ach Du lieber Herre Gott,
Hilf mir doch in meiner Not!
Sieh Herr, es bringt ein jeder Morgen
Mir und Hermine neue Sorgen.
Nun hat man Luther abgesägt,
Auf den ich so viel Wert gelegt.
Zwar ist Herr Marx in seinem Amte,
Mein Volk jedoch, das Gott verdammte,
Das pfeift auf Marx und Pfaffentum,
Auf Hindenburg und „hintenrum“.
Will gegen mich ein Kreuzchen zeichnen
Und mich dadurch nun ganz enteignen. —
Nun bitt ich Dich, Herr über alles,
Erlöse Du mich aus dem Dalles!
Laß Deine Gnade auf mich strahlen!
Lehr Du mein Volk, für mich zu zahlen,
Damit ich als ein frommer Mann
Auch standesmäßig leben kann.
Denn schließlich haben Majestäten
Ganz andre Allüren, als Proleten.
Du kennst am besten meine Passionen
Und weißt genau, sie kosten Millionen.
Fünfzigtausend Mark Pension
Pro Monat ist doch reiner Hohn.
Damit kommt Hermine nicht aus,
Du weißt, sie führt ein großes Haus.
Und sind in Deutschland schlechte Zeiten,
Darunter kann doch ich nicht leiden. —
Nun, lieber Gott, verlaß mich nicht!
Auf Deine Hilfe baue ich!
Macht mich der Volksentscheid bankrott,
Dann bist Du kein allmächt'ger Gott!
— — — — gezeichnet von hinten und von vorn;
Wilhelm Lehmann, zurzeit in Doorn!

W. Tezet.

Ein christlicher Denunziant und Fürstenlakai

Herrn Stamm ins Stammbuch

Die gestrige „Hallesche Zeitung“ ist ein Musterbeispiel dafür, wie die Deutschnationalen den Terror gegen ihre eigenen Leute organisieren.

Vor wenigen Tagen hat eine Zusammenkunft der „Christusgläubigen“ stattgefunden, die sich um das von dem hiesigen Pfarrer Jakobi herausgegebene Kirchenblatt: „Mut und Kraft“ scharen, um über die Frage des Volksentscheids sich gegenseitig auszusprechen. Das Resultat dieser Aussprache wurde in Nr. 6 von „Mut und Kraft“ wiedergegeben mit dem sehr fragwürdigen Resultat, daß diese Organisation es ihren eigenen Mitgliedern überlassen müsse, im Volksentscheid mit Ja oder Nein zu stimmen.

Schon diese Tatsache hat in der gestrigen „Halleschen Zeitung“ einen Dr. Stamm in Harnisch gebracht, der in einem Ton jene Christusgläubigen herunterreißt und denunziert, als wenn sie Hunde wären. Nachdem dieser Herr in barschem Tone darauf aufmerksam gemacht hat, daß die höchsten Instanzen der protestantischen Kirche sich aus „moralischen“ und „rechtlichen“ Gründen auf das entschiedenste gegen den Volksentscheid ausgesprochen hätten und die Kirchenschäflein einfach parieren müßten, fährt dieser infame Schnüffler die Christusgläubigen, die es gewagt haben, an jener Zusammenkunft teilzunehmen, folgendermaßen an:

„Wer bildete jene Versammlung? Ist es vielleicht nur eine kleine Winkelversammlung gewesen? Wer waren die fünf Theologen, die bei der Versammlung anwesend waren? Soweit es sich nicht etwa um Studenten, sondern Pastoren und Professoren handelt, haben unsere kirchlichen Kreise ein starkes Interesse daran, das zu wissen. Auch darf man erwarten, daß der Herr Stadtsuperintendent schleunigst das Wort zu der Angelegenheit ergreift.“

Die Teilnehmer an jener Zusammenkunft, die Leser von „Mut und Kraft“, werden hoffentlich soviel Mut und Kraft aufbringen, diesem frechen Burschen die Meinung zu sagen, und zwar derart, daß auch der „Herr Stadtsuperintendent“ es vorzieht, mit seiner Meinung hinter dem Berge zu halten. Sie werden das von ihrem protestantischen Standpunkte aus tun können, der bekanntlich im Gegensatz zur katholischen Kirche vorgibt, eine Gewissensbevormundung nicht zu dulden. Der beste Denkzettel aber würde der „Halleschen Zeitung“ und dem unverschämten Dr. Stamm verabreicht, wenn die Leser von „Mut und Kraft“ sich alle entschließen würden, am 20. Juni beim Volksentscheid mit Ja zu stimmen, um so zu einem geringen Teil das Machtstreben des Kapitals und jener ergebenen Diener dämpfen zu helfen.

Wer fürchtet sich vor dem schwarzen Mann?

So heißt ein Kindergruppenspiel, das jetzt in zwergfellerschütternder Komik von der nationalen Klatschtante, der „Halleschen Zeitung“, nachgeahmt wird. Ihren Lesern, die zu einem erheblichen Teil die Einstellung der „Halleschen Zeitung“ in der Frage des Volksentscheids nicht teilen und der restlosen Enteignung der verschämten Fürsten absolut nicht unsympathisch gegenüberstehen, ... sie mit dem „schwarzen Mann“, oder besser gesagt mit mehreren ... schwarzer Fantasiegestalten, denn: doppelt hält besser.

In ihrer gestrigen Ausgabe malt sie wieder einmal einen „[illegible]erschreck“ an die Wand. Ach, die liebe nationale Tante ... an ihrem Verfolgungswahnsinn sicher noch sterben. Diesmal ... es der russische Film „Panzerkreuzer Potemkin“, der kommenden Dienstag im Thalia-Theater zur Vorführung ...mt, dessen bloße Ankündigung die gar zu alte Tante zu lauten ...rufen veranlaßt. Wenn man das Geschreibsel liest, sieht man ... Geiste naturgetreu die erschrockene Schreiberseele flehend auf ... Knien vor dem hallischen Polizeipräsidenten, ihn darum bittend, ... viele hundert Meter lange Bolschewisten-Bazille aus Zelluloid ... Interesse der „Ruhe und Sicherheit“ (für die Tante) zu verbieten. Natürlich kann auch in diesem Falle die Tante das Lügen nicht lassen. So faselt sie davon, daß der Film ursprünglich erst in einem der hallischen „Ufa“- oder „CT.“-Lichtspielhäuser zur Vorführung gelangen sollte, daß diese aber die Vorführung verweigert hätten, da sie von den Einnahmen einen gewissen Prozentsatz zur ...schewisierung der Hindenburg-Republik zahlen sollten. Nun, die ...eriker in der Leipzigerstraße mögen sich beruhigen. Die Matrosen ... Panzerkreuzer Potemkin sind lediglich im lebenden Bilde zu ...en und werden den nationalen Skribifaxen nicht gleich eine rote ...mbe in das durcheinandergewürfelte Gehirn setzen. Wozu also ... hetzerische Gekeife? — Das stört doch höchstens die Ruhe, auf die ... sonst so viel Wert legt.

Eine deutschnationale Zeitung zum „Potemkin“

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, eines der ...unggebendsten deutschnationalen Blätter überhaupt, haben am ...ntag, dem 13. Juni, eine Besprechung des gerade in Leipzig ...enden **Films „Panzerkreuzer Potemkin“ gebracht. Wir** veröffentlichen hiermit die Besprechung ungekürzt, aus der einwandfrei hervorgeht, daß selbst diese rechts gerichtete Zeitung sich in keiner Weise gegen die Aufführung des Films wendet, ihm im Gegenteil höchste künstlerische Anerkennung zollt:

„Panzerkreuzer Potemkin“ in Leipzig

„Gegenwärtig wird im Emelka-Palast der russische Film „Panzerkreuzer Potemkin“ gezeigt. Gegenstand der Handlung: Ein geschichtlicher Vorgang aus dem Juni 1905. Die Meuterei der Matrosen des russischen Panzerkreuzers „Potemkin“ wegen vollkommen verdorbenen Fleisches, das sie zu essen sich weigerten. Die Ausstellung der Leiche des bei der Meuterei getöteten Matrosenführers auf einer Hafenmole in Odessa. Die Straßenkämpfe in dieser Stadt, deren Bevölkerung mit den Meuterern sympathisierte. Endlich die Begegnung des „Potemkin“ mit dem russischen Schwarzen-Meer-Geschwader, wobei kein Schuß gegen das meuternde Schiff fällt. **Diese vier Abschnitte aus der russischen Revolution im Jahre 1905 sind mit einer bisher im Film unerhörten Meisterschaft der Regie ausgebaut.** Die Handlung ist außerordentlich straff geführt und verläuft in einer fortgesetzten atembeklemmenden Steigerung. An Texten ist zwischen die Bildstreifen nur das Allernotwendigste eingesetzt. Der ganze Film ist nicht in einzelne Akte zerschnitten. Es gibt keine stimmunglähmenden Pausen. Der Beschauer steht vielmehr dauernd, fünfviertelstundelang unter dem zwingenden Bann des Dargestellten. **Dazu hat Edmund Meisel eine Begleitmusik geschrieben, die durchaus auf der gleichen Höhe steht wie die technische Leistung.** Kühne Harmoniefolgen, feurige Melodien, unvermittelte, überraschende Uebergänge, Irrlichtelieren von russischen Volksweisen, Aufblitzen von Bruchstücken der Marseillaise und dann lange Strecken nichts als Rhythmus, Rhythmus, drängend, treibend, keuchend, springend, betörend, hinreißend. Man kann mit Recht im Zweifel sein, ob der Film ohne diese aufwühlende Musik die Geister der Beschauer so packen würde. Dem Vergleich mit der geschichtlichen Wirklichkeit hält der Film „Panzerkreuzer Potemkin“ genau so stand wie seinerzeit der „Fridericus Rex“. Man braucht ja nur in alten Zeitungsbänden aus dem Jahre 1905 nachzuwälzen. Dieser russische Film ist anschaulicher Tatsachenbericht, mit gelegentlichen Retuschierungen aus künstlerischen und in gewissem Grade auch aus politischen Gründen, **ganz wie dies bei anderen historischen Filmen der Brauch ist. Einigermaßen kitschig wirken die Rührszenen an der ausgestellten** Leiche des Soldaten. Das ist ein unnötiges Zugeständnis an die Gemütsbedürfnisse der Beschauer. Von den geschichtlichen Vorgängen fehlt im Film die Tatsache, daß sich der Panzer „Pobjedonossew“ den Meuterern des „Potemkin“ angeschlossen hatte. Die Mannschaft dieses Schiffes hatte sich nämlich sehr bald nach dem ersten Revolutionsrausch wieder den ordnungsmäßigen Gewalten unterworfen. Daher also... Ebenso fehlt im Film jede Andeutung über den Ausgang der ganzen Meuterei. Der „Potemkin“ ist nämlich in den ersten Tagen des Juli in dem rumänischen Hafen Konstanza interniert und dann der russischen Regierung zurückgegeben worden. Diesen Ausgang enthält der Film dem Beschauer vor. Der Bildstreifen reißt in dem Augenblick ab, als die russische Schwarze-Meer-Flotte den „Potemkin“ ungeschoren an sich vorbeifahren läßt.. Bis dahin ist also alles im wesentlichen tatsächliche Darstellung. Daß das die Aufrührer bedrückende Ende des Dramas im Film nicht wiedergegeben wird, erklärt sich aus der politischen Einstellung seiner Hersteller, ist aber zugleich ein Zeichen ihrer Schwäche. Denn wenn der Film schon einmal unerschütterliche Tatsachen, wahre Begebnisse vermittelt, dann darf auch das wirkliche Ende des Ganzen nicht fehlen, dann muß der Kelch der Wahrheit bis zum letzten Tropfen geleert werden. Und weil das in diesem Falle nicht geschehen ist, krankt der Film eben doch an einer bedenklichen Unvollkommenheit.“

Theater und Konzerte

Stadttheater. Heute, Freitag, 8 Uhr, Erstaufführung „Der Sturm“ von Shakespeare. Sonnabend 8 Uhr erste Wiederholung „Der Sturm“. Sonntag 7½ Uhr zum letzten Male „Dollarprinzessin“.

Modernes Theater, Neue Promenade 8. Die Gastspiel-Direktion Franzettis Wiener Burlesken hat für die zweite Junihälfte ein völlig neues Programm zusammengestellt, das ebenfalls wieder beifällig aufgenommen wird. Sind auch die zwei Einakter: „Bubi“ und „Dagobert, wo warst Du?“ bürgerlicher Kitsch, so ist zu sagen, daß alle Darsteller diesem inhaltslosen Zeug durch flottes Spiel und Können einen gewissen Schwung geben. Der bunte Teil des Programms ist mit Duetten und Rezitationen ausgefüllt. Elinor Falk ist zweifellos eine begabte Vortragskünstlerin. Den Grundregeln des Vortrags aber muß sie mehr Beachtung schenken. Das Tempo ist fast durchweg zu hastig. Pausen, durch die erst Wirkungen erzielt werden und die der Zuhörer haben muß, um das eben Gesagte verstehen zu können, müssen stärker hervortreten. Auch darf die ganze Lungenkraft nicht an Stellen Anwendung finden, wo sie nicht hingehört. Darin besteht ja die Kunst im Vortrage, sein Organ so einzuteilen — im Zaume halten —, daß man dauernd zu verschiedenen Steigerungen in der Lage ist. rr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260618-19/fragment/page=0009
DFG

Busse türmt

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat Herr Busse die Absicht, heute nachmittag per Auto Halle zu verlassen, um über den 20. Juni fortzubleiben, da er fürchtet, daß die Kommunisten ihm nach dem Leben trachten.

Herr Busse möge sich beruhigen: so wichtig ist er gar nicht, wie er sich einbildet. Oder sollte seine Feigheit noch größer sein als seine Einbildung ist? Zugegeben, daß er in den letzten Wochen von sich reden gemacht hat; er war für uns eine dankbare Figur, um das Wesen der Fürstenfreunde wirklich zu kennzeichnen. Die Drahtzieher des faschistischen Wehrhrummels haben sich in Halle gerade den geeignetsten Mann dafür ausgesucht. Und nun macht's Busse genau so wie sein Herrscher Wilhelm, der auch per Auto über die Grenze seines Herrschaftsgebiets floh. Busse flieht — ganz dem historischen Vorbild entsprechend — über die Grenzen der Stadt, in der er auf dem Rathaus das Zepter — zu schwingen sich einbildet. Viel Vergnügen!

Während er getürmt ist, werden in Halle Tausende von Arbeitern, Angestellte und Beamten ihr Kreuz ins „Ja" Feld zeichnen und so beweisen, daß sie weder mit desertierenden Cäsaren, noch mit desertierenden schwarzweißroten Stadtverordnetenvorstehern etwas zu tun haben wollen.

An die Metallarbeiter Halles und Umgegend!

Am Sonntag steht die deutsche Arbeiterklasse wiederum vor einer Schicksalsstunde. Entscheidende Bedeutung bringt dieser Tag mit sich. Nicht nur lastet wirtschaftlich die Diktatur der Kapitalisten schwer auf der Arbeiterschaft. Die Werksgewaltigen, die Großagrarier, die monarchistischen und faschistischen Banden wenden sogar Terrormaßnahmen an, um die Angestellten, Arbeiter, Kleinbauern usw. zu zwingen, daß sie sich am 20. Juni ihrer Stimme enthalten, damit die 20 Millionen Stimmen für vollkommene Enteignung des Fürstengeschmeißes nicht aufgebracht werden. Ungeheuer wären die Folgen, wenn dieses Ziel nicht erreicht würde. Verschärfte Ausbeutung, Lohnabbau, Arbeitszeitverlängerung, Abbau der Sozialpolitik und Wiederaufrichtung der Monarchie würden schamlose Anwendung finden.

Kollegen! Deshalb richten wir an Euch die dringende Mahnung: **Nutzt den einen Tag, der Euch noch zur Verfügung steht, mit aller Kräften aus zur Agitation für den Volksentscheid!** Ueberzeugt jeden Metallarbeiter, gleichviel, ob organisiert oder noch indifferent, von der Notwendigkeit der Abstimmung. Die Metallarbeiter haben immer mit als vorderstes Glied in der Avantgarde des Proletariats im Kampf gegen den Kapitalismus gestanden. Zeigt, daß Ihr noch die alten Kämpfer seid! Helft am Sonntag der politischen Arbeiterpartei, mit der Ihr sympathisiert, bei ihrer schweren Wahlarbeit!

Heran an die Arbeit, tut Eure Pflicht, dann wird der Sieg unser sein.

Die Ortsverwaltung des DMV. Halle.

Heraus zum Volksentscheid!

Warum müssen sich auch die Mieter für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten einsetzen?

Am kommenden Sonntag steht das deutsche Volk vor einer sehr wichtigen Entscheidung. Es geht um die Frage, sollen die deutschen Fürsten für ihre „Dienste" am deutschen Volke mit neuen Milliarden-Geschenken belohnt werden oder ist es besser, daß die Milliardenwerte zur Linderung und Beseitigung der zum Himmel schreienden Wohnungsnot Verwendung finden?

Die deutschen Fürsten mit den Hohenzollern an der Spitze stellen an das verarmte deutsche Volk, an dessen Not und Elend sie stark mitschuldig sind, Entschädigungsansprüche in einer solchen Höhe, daß man ihr Verhalten nur als schamlos bezeichnen kann. Ihre Forderungen werden geschätzt auf drei Milliarden Mark. Eine Riesensumme, von der man sich kaum eine Vorstellung machen kann.

Wenn 19 000 Mark für den Bau einer Zweifamilienwohnung benötigt werden, dann könnten von diesen drei Milliarden Mark schon 300 000 Wohnungen gebaut werden. 300 000 Wohnungslose fänden eine Unterkunft und viel Elend wäre damit gelindert.

Statt dessen ist ein kürzlich im Reichstag eingebrachter Antrag für das Jahr 1926 50 Millionen Mark zur Erstellung von 5000 Wohnungen aus Reichsmitteln zur Verfügung zu stellen, abgelehnt worden, und zwar mit allen Stimmen **von den Demokraten bis zu den Völkischen.** Und welche Begründung erlaubten sich die Herrschaften zu geben?

Es sind keine Mittel vorhanden! Dieselbe Regierung, **die den schwerreichen Industriellen des Rheinlandes 750 Millionen in den Rachen geworfen hat, die für die Reichswehr, Marine 2½ Milliarden ausgibt, die den großen Zigarettenfabriken die Banderolensteuer gestundet hat, erklärt, zum Wohnungsbau seien keine lumpigen 50 Millionen Mark vorhanden.**

Mieter! Allein aus der Mietszinssteuer werden jährlich 1½ Millionen Mark aufgebracht, aus dem Lohnabzug 1¼ Milliarde und dazu diese Provokation!

Damit ist eigentlich die Frage für jeden Mieter schon entschieden, wie er am 20. Juni zu stimmen hat.

Von welchem Standpunkt man auch die Forderungen der Fürsten betrachtet und prüft, ihre Forderungen sind in jeder Hinsicht unberechtigt und müssen einmütig abgelehnt werden.

Von gewisser Seite appelliert man an die Gutmütigkeit des Volkes. Man kann doch den armen Fürsten nicht alles fortnehmen, etwas muß man ihnen doch lassen, damit sie wenigstens leben können, deshalb muß der Gesetzentwurf abgelehnt werden. Wir sind auch für die Ablehnung der Forderung der Fürsten, aber eine angemessene Entschädigung muß man ihnen doch geben.

Die Leute, die so argumentieren, sind am gefährlichsten. Sie rechnen mit der Vergeßlichkeit, mit der Gutmütigkeit, mit der Unwissenheit des Volkes. Haben die Fürsten nicht schon genug beiseite geschafft? Ist es nicht allgemein bekannt, daß die Fürsten im In- und Ausland große Bankguthaben besitzen? Und auch an recht profitbringenden Unternehmungen beteiligt sind? Wir erinnern nur an den Braunschweiger Herzog von Cumberland, der erst vor einiger Zeit an den Provinzialverband Hannover 178 Gemälde für 900 000 Mark veräußert hat. Der Kaufvertrag, den dieser Braunschweiger mit dem Provinzialverband abgeschlossen hat, enthält folgenden, sehr bezeichnenden Absatz:

„Die Zahlung wird in englischen Pfund zum Mittelkurse der Berliner Börse an dem der Zahlung vorhergehenden Werktage an das Bankhaus Coutts & Co in London wegen der obersten Verwaltung des Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg zugunsten N. V. Handels-Maatschappij Pollux in Amsterdam geleistet."

Wenn Wilhelm II. nur zwei Monatsraten, also 100 000 Mark sparen würde, und sie mit 5 Prozent irgendwo anlegt, dann hat er in jedem Jahr 5000 Mark zu verzehren. Es gibt in Deutschland Hunderttausende von Familien, die mit viel viel weniger auskommen müssen.

Also fort mit dieser Gutmütigkeit! **Jeder Mieter muß sich einsetzen für die Enteignung der Fürsten und am 20. Juni mit Ja stimmen.**

P. Hopf.

Heute ist der letzte Tag

zur Beschaffung eines Stimmscheins. Wer am 20. Juni außerhalb Halles ist, muß sich noch heute einen Stimmschein besorgen in der Martinschule, Charlottenstraße.

Geschlossene Front gegen Fürsten und Reaktion

Gestern abend war der „Wintergarten" überfüllt. Das **Einheitskomitee zur Durchführung des Volksentscheides hatte** zu einer Versammlung aufgerufen, in der Rechtsanwalt Preuß, Mitglied des **Kuczynski-Ausschusses, Berlin,** über den Volksentscheid referierte. Die Versammlung war von zahlreichen **Arbeitern und Mittelständlern besucht, rote Frontkämpfer und Reichsbannermitglieder waren zahlreich vertreten, und die Versammlungsteilnehmer** bekundeten geschlossen, daß sie alles daransetzen werden, um die Enteignung der Fürsten durchzusetzen.

Im selben Hause tagte zu gleicher Zeit, wie sich herausstellte, **eine Mitgliederversammlung des Stahlhelms.** Aber von diesen Burschen hatte es keiner gewagt, die Volksentscheidsversammlung zu betreten, geschweige denn sich zur Diskussion zu melden. Sie wagten auch nicht, nach Schluß der Versammlung zu provozieren und blieben überhaupt unsichtbar. Ein neuer Beweis dafür, daß Großsprechertum und Feigheit immer gepaart sind.

Da der Redner, der von auswärts kam, verspätet eintraf, nahm Rechtsanwalt Wüst, der in Halle bürgerliche Sparer und Rentner vertritt und sich dem Einheitskomitee angeschlossen hat, das Wort. Er gab offen zu, früher Monarchist gewesen zu sein, jetzt aber durch die maßlosen und unsittlichen Ansprüche der Fürsten eine Lehre bekommen zu haben. Er gab ebenso unumwunden zu, daß er bei der Präsidentenwahl noch für Hindenburg eingetreten sei, betonte aber besonders den zahlreich anwesenden Bürgerlichen gegenüber, daß er Hindenburg nunmehr aufs schärfste ablehne, weil er sich gegen den Volksentscheid ausgesprochen habe, aber die Versprechungen gegenüber den Inflationsopfern gebrochen habe.

Der Hauptreferent des Abends, Rechtsanwalt Preuß, legte den Erschienenen vor allem dar, was erfolgen würde, wenn man den Gerichten der Republik die Möglichkeit geben würde, über die Fürstenabfindung zu befinden. Die Richter, welche diesem Sondergerichtshof angehören würden, seien von vornherein reaktionär und monarchistisch und würden den Fürsten noch mehr geben, wenn diese noch mehr verlangen würden. Und wenn von den Laienbeisitzern, welche der Kompromißentwurf für den Sondergerichtshof vorsieht, auch **nur ein einziger** dem Standpunkt der Berufsrichter beitritt, bekommen die Fürsten alles, was sie haben wollen. Diese Ausführungen zeigen, daß bis weit in nichtproletarische Kreise völlige Klarheit über den Charakter der deutschen Justiz herrscht, was besonders deutlich darin zum Ausdruck kam, daß auch Preuß die Haupttätigkeit des Staatsgerichtshofes in den Schreckensurteilen gegen Kommunisten sieht. Dieser Justiz darf die Fürstenfrage nicht überlassen werden, und auch darum gilt es, bis zum 20. Juni alle Kräfte anzuspannen, um den Sieg des Volksentscheides zu sichern.

In der Diskussion konnte es der unvermeidliche KPD.-Redner Bohne nicht über sich gewinnen, zu schweigen. Die Versammlung tat ihm den Gefallen, seinen vollkommen unpolitischen Ausführungen ruhig zuzuhören; nur an einer Stelle riß den Proleten die Geduld. Als Bohne behauptete, der Kapitalismus habe doch keinen Vogel, tönte es vielstimmig aus dem Saal: „Aber Du."

Als der aus der KPD. ausgeschlossene Springstubbe glaubte, vor demokratischen Illusionen warnen zu müssen, wurde ihm von dem folgenden Diskussionsredner, dem sozialdemokratischen Redakteur Deerberg, bewiesen, daß seine Art, zu polemisieren, völlig depleciert sei. Unter dem Beifall der Versammelten führte er dann aus: Der deutschnationale Pfarrer Traub hat am Mittwoch in Halle die fürstlichen Trojbuden dadurch gegen den Volksentscheid scharf gemacht, daß er die sich um den Volksentscheid rankenden Fragen auf die eine Formel brachte: „Für oder gegen Hindenburg!" Diese Formulierung ist im Wortlaut falsch, aber im Kern enthält sie viel Wahres. Es handelt sich bei dem Volksentscheid um eine geschichtliche Entscheidung ersten Ranges. War der 9. November 1918 der aus leidenschaftlicher Volksempörung geborene Sturm, der Throne umstürzte und die Dynastien verjagte, so wird von der kommenden Geschichtsschreibung der 20. Juni 1926 als der Akt bezeichnet werden müssen, durch den das deutsche Volk unter Führung des klassenbewußten Proletariats mit Bewußtsein und aus einem durch politische und ökonomische Erkenntnis geklärten Willen mit Vorsicht und Ueberlegung die letzten Reste des feudal-monarchistischen Systems in Deutschland beseitigte. Ungeheure Energien sind mobilisiert worden, **auch von den Gegnern des Volksentscheids,** denen es ja auch nicht um die von ihnen heuchlerisch in den Vordergrund gestellten Fragen des Rechts geht, **sondern die ganz genau wissen, daß die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürsten ihnen ihren ungeheuren Kriegsschatz raubt, aus dem sie ihre Revolution, die blutige Konterrevolution, finanzieren.** Sie sind auf alles und jedes gerüstet — außer über den 20. Juni hinaus. Die politischen Konsequenzen des Volksentscheids werden in erster Linie von der geschlossenen Front der Fürstenknechte gezogen werden. Staatsstreichdrohungen sind offiziell ergangen und die Rechtsparteien stehen geschlossen hinter diesen wahnwitzigen Plänen. An der sicheren Erwartung dieser letzten entscheidenden Auseinandersetzung um die politische Macht hat man in den Kreisen der Arbeiterschaft in den letzten Wochen **die Frage der proletarischen Einheitsfront** diskutiert.

Meine Partei, die SPD., hat durch ihre Führung leider die Diskussion abgelehnt und erklärt, diese Parole sei lediglich eine agitatorische Floskel, mit der man irgendwelche politischen Geschäfte zu machen beabsichtigt. Ich bin der festen Ueberzeugung — und spreche sie hier im Bewußtsein aller etwa eintretenden Konsequenzen aus —: wer heute angesichts der ungeheuren Bereitschaft der Reaktion für die Dinge am Tage nach der Entscheidung immer noch bei dieser falschen Charakterisierung der Einheitsfrontforderung bleibt, der handelt nicht nur törichtsondern auch gemeingefährlich fahrlässig.

Für den Sonntag müssen alle Kräfte mobilisiert werden, um den Volksentscheid zum Sieg zu führen — **aber die Kräfte der werktätigen Bevölkerung müssen auch bereit stehen für die Dinge am Tage nach der Entscheidung.** Die Initiative dazu liegt heute bei der Reaktion, wir sind in die Defensive gedrängt. Um in der Abwehrstellung brauchen wir die geschlossene proletarische Einheitsfront als den Damm, an dem sich die Wellen der monarchistischen Reaktion ohnmächtig brechen.

Auch der Vorsitzende der hallischen Jungdemokraten fand den aus der KPD. ausgeschlossenen Springstubbe belehrend, daß gerade die Kommunistische Partei sich am energischsten für die Durchführung des Volksentscheids einsetzt. Unter starkem Beifall der Versammelten stellte dieser Diskussionsredner fest, daß die hallischen Jungdemokraten die erste bürgerliche Jugendorganisation waren, die lange vor dem Volksbegehren sich für entschädigungslose Enteignung der Fürsten eingesetzt habe. Er gelobte, daß die hallischen Jungdemokraten gegen die geschlossene Front der Reaktion auch über den 20. Juni hinaus den Kampf gemeinsam mit den Hand- und Kopfarbeitern führen werden.

In seinem Schlußwort wies Rechtsanwalt Preuß darauf hin, daß die Kommunistische Partei die Urheberin des Volksentscheids gewesen ist, dem dann die Sozialdemokratische Partei und der Kuczynski-Ausschuß beigetreten wären. Rechtsanwalt Wüst appellierte nochmals an den Mittelstand, sich nicht durch den Terror rechts und die Methoden der Kirche von der Wahl fern halten zu lassen. Genosse Höfer gab zum Schluß unter starkem Beifall bekannt, daß Herr Busse es vorzieht, vor dem 20. Juni Halle zu verlassen. Er umriß nochmals kurz die Aufgabe des Einheitskomitees, das auch über den Volksentscheid hinaus gemeinsame Arbeit gegen den gemeinsamen Feind leisten werde.

Mit dem Gesang „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" nahm die imposante Kundgebung, die ein guter Schritt auf dem Wege zur Einheitsfront ist, ihren Abschluß.

*

Zur selben Zeit fand eine zweite

Versammlung im „Volkspark"

statt, die allerdings hinter der gewaltigen Massenversammlung am letzten Montag in der Besucherzahl zurückblieb. Der Reichstagsschriftsteller Dege (Zena), Mitglied der SPD., schilderte den Erschienenen in leicht verständlicher Weise, wo das sogenannte „Privateigentum" der Fürsten herstammt. Die Fürsten als Nachkommen früherer Raubritter, konnten ihren angeblichen Besitz nur durch ihre absolute Herrschaft in so ungeheurer Weise vermehren und was sie heute fordern, ist nichts anderes, als das Eigentum des gesamten Volkes, das von diesen Blutsaugern während der Dauer mehrerer Jahrhunderte bestohlen und betrogen wurde. Eingehend befaßte sich der Redner auch mit der Propaganda der Fürstenfreunde, die die krampfhaftesten Anstrengungen machen, der darbenden Masse das Letzte zu nehmen, um es einer Handvoll Fürsten in den Rachen zu werfen. Die Reaktion wird sich weit weniger um die finanziellen Interessen der ehemaligen Potentaten sorgen, wenn sie nicht befürchten müßten, daß mit dem Sieg des Volksentscheids auch ihre Vorrechtsgelüste einen erheblichen Knax oder sogar den Todesstoß erhalten würden. Zum Schluß forderte er die Erschienenen auf, **auch nach dem 20. Juni sich in dieser geschlossenen Front zu verharren,** da es dann auf den Willen der Massen ankommt, ob das durch 20 Millionen „Ja"-Stimmen angenommene Gesetz auch wirklich durchgeführt wird.

Die Ausführungen des Referenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Da sich Gegner trotz mehrmaliger Aufforderung nicht zum Wort meldeten, wurde die Versammlung nach einigen ermahnenden Worten, am Sonntag alle Kräfte anzuspannen, um dem arbeitenden Volke Milliardenwerte zu erhalten, frühzeitig geschlossen. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Viele Versammlungsteilnehmer begaben sich noch zum „Wintergarten", wo sie aber wegen Ueberfüllung keinen Einlaß mehr fanden.

Ein Fürsten-Schupo

der auf den hallischen Magistrat pfeift

(Arbeiterkorrespondenz)

Gestern nacht zwischen 11 und 12 Uhr beschäftigte sich ein Trupp Stahlhelmer damit, in der Merseburger Straße und einigen Nebenstraßen Plakate abzureißen, die für den Volksentscheid warben. Als die zur Versammlung im „Wintergarten" gewesenen Arbeiter zurückkamen, verschwanden sie spurlos. Von dieser Stahlhelmaktion hat natürlich der dort diensthabende Schupo nichts gemerkt. Der hatte ja auch keine Zeit dazu, denn er war selbst damit beschäftigt, Plakate und Zettel zu entfernen. Er wurde bei dieser Tätigkeit kurz nach 12 Uhr von einigen roten Frontkämpfern überrascht. Einer von ihnen stellte ihn in energischer Weise zur Rede, was jedoch bei diesem Fürstenknecht-Sipo nur zur Folge hatte, daß er vor den Augen der roten Frontkämpfer noch einen Zettel abriß. Er wurde darauf aufmerksam gemacht, daß nach einem Stadtverordnetenbeschluß der Magistrat das Anbringen von Plakaten an Häusern, wo es der Hauswirt gestattet, freigegeben hat. Da sagte dieser „republikanische" Staatsbeamte mit vor Erhabenheit geschwollener Brust:

„Ich pfeife auf den Magistrat!"

Wir fragen nun Herrn Oexle, ob er diesen Beamten, der auf den Magistrat pfeift, zur Rechenschaft zieht. Es ist für ihn gewiß ein leichtes, festzustellen, welcher Beamte um 12.10 Uhr Dienst gehabt hat in der Merseburger-, Dieskauer- und Raffineriestraße. Wir sind fest überzeugt, daß Herr Oexle, der bekanntlich ein sehr guter Demokrat ist, alles daransetzen wird, diesen schnoddrigen Schupobeamten, der so geringschätzig über den hallischen Magistrat spricht, zur Verantwortung zu ziehen. Oder etwa nicht, Herr Oexle?

Die Einwohnerzahl Halles

hat sich im Laufe des April 1926 trotz erheblicher Verschiebungen in einzelnen Gruppen kaum merklich vergrößert; gegenüber 194 [illegible] Personen für 1. Mai sind 194 995 Personen für 1. Juni 1926 [illegible] gestellt worden.

Besonders beachtenswert ist diesmal der Rückgang der Geburten, der aber erfreulicherweise durch einen fast gleichgroßen Rückgang der Sterbefälle in der einheimischen Bevölkerung fast [illegible] ausgeglichen wird. Statt 290 Lebendgeburten in der einheimischen Bevölkerung im Mai 1925 sind für Mai 1926 nur 265 verzeichnet worden, während gleichzeitig die Sterbefälle in der einheimischen Bevölkerung von 203 auf 182 zurückgingen.

Einen verhältnismäßig noch stärkeren Rückgang zeigen die Geburten und Sterbefälle der ortsfremden Bevölkerung in Halle: die Lebengeburten sind zwar nur von 63 Fällen auf 37 gesunken, die Sterbefälle aber von 80 auf 55 Fälle.

Stark gestiegen sind dafür die Eheschließungen, die von 140 im Mai 1925 auf 174 im Mai 1926 anschwollen.

Zu- und Fortzug haben uns auch im Mai 1926 keinen meßbaren Gewinn mehr gebracht. Auffallend ist der seit einigen Monaten regelmäßig stärkere Fortzug von weiblichen Personen gegenüber dem Zuzug. Auch verdient die Tatsache Beachtung, daß der Anteil der weiblichen Personen im Zu- und Fortzug, der früher höchstens ein Drittel der Wanderungen umfaßte, neuerdings auf fast die Hälfte derselben angestiegen ist. Es sind vor allem weibliche Familienangehörige (ohne Ehefrauen), deren Zu- und Fortzug in der letzten Zeit eine bemerkenswerte Stärke erreicht hat.

Von einer ausgesprochenen Gleichmäßigkeit in den Bevölkerungsvorgängen ist aber nichts zu bemerken; vielmehr schwanken die Vorgänge im Leben der hallischen Bevölkerung seit Wochen beinahe eben so planlos hin und her wie das Wetter in eben diesem Zeitraum.

Heute abend 6 Uhr treffen sich die Zellengruppen 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. bis 15.

Zur Schlangenpropaganda auf dem Weingärtenplatz **Alle Transparente und Plakate sind mitzubringen**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260618-19/fragment/page=0010

Achtung, Ortsgruppenvorsitzende!

Meldung der Wahlresultate

...e Wahlresultate müssen von jeder Ortsgruppe gleich nach Aus...ng der Stimmen der Bezirksleitung gemeldet werden. Es ...en dafür folgende Telephonnummern in Frage: 1473, 1045, ... und 2251.

...ldungen werden bis 12 Uhr nachts entgegengenommen.

BL., KPD., Org.-Abt'lg.

Einheitskomitee Halle

...e Mitglieder werden ersucht, zu der heute abend 8 Uhr im ...lkspark" stattfindenden Sitzung bestimmt zu erscheinen.

J. A.: K. Wallrodt.

Zum Volksentscheid über Enteignung der Fürstenvermögen

...Meldung des Abstimmungsergebnisses. — Das Stimmrecht für ...bahnbeamte in Grenzstationen außerhalb der Reichsgrenze.

...s einem Runderlaß des Preußischen Ministers des Innern an ...Ober- und Regierungspräsidenten, die Abstimmungsleiter und ...räte sowie die Stadt- und Landgemeinden teilt der „Amtliche ...sische Pressedienst" folgendes mit:

...der großen politischen Bedeutung, die dem Volksentscheid am ...Juni zukommt, ist es erwünscht, schon das vorläufige Ab...mungsergebnis auf seine verfassungsmäßigen Auswirkungen be...len zu können, d. h. vorbehaltlich der endgültigen Zahlen einen ...blick zu erhalten, ob der Gesetzentwurf die Zustimmung der ...heit der Stimmberechtigten gefunden hat oder nicht. Deshalb ...bei der Uebermittlung des Abstimmungsergebnisses am Abend ...Abstimmungstages von den Abstimmungsvorstehern, Gemeinde...den, unteren Verwaltungsbehörden und Abstimmungsleitern ...die Zahl der Stimmberechtigten gemeldet werden. Hierzu muß ...telt werden:

...die Zahl der in der Stimmliste eingetragenen Stimmberech...n (abzüglich derer, die einen Stimmschein erhalten haben) und ...die Zahl der Stimmberechtigten, die auf Grund von Stimm...en abgestimmt haben.

...de Zahlen werden in jedem Stimmbezirk vom Abstimmungs...nd ermittelt und in die Abstimmungsniederschrift eingetragen; ...sind sie bei der Meldung über das Abstimmungsergebnis ...zugeben.

...s Reichsgericht hat in einer Entscheidung vom 19. 3. 1926 fest...lt, daß die Reichsbahnbeamten mittelbare Reichsbeamte im ...rechtlichen Sinne und folglich hinsichtlich aller ihrer dienst...n Verrichtungen Beamte im Sinne des § 359 StGB. sind. ...ichts dieses reichsgerichtlichen Grundsatzes bestehen keine Be...n, die Reichsbahnbeamten als Staatsbeamte und die Arbeiter ...Reichsbahngesellschaft als Arbeiter in Staatsbetrieben im Sinne ...§ 11 Abs. 2 des Reichswahlgesetzes zu erachten. Beamte und ...ter der Reichsbahngesellschaft mit Wohnsitz im Ausland nahe ...Reichsgrenze und stimmberechtigte Angehörige ihres Hausstandes ...n daher zwecks Beteiligung am Volksentscheid in die Stimm...der Stimmkartei einer benachbarten deutschen Gemeinde ein...gen werden. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft wird die Be...n und Arbeiter der in Betracht kommenden Grenzstationen ...n verständigen lassen. Die Gemeindebehörden, die mit ...n Anträgen befaßt werden, haben zu prüfen, ob die Voraus...gen des Stimmrechts erfüllt sind und ob die Zugehörigkeit der ...steller zu dem fraglichen Betriebe dargetan ist.

Achtung, Krankenhausinsassen!

...e Insassen von Krankenhäusern und sonstigen Heilanstalten, ...örperlich nicht in der Lage sind, zum Wahllokal zu gehen, ...n unverzüglich ihren Aufenthaltsort, d. h. Krankenhaus oder ...ung, im „Klassenkampf", Lerchenfeldstraße 14, Zimmer 4, an...

Bewaffneter Faschistenaufmarsch in Belgern

Beteiligung einer Abteilung Reichswehr

...n Sonntag war Belgern Schauplatz eines Faschistenauf...es. Der „Verein ehemaliger Jäger und Schützen" feierte ...nweihe. Die Aufmachung zeigte uns, wie die Konterrevolu...rüstet. Von 2000 angekündigten Teilnehmern waren (wir ...n genau gezählt) etwas über 500 erschienen. Ehemalige ...iminische Offiziere in Uniform mit dem unvermeidlichen ...verladen hatten hauptsächlich die Führung. Außer Stahl...n, Wehrwolf, Schützen- und Kriegervereinen, welche zum Teil

...n Seitengewehren, Gewehren mit aufgepflanztem Bajonett und langen Säbeln bewaffnet

...nahm auch eine Abteilung Reichswehr mit umgeschnalltem ...gewehr teil. Man sah Wehrwölfe und Stahlhelmer mit ...Schießprügel auf der Schulter, ohne daß sie von der Polizei ...Waffenscheinen gefragt wurden.

...e Stadt Belgern hatte zu diesem Rummel einen sog. Ehren...gestiftet, wofür die Herren Stadtverordneten mit Ausnahme ...wei Kommunisten das Geld aus dem Stadtsäckel bewilligten. ...chämend für die Arbeiterklasse ist es, daß an diesem Rüsttag ...Konterrevolution leider auch Arbeiter teilnahmen, die sich ...chen Veranstaltungen mißbrauchen lassen. Auch ein führendes ...lied der Belgernschen Arbeiterradler hat sich Dinge erlaubt, zu ...er Arbeiter-Radfahrerverein unbedingt Stellung nehmen muß. ...beiter, Werktätige! Begegnet diesen Rüstungen zum Bürger...g damit, daß Ihr Euch zusammenschließt in der roten Front. ...damit der Reaktion nicht noch Geldmittel für ihr schändliches ...en in die Hände gespielt werden, stimmt am Sonntag beim ...entscheid alle mit „Ja", nach der Parole:

Keinen Pfennig den Fürsten!

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Sonnabend, dem 19. Juni, abends 8 Uhr, im Hotel „Stadt ...en", Martinstr. 10, findet unsere fällige Mitgliederversamm...ung statt. Referent zur Stelle. Da wir anschließend Unterhal...musik vorgesehen haben, laden wir Freunde und Gönner ein. ...tionäre treffen sich um 7 Uhr dortselbst.

Die „Klassenkampf"-Rechtsauskunftstelle

...n den Wochentagen von 3 bis 7 Uhr, Sonnabends von ...bis 2 Uhr geöffnet. Schriftlichen Anfragen ist eine ...bühr von 10 Pf. sowie Rückporto von 10 Pf. beizulegen. ...Anfertigung von Anträgen, Klagen usw. ist eine Gebühr von ...zu zahlen. Anfragen, die Gebühr und Rückporto nicht ent...en, werden nicht beantwortet.

...Klassenkampf"-Rechtsauskunftstelle Halle, Lerchenfeldstraße 14.

An alle Besitzer von Autos,

...e gewillt sind, am 20. Juni ihren Kraftwagen kostenlos im ...teresse des Volksentscheids zur Verfügung zu stellen, ergeht die

Aufforderung

...schnellstens unter Angabe ihrer Adresse im „Klassenkampf", ...chenfeldstraße 14, Zimmer Nr. 4, zu melden. Es kommen ...sonen- und Lastwagen zur Beförderung von Kranken zum Wahllokal in Frage.

* Proletarische Tribüne. Zur Ausstaffierung des von uns gestellten Propagandawagens für die Fürstenenteignung zur Sonnabenddemonstration, treffen sich die hierzu bestimmten Mitglieder morgen, Sonnabend, früh pünktlich um 9 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft. Die bestimmten Darsteilergruppen müssen spätestens nachmittags um 5 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft sein. Alle übrigen Mitglieder treffen sich zwecks Teilnahme an der Demonstration zwischen 6 und 6½ Uhr auf dem Roßplatz. Am Sonntag müssen sich alle Genossen am Schlepperdienst beteiligen und sich den Agitationslokalen ihrer Zellengruppe zur Verfügung stellen. — Montag abend pünktlich 8 Uhr im „Volkspark" Musikübungsstunde.

Achtung, Demonstrationsteilnehmer am Sonnabend, dem 19. Juni!

Das Massenmeeting mit anschließender Demonstration am Sonnabendabend 7½ Uhr auf dem Roßplatz muß ein machtvoller Aufmarsch der gesamten hallischen Arbeiterschaft werden. Die Fürstenknechte müssen durch diesen Massenaufmarsch den Beweis bekommen, daß in Halle am Sonntag die Hand- und Kopfarbeiterschaft geschlossen für die Enteignung der Fürsten an die Wahlurne tritt. Die Demonstration wird gleichzeitig bei eintretender Dunkelheit zu einem Fackelzug gestaltet. Um allen Teilnehmern schon vorher die Möglichkeit zum Fackelkauf zu geben, richten wir für die einzelnen Stadtteile Vorverkaufsstellen ein, und zwar:

Norden: „Volkspark", Burgstraße.
Osten: Lohse, Dessauer Straße.
Zentrum: „Goldene Kette", Alter Markt.
Westen: Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstr. 14, Zimmer 4.
Süden: „Loests Hof", Freundlieb, Merseburger Straße.

Die Fackeln werden ab Sonnabend vormittag 10 Uhr in den vorgenannten Verkaufsstellen zum Preise von 60 Pf. abgegeben. Wir ersuchen deshalb, um einen unnötigen Andrang am Verkaufsstand Roßplatz zu vermeiden, von diesem Vorverkauf reichlich Gebrauch zu machen. Die Demonstration mit dem Flammenmeer der Fackeln soll der letzte Auftakt werden zum guten Gelingen der Abstimmung für Halle. Deshalb ergeht an alle Genossen, Kameraden, an alle Freunde des Volksentscheids die Aufforderung:

Beteiligt Euch an der Demonstration, beweist durch Euren Massenaufmarsch, daß Ihr den festen Willen habt, den schwarzweißroten Fürstenknechten am Sonntag eine vernichtende Niederlage zu bereiten.

An alle Mitglieder des Roten Frauen- und Mädchenbundes

Alle Genossinnen nehmen morgen, Sonnabend, an dem Massenmeeting für den Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten auf dem Roßplatz, abends 7 Uhr, teil. Die Pflicht aller Genossinnen ist es, darüber hinaus alle Arbeiterfrauen für diese Kundgebung zu mobilisieren. An dem anschließenden Fackelzug beteiligen wir uns ebenfalls geschlossen. Die Genossinnen werden hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß die Fackeln bereits vom Sonnabendvormittag 10 Uhr an in den bekannten Lokalen der Werbebezirke gekauft werden können, und zwar zum Preise von 60 Pfennig pro Stück. Die Fackeln müssen möglichst vorher gekauft werden, damit der Andrang am Abend auf dem Roßplatz nicht so groß wird.

Wir erwarten das vollzählige Erscheinen aller Genossinnen.

Die Leitung des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes.

Achtung, Zellengruppenleiter von Halle!

Für die heute, Freitag, abend 9 Uhr in den Agitationslokalen stattfindenden Einteilungsarbeiten machen wir den Zellengruppenleitern zur Pflicht, die nachstehenden Wahllokale zu besetzen:

Süden:

Zellengruppe 1: Wahlbezirkslokal 69, 70, 76, 82, 83.
Zellengruppe 2: Wahlbezirkslokal 78, 79, 80, 81.
Zellengruppe 3: Wahlbezirkslokal 68, 71, 72, 73.
Zellengruppe 4: Wahlbezirkslokal 55, 77, 75, 74.

Westen:

Zellengruppe 11: Wahlbezirkslokal 60, 62, 63, 64, 65, 67.
Zellengruppe 12: Wahlbezirkslokal 58, 59, 61, 66.
Zellengruppe 13: Wahlbezirkslokal 43, 44, 45, 47.

Zentrum:

Zellengruppe 14: Wahlbezirkslokal 40, 41, 46, 48, 49, 56, 57.
Zellengruppe 15: Wahlbezirkslokal 29, 30, 31, 32, 33, 42, 17, 18, 19, 20, 22.

Osten:

Zellengruppe 8: Wahlbezirkslokal 34, 35, 36, 37.
Zellengruppe 9: Wahlbezirkslokal 38, 39, 50, 51.
Zellengruppe 10: Wahlbezirkslokal 21, 23, 24, 25, 26, 27, 28.
Zellengruppe 5: Wahlbezirkslokal 52, 53, 54.

Norden:

Zellengruppe 16: Wahlbezirkslokal 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16.
Zellengruppe 17: Wahlbezirkslokal 5, 6.
Zellengruppe 18: Wahlbezirkslokal 1, 2, 3.

Es kommen für jedes Lokal zwei Kontrolleure in Frage und ein Plakatträger. Außerdem für jedes Lokal zwei Genossen, die mit vor dem Ausgang zu stehen haben. Die notwendige Ablösung ist gleichfalls einzuteilen.

Genossen, wir erwarten, daß Ihr nach dem festgelegten Plan mit Unterstützung der RFB.-Kameraden die Besetzung der Wahllokale vornehmt.

Agitationslokale für Halle

Süden:

Loest's Hof, Freundlieb, Merseburger Straße
„Dreibund", Dryanderstraße
Köhler, Dieskauer Straße

Osten:

„Braustübl", Freiimfelderstraße
„Gesellschaftshaus", Diemitz
Lohse, Dessauer Straße
„Gemütlicher Fritz", Kleine Brauhausstraße
„Turnerschlößchen", Grünstraße.

Westen:

„Fröhlicher Zecher", Torstraße
Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße
Rappicka, Mansfelder Straße

Mitte:

„Goldene Kette", Alter Markt
Köppchen, Unterberg
„Schützei", Kleine Ulrichstraße

Norden:

„Volkspark", Burgstraße
„Lindenhof", Cröllwitz
„Reichsadler", Trotha

...mmendorf

Letzter Appell! Heute, Freitag, abend ½8 Uhr findet auf dem Schillerplatz eine öffentliche Volksentscheidsversammlung mit anschließendem Fackelzug statt. Die Arbeitersportler treten ¾7 Uhr am „Dreierhaus" an. Abmarsch 7 Uhr nach dem Schillerplatz. Der RFB. tritt um ¾7 Uhr in Beesen an. Abmarsch 7 Uhr nach dem Schillerplatz. Gleichzeitig fordern wir hiermit auf, daß sämtliche Wähler möglichst die Vormittagsstunden am Sonntag benutzen.

Der Arbeitsausschuß zur Durchführung des Volksentscheides.

Aus der Jugendbewegung

An alle Mitglieder der Kommunistischen Jugend!

Genossen! Sonntag ist die letzte Möglichkeit, dem Volksentscheid zum Sieg zu verhelfen. Tut alle Eure Pflicht. Erscheint Sonntag früh ½9 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft. Jugendgenossen, die Partei ruft. Seid alle bereit. Ortsvorstand.

JSB. Ortsgruppe Halle

Heute Demonstration für den Volksentscheid. Die gesamte Ortsgruppe trifft sich um 6 Uhr an der Produktiv-Genossenschaft.

Keiner darf heute fehlen! Spielmannszug pünktlich um 6 Uhr Antreten. Wer nicht erscheint, scheidet aus dem Spielmannszug aus.

Sonnabend, nachmittags ½3 Uhr, große Funktionärsitzung in der Produktiv-Genossenschaft. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Sonnabend 6 Uhr treffen wir uns auf dem Hallmarkt zur großen Demonstration der Partei. Fackeln zum Preise von 50 Pf. sind daselbst zu haben.

Arbeiter-Sport

Aufruf des Arbeitersportkartells

An alle Arbeitersportler!

Am Sonntagmorgen ½7 Uhr treffen sich alle Sportler, soweit sie nicht von den Parteien zur Bewältigung der Wahlarbeit beschäftigt sind, auf dem Melanchthonplatz. Die Spielmannszüge der Fichte und Schwimmer treten geschlossen an. Ich erwarte, daß sich sämtliche Sportler daran beteiligen. Kinder sowie Sportlerinnen nehmen nicht daran teil.

Ferner werden sämtliche Sportgenossen zum Demonstrationsumzug am Sonnabend, dem 19. Juni, ½8 Uhr abends, auf dem Roßplatz antreten. Die Spielmannszüge sind zur Stelle.

J. A.: K. Oertel.

Der Umzug am Sonntagmorgen bewegt sich durch folgende Straßen: Beesener Straße, Cansteinstraße, Ludwigstraße, Röpziger Straße, Wegscheiderstraße, 5. Vereinsstraße, Wörmlitzer Straße, Wolfstraße, Beesener Straße, Wolfstraße, Liebenauer Straße, Lange Straße, Glauchaer Straße, Herrenstraße, Kuttelhof, Spitze, Dreyhauptstraße, Hackebornstraße, Oleariusstraße, Kleine Ulrichstraße, Alte Promenade, Große Wallstraße, Breite Straße, Laurentiusstraße, Hermannstraße, Wettiner Straße, Richard-Wagner-Straße, Eichendorffstraße, Ziethenstraße, Seydlitzstraße, Leopoldstraße, Friedenstraße, Wittekindstraße, Seebener Straße, Burgstraße, Neuwerk, Robert-Franz-Straße, Dreyhauptstraße, Mittelwache, Steg, Bertramstraße, Rannischer Platz, Beesener Straße, Melanchthonplatz.

Anfang ½7 Uhr, Ende 9½ Uhr.

Vereinsmitteilungen

Achtung, Spielleute von Fichte und Schwimmer!

Zu dem am Sonnabend, dem 19. Juni, stattfindenden Massenmeeting mit anschließender Demonstration treten die Spielleute geschlossen abends ½8 Uhr auf dem Roßplatz an. Anzug: Zivil. Gleichzeitig steht der Spielmannszug zur Volksentscheidspropaganda am Sonntag, dem 20. Juni, vormittags ½7 Uhr, auf dem

Arbeitersportler!

Beteiligt Euch heute, Freitag, und morgen, Sonnabend, alle an den Arbeiten zum Volksentscheid!

Jegliche sportliche Veranstaltungen haben an diesen beiden letzten Abenden zu unterbleiben! Andernfalls sind diese als Sabotageakte zu betrachten.

Freitag abend großer Schlangenpropagandaumzug durch die Stadt, Sonnabend abend Massenmeeting auf dem Roßplatz mit anschließendem Fackelzug!

Alles antreten zur Arbeit zum Volksentscheid!

Melanchthon-Platz, Beesener Straße. Anzug: weiß. Der gesamten Mitgliedschaft beider Vereine machen wir es zur Pflicht, am Sonnabend und Sonntag bei der Agitation und Propaganda für den Volksentscheid restlos anzutreten. Für Sportler kommt am Sonnabend Zivil, am Sonntag weißes Hemd und schwarze Hose, für Schwimmer blauer Anzug in Frage. J. A.: Hennicke.

Freitag, den 18. Juni, abends 7 Uhr, auf dem Sandanger

Viktoria 1. — VfB. Lettin 1.

Beide Mannschaften haben sich fast ein Jahr nicht gegenübergestanden. Die Spiele beider Mannschaften waren von jeher spannende Kämpfe. Deshalb kann man guten Sport erwarten.

HFC. Viktoria 08. Am Sonnabend, dem 19. Juni, findet die fällige Jugendversammlung um ½9 Uhr im Vereinslokal „Eisbörse" statt. Da der Bezirksjugendleiter Sportgenosse Mertins in dieser Versammlung anwesend ist, haben sämtliche Jugendmitglieder und der Jugendausschuß zu erscheinen.

Ballspielklub Giebichenstein

Großes Sportvergnügen

Am Sonnabend, dem 19. Juni, im Flugplatz-Kasino.

Anfang 7 Uhr. Ende ?

Sportbrüder 1. hat zum Sonnabend sich einem spielstarken Gegner, und zwar Cröllwitz 1., verpflichtet. Die Spielstärke von Cröllwitz ist hinreichend bekannt. Die erzielten Resultate der letzten Zeit beweisen ihr Können ohnegleichen. Sportbrüder wagen mit Cr. viel und werden wohl das Nachsehen haben. Das letzte Mal

Großes Fußballspiel

Sonnabend, den 18. Juni, abends ½7 Uhr, auf dem Sandanger

Sportbrüder 1. — Cröllwitz 1.

spielten beide Mannschaften 3 : 1 für Cröllwitz. Sportbrüder müssen auf der Hut sein, um nicht so abzuschneiden wie am letzten Freitag gegen Giebichenstein. Das Spiel wird aber doch wie bisher eine Anzahl Anhänger nach dem Sandanger locken, noch dazu am Sonntag, dem 20. Juni, Spielverbot besteht. Das Spiel beginnt ½7 Uhr, so daß auch den in Leuna arbeitenden Genossen Gelegenheit gegeben ist, sich dieses interessante Spiel anzusehen.

Naumburg. Die anläßlich der Reichs-Arbeiter-Sportwoche für Sonnabend abend angesetzten Fußballspiele finden nicht statt. Sämtliche Arbeitersportler treten abends 6 Uhr auf der Vogelwiese an zum Demonstrationsumzug.

Die Freie Turn- und Sportvereinigung Bitterfeld 03 sucht zum 27. Juni zu ihrem Turn- und Sportfest einen erstklassigen Gegner. Angebote mit Bedingungen werden schnellstens erbeten an Herm. Pahl, 1. Spielleiter, Bitterfeld, Güterbahnhofstr. 1.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

...nossen, vergeßt nicht die Demonstrationen und Versammlungen mit großzügigen Sammelaktionen zu verbinden!

Schickt sofort die gesammelten Gelder ab! Wahlpulver tut not!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260618-19/fragment/page=0011

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Gämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 8 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 8287

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Alle Genossen des Wohnbezirks der Zellengruppe 5 haben sich am Freitagabend 8 Uhr im „Braustübl" zwecks Einteilung zur Sonntagswahlarbeit einzufinden.
Zellengruppe 6. Die Genossen stellen sich den Straßenzellen zur Verfügung.
Zellengruppe 8. Agitationslokal: „Turnerschlößchen", Grünstraße.
Wettin. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Stern". Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Karl Lüttich, Halle.
Kleinkugel. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Walter, Halle.
Rothenburg. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Schwenkhammer, Halle.
Beesedau. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Ortmann. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Schneidewind.
Reideburg. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, in der „Nachtigall". Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Drescher, Halle.
Diemitz. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus". Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Lehnert, Halle.
Ammendorf. Oeffentliche Volksversammlung auf dem Schillerplatz Freitag, den 18. Juni, abends ½8 Uhr. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Zscherben. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Paul Drescher, Halle.
Trebitz bei Könnern. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Ref. Gen. Frieda Lehmann, Halle.
Könnern. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Paul Schneidewind, Halle.
Dölau. Heute abend 8 Uhr bei Richter **wichtige Mitgliederversammlung.** Alle müssen erscheinen.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Lützen. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Hans Höcker, Halle.
Möckerling. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent der Unterbezirksleitung ist anwesend.
Querfurt. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, in der „Tanne". Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Lademann, Halle.
Soddala. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Grünen Hof". Thema: Volksentscheid. Referentin Genossin Rasch, Halle.
Allranstädt. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Bodin. Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Ernst Pfundt, Halle.
Starsiedel. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gemeindegasthof. Thema: Volksentscheid. Referent der Unterbezirksleitung ist anwesend.
Merseburg. Demonstration am Freitag, dem 18. Juni, abends ¾8 Uhr. Antreten auf dem Rulandplatz. Alle Genossen und Genossinnen beteiligen sich geschlossen.
Mücheln. Sonnabend, den 19. Juni, abends 7½ Uhr, Antreten aller Parteigenossinnen und -genossen zum Propagandaumzug durch die Ortschaften der näheren Umgebung von Mücheln. Die Teilnahme aller ist Parteipflicht.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Klostermansfeld. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal „Hohenzollern". Thema: Volksentscheid. Referent der UBL. anwesend.
Oberröblingen. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, auf dem Schulplatz. Thema: Volksentscheid. Referent der UBL. ist anwesend.
Breitungen. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal „Zum grünen Zweig". Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Fritz Kroh, Halle.
Helfta. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Lessig, Eisleben.
Hettstedt. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Hohenzollernpark". Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Ziegelroda. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Gröbel. Thema: Volksentscheid. Referent der Unterbezirksleitung ist anwesend.
Eisleben. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Goldenen Ring". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Lessig, Eisleben.
Holleben-Beuchlitz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, im Gasthof Schubert. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Bowitzki, Passendorf.
Bennstedt. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, im Gasthof Biedermann. Thema: Volksentscheid. Referentin Gen. Aenne Schumann, Halle.
Tilleda. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, im „Deutschen Kaiser". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Schröter, Kelbra.
Kelbra. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, in der „Sängerhalle". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Kroh, Halle.
Rohla. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Preußischen Hof". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Riebenstahl, Halle.
Ermsleben. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Kilian, Halle.
Heiligenthal. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, in Richters Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent der Unterbezirksleitung ist anwesend.
Großosterhausen. Oeffentliche Volksversammlung Donnerstag, 17. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Walter. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Wettelrode. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, in der Gemeindeschenke. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Otto König, Unterröblingen.
Großleinungen. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Ratskeller". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Blaß, Sangerhausen.
Mohrungen. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Paul Müller, Eisleben.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Sandersdorf. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Winkler. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Müller, Bitterfeld.
Greppin. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Schmidt. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Vogel, Halle.
Wittenberg. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus". Thema: Volksentscheid. Ref.: Gen. Irmgard Rasch, Halle.
Piesteritz. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus". Thema: Volksentscheid. Referent der Bezirksleitung anwesend.
Dobien. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Luther. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Behnke, Wittenberg.
Brehna. Generalversammlung am Freitag, dem 18. Juni, abends 8 Uhr, in der „Erholung". Es ist Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen.
Baracke der Sprengstoffwerke Reinsdorf. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, den 18. Juni, abends 8 Uhr. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Bode.
Elster. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Anker". Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Rogg.
Zahna. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Ratskeller". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Höcker, Halle.
Pratau. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Göricke. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Steitz, Halle.
Graßwig. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur guten Quelle". Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Bitterfeld. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus". Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Müller, Bitterfeld.
Reinsdorf. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, in der Obstweinschänke. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Schwarzkopf.

Unterbezirk Delitzsch

Landsberg. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Härtel, Halle.
Schladitz, Körnlitz, Lössen, Wölteritz. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, den 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof zu Schladitz. Thema: Volksentscheid. Ref.: Gen. Geithe, Delitzsch.
Delitzsch. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Lindenhof". Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Merker, M. d. L., Berlin.
Paupitzsch. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Teutschbein. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Baumgärtel, Halle.
Klitzschmar, Peterwitz. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Pabst, Delitzsch.
Mensdorf. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Michaelis, Eilenburg.
Lanitz. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent der UBL. ist anwesend.
Eilenburg. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Schröter, Halle.
Queis. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Jahn, Landsberg.
Löbnitz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Baumgärtel, Halle.
Werben. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Hermann Gebhardt, Delitzsch.
Limehna. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Michaelis, Eilenburg.
Delitzsch. Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" Zusammenkunft aller Betriebs- und Straßenzellen zur Verteilung der Arbeiten am Wahlsonntag.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Elsterwerda. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus". Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Sachs, Halle.
Liebenwerda. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, in der „Kaiserkrone". Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Kilian, Halle.
Dolsthaida. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Klaus, Halle.
Sitzenroda. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Hermann. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Holzweißig, Torgau.
Zinna. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, auf dem Dorfplatz. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Kirske.
Annaburg. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten". Thema: Volksentscheid. Ref.: Gen. Frieda Lehmann, Halle.
Zeckritz-Zschackau. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Fichtenberg. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Seitz, Elsterwerda.
Großtreben. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Nette, Halle.
Langenreichenbach. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Frohjahn, Torgau.
Richtewitz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Bergmann. Thema: Volksentscheid. Referent Genossin Voigt, Torgau.
Schweinitz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Lehmann, Zahna.
Belgern. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, im „Trompeterschlößchen". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Lüttich, Halle.
Reiden. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Kierske, Torgau.
Torgau. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Merker, Berlin.
Gorden. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Ratibor. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Naumann, Mühlberg.
Gräfendorf. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referentin Genossin Ida Vogt, Torgau.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Roßbach. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Weintal". Thema: Volksentscheid. Ref.: Gen. Kramer, Naumburg.
Bad Kösen. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Post". Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Neubert, Naumburg.
Lengefeld. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Fickert, Naumburg.
Thesau. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent der Unterbezirksleitung ist anwesend.
Granschütz. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Sachsenhof". Thema: Volksentscheid. Referent der Unterbezirksleitung anwesend.
Bergsdorf. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent der Unterbezirksleitung anwesend.
Leißling. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Grunert. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. König, Weißenfels.
Deuben. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Bauer. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Plöttner, Weißenfels.
Beigstädt. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Rose". Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Meißner.
Eckartsberga. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Ratskeller". Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Scheibner, Weißenfels.
Hohenmölsen. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Preußischen Hof". Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Paul Schüffler.
Rössuln. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Hillert. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. Arnim Schüffler.
Siredau. Die Genossen der KPD. sowie des RFB. haben sich am Sonntagfrüh zum Werbeumzug in der Trebnitzer Bahnhofstraße einzufinden. Abmarsch ½6 Uhr.
Teuchern. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Schröter, Zeitz.
Flemmingen. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Erholung". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Neubert, Naumburg.
Schellsitz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Kramer, Naumburg.
Freiburg. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, auf dem Marktplatz. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Fickert, Naumburg.
Rippicha. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent der Unterbezirksleitung ist anwesend.
Naundorf. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Geißler. Thema: Volksentscheid. Referent der Unterbezirksleitung ist anwesend.
Laucha. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Beuthan, Weißenfels.
Kretschau. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Tögel. Thema: Volksentscheid. Referent der Unterbezirksleitung ist anwesend.
Gladitz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Theil. Thema: Volksentscheid. Referent der Unterbezirksleitung ist anwesend.
Weißenfels. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 7 Uhr, auf dem Markt. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Scheibner.
Nebra a. U. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Preußischen Hof". Thema: Volksentscheid. Ref. Gen. Plöttner, Weißenfels.
Zeitz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 6 Uhr, unter freiem Himmel mit vorheriger Demonstration. Thema: Volksentscheid. Referentin Genossin Hedwig Krüger, Halle.
Schkauditz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, in Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Raba. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Hoesteiz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends ½8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Dronßig. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Adler". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Meißner, Weißenfels.
Rehmsdorf. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Gerhardt. Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Hahnemann, Zeitz.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S.
Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Bis zum 20. Juni: Teilnahme an den Arbeiten zum Volksentscheid!

An alle Mitglieder der Kommunistischen Jugend, Ortsgruppe Halle!
Genossen! Sonntag ist die letzte Möglichkeit, den Volksentscheid zum Siege zu verhelfen. Tut alle Eure Pflicht. Erscheint Sonntag ½9 Uhr früh in der Produktiv-Genossenschaft. Jeder muß mithelfen, um den Sieg zu erringen.
Ortsvorstand des KJVD.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Freitag, ½7 Uhr Produktiv-Genossenschaft Treffen **aller Genossen zum Propagandaumzug. Musikspieler,** erscheint vollzählig!
Sonnabend 6 Uhr am Hallmarkt Treffen aller **Mitglieder zur Teilnahme an dem Meeting der Partei. Jeder muß unbedingt und pünktlich erscheinen. Fackeln** sind daselbst zu haben.
Sonntag abend ½8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Unterhaltungsabend. Verkünndigung der Resultate vom Volksentscheid. **Musikspieler müssen alle erscheinen.**
Montag von 7 bis 10 Uhr Musikgruppe im Heim Musikübungsstunde.
Ammendorf. Freitag, den 18. Juni, trifft sich die gesamte Ortsgruppe pünktlich ½7 Uhr in Beesen zur Demonstration.
Ammendorf. Sonntag, den 20. Juni, vormittags 8 Uhr, muß alles an den bekannten Wahllokalen sein.
Die Ortsgruppen Modelwitz, Seeben, Dölau und Schkeuditz **müssen sofort ihre** Mai-Berichtbogen an die Bezirksleitung einsenden!

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Sonntag, den 20. Juni, früh 8 Uhr, trifft sich die Ortsgruppe an der Buchhandlung zur Teilnahme an der Arbeit zum Volksentscheid.

Unterbezirk Wittenberg

Wittenberg. Sonnabend, den 19. Juni, Beteiligung am Propagandaumzug.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Freitag, 18. Juni, abends ½8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Thema: Technisches zum Volksentscheid. Alles muß erscheinen.
Weißenfels. Sonntag, den 20. Juni, früh ½8 Uhr, Treffen zur Arbeit zum Volksentscheid. Genossen, es geht um den Sieg des arbeitenden Volkes. Erscheint restlos.

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. Freitag, den 18. Juni, Treffen ¾8 Uhr im Jugendheim zur Probe.
Zeitz. Sonnabend, den 19. Juni, Sonnenwendfeier.
Zeitz. Sonntag, den 20. Juni, Arbeit zum Volksentscheid.
Zeitz. Von jetzt an werden die Beiträge in den Gruppenabenden abgeliefert. In Zukunft beginnen unsere Veranstaltungen um ½8 Uhr. Alle Mitglieder müssen sich hiernach richten.
Zeitz. Unsere Gruppenabende finden jeden Dienstag und Freitag statt.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg
Halle a. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Bezirk Halle-Merseburg

Pioniere, spart für Eure Ferienwanderungen. Einzahlungen beim Leiter.
Heute Demonstration für den Volksentscheid. Die gesamte Ortsgruppe trifft sich um 6 Uhr an der Produktiv-Genossenschaft. Keiner darf heute fehlen!
Spielmannszug pünktlich um 6 Uhr Antreten. Wer nicht erscheint, scheidet aus dem Spielmannszug aus.
Sonnabend nachmittag ½3 Uhr große Funktionärsitzung in der Produktiv-Genossenschaft. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.
Sonnabend 6 Uhr treffen wir uns auf dem Hallmarkt zur großen Demonstration der Partei. Fackeln zum Preise von 50 Pf. sind daselbst zu haben.
Ammendorf. Freitag ½5 Uhr im Restaurant „Zur Post" Gesangsnachmittag und Ferienfrage.
Ammendorf. Sonntag Beteiligung am Volksentscheid. Vormittags 8 Uhr Treffen im Heim.
Zeitz. Sonnabend Beteiligung an der Demonstration und Sonnenwendfeier der Freidenker.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27

(Volkspark) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung.

Geöffnet Dienstag und Donnerstag, abends 6 bis 8 Uhr
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44

Oeffentliche Steuermahnung

Die am 15. Juni 1926 fällig gewordenen staatlichen Steuern vom Grundvermögen, Gemeindegrundsteuern, Hauszinssteuern sowie Kanalbenutzungs- und Fäkaliengebühren sind, soweit sie nicht über diesen Zeitpunkt hinaus gestundet sind, nunmehr bis zum 22. Juni d. J. ohne Berechnung von Verzugszuschlägen und vom 23. Juni bis 3. Juli d. J. unter Hinzurechnung der Verzugszuschläge an die städtische Steuerkasse zu entrichten.

Die am 15. April d. J. fällig gewesenen Hundesteuern für April, Juni 1926 sind, soweit sie nicht gestundet sind, bis zum 19. Juni d. J. an die städtische Steuerkasse zu entrichten.

Die Verzugszuschläge betragen für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen halben Monat ¾ v. H. des rückständigen Betrages.

Die Hundesteuern für April, Juni 1926 werden vom 21. Juni d. J. an und die in Absatz 1 bezeichneten Steuern vom 5. Juli d. J. an im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen werden. Zahlungen können dann nur noch an die städtischen Vollziehungsbeamten, Rathausstraße 3, Erdgeschoß, rechts (Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitag 5 bis 6 Uhr nachmittags, Mittwochs und Sonnabends 12 bis 1 Uhr mittags) unter Hinzurechnung der Verzugszuschläge und Pfändungsgebühren geleistet werden.

Eine Behändigung von Mahnzetteln findet nicht statt. 2310

Halle, den 15. Juni 1926. **Der Magistrat.**

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 1. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon [illegible]
Alle Kameraden beteiligen sich restlos an den am 20. Juni zu erledigenden Arbeiten für den Volksentscheid. Alle anderen Veranstaltungen an diesem Tage fallen aus und werden nicht veröffentlicht.

Untergau Halle-Saalkreis

Freitag, den 18. Juni, tritt die Gesamtmitgliedschaft zur Straßenpropaganda wie folgt an:
Bezirk 1 (Osten) abends 6 Uhr Weingärtenplatz,
Bezirk 2 (Süden) abends 6 Uhr Weingärtenplatz,
Bezirk 3 (Westen) abends 6 Uhr Weingärtenplatz,
Bezirk 5 (Zentrum) abends 6 Uhr Weingärtenplatz,
Bezirk 4 (Norden) abends ½7 Uhr Wettiner Platz.
Spielleute bei den zugeteilten Bezirken.
Jungfront bei den Bezirken.
Nach der Propaganda, abends 9 Uhr, in allen Bezirken Bezirkspflichtversammlungen. Kameraden, die wegen Arbeitsverhinderung nicht an der Demonstration teilnehmen, finden sich bestimmt in ihrem Bezirkslokal zur Versammlung ein.

Am Sonnabend, dem 19. Juni, nehmen alle Kameraden des RFB. und der Roten Jungfront an der Demonstration mit Fackelzug teil. Marschanzug. Antreten wie folgt:
Bezirk 1 (Osten) 7 Uhr abends Hollystraße,
Bezirk 2 (Süden) ½7 Uhr abends Johannisplatz,
Bezirk 3 (Westen) ½7 Uhr abends Weingärten,
Bezirk 4 Norden) ¾7 Uhr abends Wettiner Platz,
Bezirk 5 (Zentrum) ½7 Uhr abends Paradeplatz.
Spielleute bei den Bezirken.
Musikkapelle 7 Uhr abends Hollystraße (Roßplatz).
Jungfront ¾7 Uhr abends Friedrichsplatz.
Beachtet morgen die Anweisungen im lokalen Teil.

Ammendorf. Freitag, den 18. Juni, abends 7 Uhr, Antreten der gesamten Ortsgruppe am „Deutschen Haus" in Beesen zur Demonstration.
Ammendorf. Sonnabend, den 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen" Pflichtversammlung. Alles hat zu erscheinen.
Dölau. Freitag, den 18. Juni, abends 8 Uhr, bei Richter Mitgliederversammlung. Neue Mitglieder werden dort aufgenommen.

Jungfront

Heute, Freitag, abend nach Schluß der Demonstration alles nach den Bezirkslokalen der Altersmannschaft.
Am Sonnabend beteiligt sich die gesamte Mitgliedschaft am Fackelzug. Antreten ¾7 Uhr Friedrichsplatz, nicht bei den Bezirken.

Untergau Schkenditz

Radefeld. Sonnabend, den 19. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Alles hat zu erscheinen.

Untergau Merseburg

Querfurt. Sonnabend, den 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus" Theater Mitgliederversammlung.
Mücheln. Sonntag abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus Vollversammlung. Alles hat zu erscheinen.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Sonnabend, den 19. Juni, abends 7 Uhr, findet in Unterröblingen eine Untergaukonferenz statt. Sämtliche Ortsgruppen haben Delegierte zu entsenden. Nicht anwesende Ortsgruppen werden zur Rechenschaft gezogen.

Untergau Sangerhausen

Artern. Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Goethehaus Mitgliederversammlung.
Artern. Sonntag, 20. Juni, Sammeln ½8 Uhr im Goethehaus zwecks Propaganda für Volksentscheid. Hierzu hat alles zu erscheinen.

Untergau Bitterfeld

Brehna. Sonnabend, den 19. Juni, abends 7 Uhr, Antreten zum Demonstrationsumzug in der „Erholung". Anschließend Pflichtversammlung.
Thalheim. Sonnabend, den 19. Juni, wichtige Mitgliederversammlung.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Freitag, den 18. Juni, ½7 Uhr, Abmarsch vom Gewerkschaftshaus (Propagandaumzug).
Wittenberg. Sonntag, den 20. Juni, früh 6 Uhr, Antreten am Gewerkschaftshaus zum Wecken. Dann Einteilung der Kameraden zu den Werbearbeiten.
Wittenberg. Spielmannszug. Ueben findet jeden Dienstag und Freitag, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Freitag, den 18. Juni, abends 7 Uhr, Antreten am Rosalskyweg zur Stadtpropaganda. Jeder hat zu erscheinen.
Weißenfels. Sonnabend, den 19. Juni, ½7 Uhr, Antreten der gesamten Ortsgruppe am Rosalskyweg zur gemeinsamen Demonstration.
Weißenfels. Sonntag, den 20. Juni, früh ¾6 Uhr, Antreten zum Wecken und Demonstration am Klingenplatz. Alles hat zu erscheinen.

Untergau Zeitz

Zeitz. Freitag, 18. Juni, Abholung der Genossin Hoelz vom Bahnhof. Antreten 6 Uhr Altmarkt.
Zeitz. Sonnabend, den 19. Juni, 6 Uhr abends, Antreten zur Demonstration am Kreishaus, Albrechtstraße.
Zeitz. Sonntag, den 20. Juni, morgens 5 Uhr, Antreten zum Wecken auf dem Schützenplatz. 8½ Uhr vormittags Antreten der gesamten Ortsgruppe zum Generalappell auf dem Schützenplatz. Gruppenführer melden fehlende Kameraden.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

---

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Massenkundgebung für Amnestie und Volksentscheid
Referentin: Die Frau des Gen. Max Hoelz

Zeitz. Freitag, den 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus".
Schkeuditz. Sonnabend, den 19. Juni, abends 8 Uhr, im Bahnhofshotel.
Oberröblingen a. S. Sonntag, den 20. Juni, vormittags 11 Uhr.
Teutschenthal. Sonntag, den 20. Juni, nachmittags 3 Uhr, im „Würdenhof".
Seeben. Sonntag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Glaser.

Zum Volksentscheid Den Knüppel zur Hand!

Soeben erschienen:
Der Knüppel Nr. 6
Das radikale politische Witzblatt in der neuen Aufmachung
16seitig, 3farbig, Preis 25 Pf.

Aus dem reichen Inhalt:
Sammeln zum Volksentscheid
Kurzer Arm — lange Finger
Wollt Ihr immer die Dummen sein? / Flaggenstreit — Regierungsbildung / Rummelsburg — Streikbrecher u. a. m.

Zu haben bei allen Kolporteuren, Literaturstellen, Buchhandlungen oder direkt durch die
Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten
Berlin SW61, Planufer 17

Vierteljahresabonnement (3 Nummern) 60 Pfennig. Nur durch die Postanstalten ab 15. Juni

Zeitz

Empfehle auf dem Wochenmarkt:

Blutfrische Seefische
Stand Berthold
Ferner billige grüne und saure **Gurken, Bananen,** sowie alles frische **Gemüse und neue Kartoffeln** (781
Stand Grüttel & Staudte

Hochf. fr. Blut- u. Leberwurst Ⓑ 1,20
„ ger. „ „ „ Ⓑ 1,30
„ ger. Mettwurst . . . . Ⓑ 1,40
Paul Kalb, Fleischermeister, Zeitz
737 Neumarkt 13—15

Familien-Nachrichten

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen, sagen wir allen Verwandten und Bekannten, die ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten herzlichsten Dank. Besonders Dank dem Genossen König für seine trostreichen Worte am Grabe. Auch vielen Dank für die schöne Musik u. den Frauen-Gesang.
Wolferode, den 15. Juni 1926
Wilh. Hoffmann nebst Kindern

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260618-19/fragment/page=0012